



SCHWEIZER GEMEINDE
COMUNE SVIZZERO
VISCHNANCA SVIZRA
COMMUNE SUISSE

Zeitschrift für Gemeinden und Gemeindepersonal | Revue pour Communes et leur personnel
Rivista per Comuni e i loro impiegati | Revista per Vischnancas e ses personal

Schritt um Schritt zur digitalen Schweiz:
unser Fokusthema im Februar

Pas à pas vers une Suisse numérique:
notre point fort en février

Passo dopo passo verso una Svizzera
digitale: il tema principale di febbraio

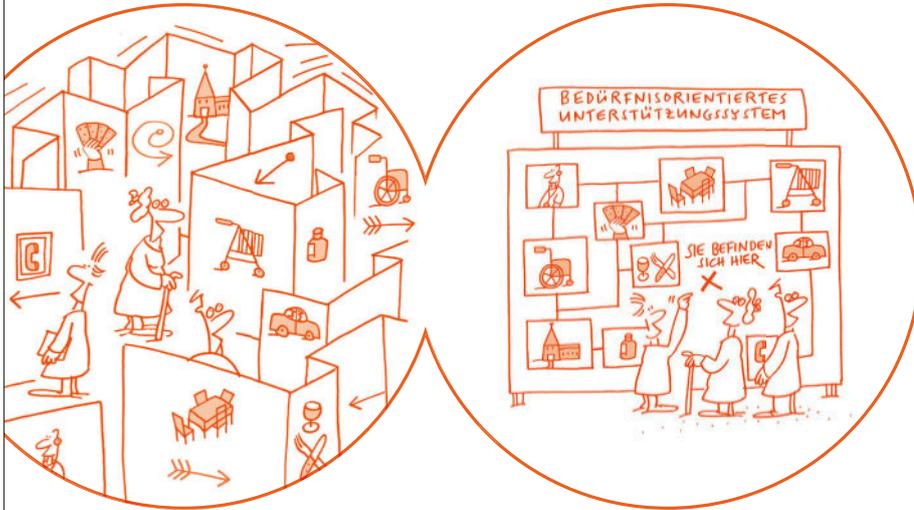


Programm Socius 2

Wenn hochaltrige Menschen zu Hause leben, brauchen sie ein wohlwollendes Umfeld, in dem sie ihren Alltagsaktivitäten nachgehen können. Oftmals kann die zunehmende Hilfebedürftigkeit nicht allein von Familie und Freunden abgedeckt werden. Ein bedürfnisorientiertes Unterstützungssystem greift dann, wenn Hilfe benötigt wird.

Wir suchen Gemeinden und Regionen, die ein Interesse daran haben, auf lokaler Ebene Strukturen zu schaffen, welche ihre ältere Bevölkerung in ihrer Selbstsorgefähigkeit unterstützt.

Jetzt anmelden für die Teilnahme an Socius 2 (2019 - 2023):
www.programmsocius.ch



Ein Programm der

In Zusammenarbeit mit

**Age —
Stiftung**

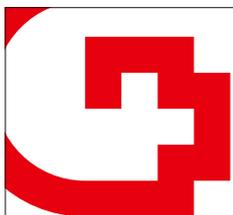
**MIGROS
kulturprozent**

G Schweizerischer Gemeindeverband
 Association des Communes Suisses
 Associazione dei Comuni Svizzeri
 Associaziun da las Vischnovancas Svizras

S Schweizerischer Städteverband
 Union des villes suisses
 Unione delle città svizzere



Wenn Älterwerden Hilfe braucht



chgemeinden.ch



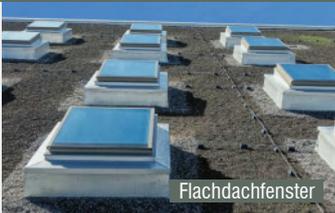
Sanierungen von Sheddächern



Shedverglasung mit Hagelschutzgitter



Wandverglasungen



Flachdachfenster

Der Spezialist für Tageslichtsysteme.
 Für jedes Projekt das passende Produkt.
 Telefonische Beratung Tel. + 41 61 761 33 44
www.isba.ch



Der **ISBA** All in One-**Wartungsvertrag**



Profittiere zusätzlich vom All in One-Wartungsvertrag



Rauch-/Wärmeabzugs-Öffnung 140°



MiniEnergie Kuppel mit Stegplatte



Standardkuppeln



Individuelle Anfertigungen nach Mass

5 Editorial

Bürgernähe dank Digitalisierung/Proche du citoyen grâce à la numérisation/Vicinanza ai cittadini grazie alla digitalizzazione.

7 Impegno e prese di posizione dell'ACS

La salute riguarda anche città e comuni.

12 E-Government

Il federalismo inibisce la trasformazione digitale, spiega Daniel Arber, direttore generale dell'organizzazione eOperations Svizzera.

15 Engagement et prises de position de l'ACS

Pour la défense du projet de la LAT2.

16 Cyberadministration

Il n'est pas facile de numériser rapidement un pays fédéraliste tel que la Suisse. Mais notre point fort montre que les choses bougent plus qu'on ne pourrait le penser dans les administrations communales.

17 Cyberadministration

La cyberadministration a du potentiel dans les communes, affirme Christoph Niederberger, directeur de l'Association des Communes Suisses (ACS).

22 Digitalisation

Le télétravail fait son chemin dans les administrations aussi.

29 Engagement und Positionen des SGV

Gesundheit ist auch Sache der Städte und Gemeinden.

30 E-Government

Es ist nicht einfach, ein föderalistisches Land wie die Schweiz rasch zu digitalisieren. Doch auf den Gemeindeverwaltungen tut sich mehr, als man meint: Unser Fokusthema zeigt Trends von der Abstimmungs-App über Cloud-Lösungen bis hin zu digitalen Beschaffungen und digitaler Personalführung.

61 Fokus Milizsystem

Unsere Porträtserie zum Jahr der Milizarbeit: Paul Bühler und Johanna Bartholdi.

69 SKSG/CSSM

Un nouvel outil démocratique: bienvenue à Neuchâtel-ouest!

11

E-Government

L'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS) approva un maggiore impiego di strumenti di lavoro e di comunicazione digitali nelle amministrazioni comunali, afferma Christoph Niederberger, direttore dell'ACS.



26

Portrait de la maire

Avec ses deux adjointes, Carine Zach forme le seul exécutif 100% féminin de Suisse. Pour «Commune Suisse», elle témoigne de son engagement à la tête du village genevois de Cartigny.

34

E-Government

Um zeitgemässe Angebote realisieren zu können, brauche es verbindliche Vorgaben, sagt Daniel Arber, Geschäftsführer von eOperations Schweiz, im Interview.



Titelbild/Couverture

Schritt um Schritt zur digitalen Schweiz/Pas à pas vers une Suisse digitale.

Bild/photo: Shutterstock

Georges Gobat SA, Develier (Schweiz)

Der zurzeit modernste Entsorgungshof steht im Kanton Jura

Der schweizweit modernste Entsorgungshof mit Wiegetechnik und der Software-Plattform der Hunkeler Systeme AG steht in Develier im Kanton Jura. Dort hat die Georges Gobat SA Anfang September ihr neues Altstoffsammelzentrum eröffnet. Kostpflichtiges Material wird über ein elektronisches Anmeldesystem erfasst, gewogen und abgerechnet.

Die Georges Gobat SA ist ein Familienunternehmen mit Domizil in Develier. Die Leistungen reichen von der Abfallbewirtschaftung über den Muldenservice bis zum Recycling von Altstoff. Didier Gobat führt das Familienunternehmen in zweiter Generation.

Anfang September hat die Georges Gobat SA ein neues Entsorgungszentrum eröffnet, das zurzeit grösste seiner Art in der Schweiz. Das Zentrum ist mit elektronischer Wiegetechnik und Steuerungs-Software der Hunkeler Systeme AG ausgestattet. Rund 1400 Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Develier entsorgen hier ihre Abfälle. Wenn später die umliegenden Gemeinden hinzukommen, soll die Zahl der Benutzer auf 15000 anwachsen.

Alles in einem gefälligen Holzbau

Alle Entsorgungsstellen sind in einer abgeschlossenen, gedeckten Halle, einer gefälligen Holzkonstruktion untergebracht. Besucher erhalten über eine Badge Zugang zum Gelände. Ein Infor-

mationssystem registriert jeden Besucher, sobald er sich mittels Badge bei der Barriere am Eingang zum Gelände anmeldet. In der Folge wird kostenpflichtig zu entsorgendes Material elektronisch nach Art und Gewicht erfasst und der zu belastende Geldbetrag automatisch dem betreffenden Badge zugeordnet.

Dank einer Zugangsbeschränkung kann der Besucherstrom im Entsorgungshof gesteuert werden, ein Einbahnregime stellt einen störungsfreien Verkehrsfluss sicher. Das Gelände bietet maximal acht Fahrzeugen Platz. Ist diese Limite erreicht, bleibt der Zugang gesperrt und wird für den nächsten Besucher erst freigegeben, sobald ein anderes Fahrzeug das Gelände verlassen hat.

Zwei unterschiedliche Abrechnungsprinzipien

Für jene Abfälle, die die Einwohner von Develier entsorgen, wird die Georges Gobat SA durch die Gemeindebehörden pauschal entschädigt. Die Einwohner ihrerseits stehen in keiner direkten Beziehung zur Georges Gobat SA, sondern finanzieren die Entsorgung der kostenpflichtigen Abfälle über eine ordentliche Gebühr. Die Georges Gobat SA kann die Badges lediglich durch eine Nummer verbinden. Daten zu den Personen bleiben ihr verborgen, diese Informationen sind der Gemeinde vorbehalten. Übersteigt bei einem Einwohner

die Menge entsorgter Abfälle eine bestimmte Grenze, wird der geforderte Betrag Ende Jahr durch die Gemeinde extra verrechnet.

Ein anderes Prinzip gilt für alle übrigen Kunden, die ihre Abfälle im Entsorgungshof der Georges Gobat SA entsorgen. Sie bezahlen direkt und verursachergerecht, indem der entsprechende Geldbetrag von einem Guthaben abgezogen wird, das sie auf ihren Badge geladen haben.

Eine mutige und lohnende Investition

Für Didier Gobat hat der neue Entsorgungshof einen weitreichenden Nutzen. Früher habe es der Aufwand nicht gerechtfertigt, zu bestimmen, wer von welchem Material welche Mengen entsorgt habe. Die elektronische Erfassung ermögliche ihm jetzt eine akribische Kontrolle und Kostensicherheit bei einem vergleichsweise geringen Aufwand. Zudem sei der ganze Entsorgungsbetrieb gut überblickbar und verlaufe in geordneten Bahnen.

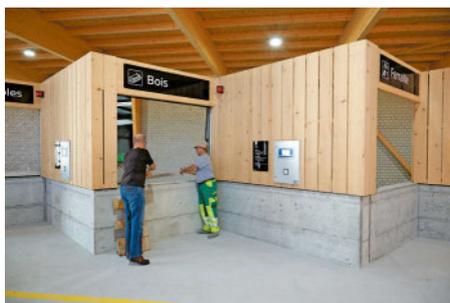
Durch ihre mutige Investition in den modernsten Entsorgungshof der Schweiz hat sich die Georges Gobat SA einen klaren Wettbewerbsvorteil in ihrer Region verschafft.

Hunkeler Systeme OpenDay bei Gobat SA:

9. Mai 2019 in Develier
Info: https://www.hunkeler-systems.com/News_Events/Events.html



Die Halle erlaubt maximal acht Fahrzeugen gleichzeitig den Zutritt. Für einen nächsten Besucher wird der Eingang automatisch so lange gesperrt, bis ein Fahrzeug das Gelände verlassen hat.



Holz und Grubengut wird durch gross dimensionierte Tore in Mulden entsorgt. Die Mulden stehen auf Waagen, anhand des Materials und des Gewichts wird der betreffende Badge belastet.



Sagex, Hartplastik, Asche und Mineralöle werden auf einer Bodenwaage gewogen und der resultierende Geldbetrag auf dem Badge belastet.



Bürgernähe dank Digitalisierung

Viele Verwaltungen in der Schweiz sind daran, ihr E-Government-Angebot auszubauen. Gemäss dem E-Government-Monitor 2018 – er vergleicht die Nutzung der digitalen Verwaltung in Deutschland, Österreich und der Schweiz – ist die Bekanntheit der digitalen Verwaltungsangebote hierzulande kontinuierlich gestiegen. Erfreulicherweise ist auch die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den digitalen Dienstleistungen höher als im Vorjahr. Der E-Government-Monitor zeigt aber auch, dass die Zufriedenheit im Langzeittrend stagniert. Dies überrascht nicht: In der Masse, wie digitale Angebote der Privatwirtschaft, z.B. Apps und Online-Plattformen, in allen Lebensbereichen Einzug halten, steigt auch die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger an die digitalen Dienstleistungen der öffentlichen Hand.

Um ihre hohe Dienstleistungsqualität auch digital unter Beweis zu stellen und den neuen Bedürfnissen gerecht zu werden, ist die öffentliche Verwaltung gut beraten, den eingeschlagenen digitalen Weg konsequent weiterzugehen. Zumal die Digitalisierung ebenso voranschreitet. Rechenleistung und Benutzerfreundlichkeit mobiler Endgeräte entwickeln sich in hoher Geschwindigkeit weiter. Und mit 5G steht in zahlreichen Städten und Gemeinden bald ein Mobilfunk zur Verfügung, der den technologischen Fortschritt, insbesondere das Internet der Dinge, beschleunigt.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Digitalisierung auch für die öffentliche Verwaltung neue Chancen eröffnet: Indem gewisse Aufgaben automatisiert erledigt werden, haben die Mitarbeitenden mehr Zeit für komplexere Aufgaben, den persönlichen Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern und Beratung. On- und Offline-Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung ergänzen sich zukünftig in idealer Weise respektive verschmelzen zu einem «Noline»-Angebot, bei dem die Bürgernähe noch stärker ins Zentrum rückt.

Proche du citoyen grâce à la numérisation

De nombreuses administrations en Suisse travaillent au développement de leur offre de cyberadministration. Selon l'E-Government Monitor 2018 qui compare l'utilisation de l'administration numérique en Allemagne, Autriche et Suisse, les services numériques de l'administration ont continuellement gagné en «popularité» dans notre pays. Autre motif de satisfaction: les citoyennes et les citoyens jugent les services numériques plus satisfaisants que l'année précédente. L'E-Government Monitor révèle aussi que cette satisfaction stagne sur le long terme. Ce qui n'est pas surprenant, car au vu des nombreuses offres numériques (par ex. applications mobiles et plateformes en ligne) de l'économie privée ayant fait leur entrée dans tous les compartiments de notre vie, les attentes des citoyennes et des citoyens au niveau des services numériques des pouvoirs publics sont de plus en plus élevées.

Pour prouver la haute qualité de ses services y compris numériques et pour répondre aux nouveaux besoins, l'administration a tout intérêt à poursuivre sur la voie numérique tracée. Ne serait-ce que pour rester dans la course à la numérisation. La puissance de calcul et la convivialité des terminaux mobiles évoluent aussi très vite. Et avec la 5G, de nombreuses villes et communes disposeront bientôt d'un réseau mobile capable d'accélérer les progrès technologiques et en particulier l'Internet des objets.

N'oublions pas toutefois que pour l'administration, la numérisation représente aussi des nouvelles opportunités: car elle permettra d'automatiser certaines tâches, déchargeant le personnel qui pourra se consacrer à des missions plus complexes comme le contact avec les citoyennes et les citoyens et le conseil. A l'avenir, les prestations de service en ligne et hors ligne de l'administration se compléteront idéalement, voire fusionneront pour former une offre «noline» encore davantage axée sur la proximité au citoyen.

Vicinanza ai cittadini grazie alla digitalizzazione

Numerose amministrazioni pubbliche in Svizzera stanno potenziando la loro offerta di e-government. Secondo lo studio eGovernment Monitor 2018 – che compara l'utilizzo dei servizi online forniti dalle autorità in Austria, Germania e Svizzera – nel nostro paese la popolarità dell'offerta di servizi del governo elettronico è cresciuta in modo costante. Fortunatamente, anche il grado di soddisfazione dei cittadini in materia di servizi digitali è aumentato rispetto all'anno precedente. Tuttavia, l'eGovernment Monitor mostra anche che in quanto a grado di soddisfazione la tendenza a lungo termine va verso la stagnazione. Ciò non sorprende: con la stessa rapidità con cui le offerte digitali dell'economia privata, quali app e piattaforme online, si fanno largo in tutti gli aspetti della nostra vita aumentano anche le aspettative dei cittadini verso i servizi digitali della mano pubblica.

Per garantire l'elevata qualità dei suoi servizi anche sul piano digitale e rispondere alle nuove esigenze, l'amministrazione pubblica farebbe bene a proseguire con coerenza sulla strada della digitalizzazione intrapresa. Soprattutto perché la digitalizzazione stessa non si ferma. La potenza di calcolo e la facilità di utilizzo dei dispositivi mobili continuano a svilupparsi a un ritmo impressionante. E con la rete 5G, in numerosi comuni e città sarà presto disponibile una telefonia mobile che accelererà ulteriormente il progresso tecnologico, in particolare l'Internet delle cose.

Non va inoltre scordato che la digitalizzazione crea nuove opportunità anche per le amministrazioni pubbliche: l'automatizzazione di determinate procedure lascia ai collaboratori più tempo per svolgere compiti più complessi, per il contatto personale con i cittadini e per la consulenza. In futuro i servizi online e offline delle amministrazioni pubbliche si completeranno in modo ideale, rispettivamente si fonderanno in un'offerta «noline» ancora più incentrata sulla vicinanza ai cittadini.

*Philippe Blatter
Kommunikationsverantwortlicher
Responsable communication
Responsabile comunicazione*



I processi **partecipativi** permettono di rafforzare i **legami** tra la popolazione e le **istituzioni comunali**.

In questo contesto i Comuni hanno il compito di informare la popolazione, di invitarla a esprimere le proprie idee e di coinvolgerla attivamente nella pianificazione di un progetto.

Un **sito web** che presenta metodi, guide e progetti che servono da ispirazione per altri Comuni.

Un **blog** sul quale esperti e professionisti in materia di partecipazione condividono il loro sapere e le loro esperienze.

La possibilità di **commentare** i contributi sul blog allo scopo di promuovere lo scambio di idee e opinioni.

www.in-comune.ch

La salute è una questione che riguarda anche città e comuni

Città e comuni possono creare un ambiente che incentivi il movimento, promuova uno stile di vita sano e offra occasioni di riposo. In occasione della Conferenza nazionale sulla promozione della salute è stato mostrato il modo in cui raggiungere questo obiettivo.

Comuni e città contribuiscono alla qualità di vita e alla salute della propria popolazione. Decisive in tal senso si rivelano quelle condizioni quadro favorevoli alla salute che, ad esempio, invitano a svolgere attività fisica e a seguire un'alimentazione sana, coinvolgono attivamente gli abitanti nelle iniziative relative alla salute o promuovono la coesione sociale. «Il tema della promozione della salute rientra nell'ambito di competenza di Confederazione e cantoni, ma anche le città e i comuni svolgono un ruolo importante nell'attuazione delle misure favorevoli alla salute grazie alla loro vicinanza alla popolazione», spiega Heidi Hanselmann, la presidente del Consiglio di fondazione di Promozione Salute Svizzera nel ambito della 20a Conferenza nazionale sulla promozione della salute a Berna.

Città e comuni hanno a disposizione varie opzioni volte a creare condizioni ottimali per la popolazione. La qualità di vita e la coesione sociale possono essere favorite tramite misure architettoniche e la pianificazione scrupolosa degli spazi nonché mediante offerte culturali e sportive, una politica integrativa per la vecchiaia o la promozione della prima infanzia. Anche i cantoni sostengono città e comuni nell'attuazione di misure favorevoli alla salute nell'ambito dei programmi d'azione cantonali. «I comuni contribuiscono alla coesione sociale e all'identificazione con il luogo di domicilio grazie a una vivace vita associativa e al coinvolgimento attivo della loro popolazione. In futuro bisognerà accordare ancora più spazio alla promozione della salute e alla prevenzione negli ambiti politici comunali», ha sottoli-

neato Hannes Germann, presidente dell'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS).

Concorso «Comune sano»

Alla Conferenza nazionale sulla promozione della salute è stato inoltre indetto il concorso per l'assegnazione del premio nazionale «Comune sano» rispettivamente «Città sana». Il premio, sostenuto tra l'altro dall'ACS, verrà assegnato per la quarta volta nel 2020. Termine di inoltre delle candidature è il 3 giugno 2019. *red*

Ulteriori informazioni:

www.tinyurl.com/ausschreibung-2020 (in tedesco)

www.tinyurl.com/commune-en-sante (in francese)

www.tinyurl.com/conferenza-2019

Sì all'entrata in materia sul progetto LPT2

L'ACS, la Conferenza svizzera dei direttori cantonali delle pubbliche costruzioni, della pianificazione del territorio e dell'ambiente, la Conferenza dei direttori cantonali dell'agricoltura e l'UCS si sono rivolte congiuntamente per iscritto ai membri della Commissione dell'ambiente, della pianificazione del territorio e dell'energia del Consiglio nazionale, chiedendo loro di entrare in materia sul nuovo progetto della seconda fase della revisione della legge sulla pianificazione del territorio (LPT2). La LPT2 è incentrata sulle costruzioni fuori delle zone edificabili. Il progetto di revisione ha avuto una genesi difficile ed è in parte tuttora controverso. Ma è un progetto equilibrato. Ed è anche coraggioso perché abbandona la strada delle continue nuove disposizioni di deroga e con la strategia pianificatoria e compensatoria offre un approccio alternativo. *pb*

Contro una limitazione delle zone 30

L'ACS respinge l'iniziativa parlamentare «Non impedire la fluidità del traffico sulle grandi arterie stradali». L'iniziativa parlamentare costituisce un'inutile ingerenza nella sovranità cantonale e comunale. L'accettazione dell'iniziativa parlamentare non solo renderebbe impossibile ridurre il rumore, ad esempio nei centri abitati, ma non aiuterebbe nemmeno a raggiungere l'obiettivo di consentire un flusso ottimale del traffico sulle strade principali nei nuclei urbani. In collaborazione con la Conferenza svizzera dei direttori cantonali delle pubbliche costruzioni, della pianificazione del territorio e dell'ambiente nonché l'Unione delle città svizzere, l'ACS si è rivolta per iscritto ai membri della Commissione dei trasporti e delle telecomunicazioni del Consiglio degli Stati invitandoli a ben voler respingere nuovamente l'intervento. *pb*

Niente più oneri per le biblioteche comunali

Nell'ambito della procedura di consultazione concernente la modifica della legge federale sul diritto d'autore, l'ACS si era espressa contro l'introduzione di una tantième per le biblioteche. Nel corso degli ulteriori lavori di revisione, tale taxa non è più stata oggetto di discussione. Con la decisione del 10 dicembre 2018, la Commissione arbitrale federale ha modificato la prassi attuale sulla base del diritto vigente e ha introdotto un tale prelievo per così dire «dalla porta di servizio», nota bene durante il processo legislativo in corso. L'ACS si oppone all'introduzione di un ulteriore contributo finanziario per i diritti d'autore nell'ambito del prestito gratuito, che grava ulteriormente sulle biblioteche comunali. Per questo motivo si è rivolta con una lettera alla Commissione della scienza, dell'educazione e della cultura del Consiglio degli Stati. *pb*

Passo dopo passo verso una Svizzera digitale

Non è facile digitalizzare rapidamente un paese federalista come la Svizzera. Ma nelle amministrazioni comunali si fa molto più di quanto non si pensi, prova ne è il nostro approfondimento.

L'attuazione dell'e-government in Svizzera procede passo dopo passo. La società operativa eOperations Svizzera SA è stata fondata nel giugno 2018. eTraslocoCH, il primo servizio gestito da eOperations Svizzera, è ora operativo in dieci cantoni. Anche il Consiglio federale ha approvato il messaggio concernente la legge federale sui mezzi d'identificazione elettronica riconosciuti (legge sull'eID) e il dibattito parlamentare è appena iniziato. Si stanno completando progetti di innovazione come la creazione di un chatbot per l'Amministrazione pubblica, lo sviluppo di un modulo di partecipazione per le comunità (si veda anche il testo successivo) e l'uso

della tecnologia Blockchain per l'identificazione e la firma elettroniche. Nel 2018, come scrive il Consiglio federale in una comunicazione, si è inoltre definito anche il percorso per la cooperazione in materia di e-government a partire dal 2020. «Sia la Conferenza dei governi cantonali che il Consiglio federale vogliono che l'Amministrazione si basi con coerenza sui processi digitali». I parametri per la Strategia di e-government Svizzera 2020-2023 hanno delineato questo percorso con il principio del «digital first». Il Consiglio federale annuncia inoltre importanti lavori per il 2019. «Il 2019 è l'ultimo anno di attuazione delle attuali linee guida. La docu-

mentazione di base per la cooperazione in materia di e-government 2020-2023 deve essere messa a punto e presentata per la consultazione alla Confederazione, ai cantoni e ai comuni.» Gli esempi presentati alle pagine seguenti dimostrano come la digitalizzazione sia già da molto tempo una realtà in molte amministrazioni comunali, talvolta in aree del tutto impensate. Vi auguriamo una lettura entusiasmante!

*Denise Lachat
Caporedattrice «Comune Svizzero»*

eOperations Svizzera SA



eTraslocoCH



Messaggio relativo alla
legge eID



L'impegno dell'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS) ha dato i suoi frutti 

Gran parte della popolazione utilizza tutti i giorni le nuove tecnologie della comunicazione in molti settori della vita per svolgere vari compiti e coltivare i contatti. Ciò significa che la popolazione è pronta per il dialogo digitale!

L'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS) è convinta che l'e-government apra nuove opportunità al dialogo tra comuni e cittadini e, in particolare, che la partecipazione elettronica offra molte

nuove opportunità. Ad esempio, i comuni potrebbero presentare idee, piani e progetti ai propri cittadini già all'inizio dei processi di sviluppo, in modo più ampio, senza vincoli spaziali e ottenere riscontri. Gli elettori potrebbero seguire le assemblee comunali online e partecipare alle votazioni con un semplice clic del mouse – e-partecipazione può così rivolgersi ad altre fasce della popolazione e motivarle a svolgere un ruolo

attivo per dare forma alla comunità. L'e-partecipazione promuove inoltre le pari opportunità attraverso la flessibilità locale e temporale.

Negli ultimi due anni l'ACS si è impegnata a diversi livelli per far sì che i due temi dell'e-partecipazione e della standardizzazione dell'infrastruttura di base siano inclusi come temi centrali nella revisione della strategia di e-government Svizzera. Ciò dovrebbe anche ga-

L'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS) partecipa all'«eGovernment Svizzera»

«eGovernment svizzera» è l'organizzazione della Confederazione, dei cantoni e dei comuni che si occupa di diffondere i servizi elettronici della pubblica Amministrazione. Dirige, pianifica e coordina le attività congiunte di E-government dei tre livelli statali. Confederazione, cantoni e comuni perseguono una strategia comune. Anche l'ACS fa parte dell'organizzazione. I suoi rappresentanti all'interno del comitato direttivo sono Beat Tinner, presidente comunale di Wartau (SG), e Peter Bernasconi, ex presidente comunale di Worb (BE) ed ex membro del consiglio direttivo dell'ACS. Peter Scholl, segretario comunale di Moosseedorf (BE), rappresenta gli interessi comunali in seno al comitato di pianificazione. Per Beat Tinner è chiaro che «l'E-government inizia a livello comunale». Questo potenziale va sfruttato per la politica e l'Amministrazione e il canale elettronico deve essere offerto per le transazioni commerciali. Ciascun comune dovrebbe adattare l'offerta online concreta in base ai propri punti chiave. Secondo Beat Tinner è importante che le attività all'interno del Cantone siano coordinate con i comuni. «Tuttavia, ciò significa che le infrastrutture nazionali e i moduli di base come l'identità elettronica devono essere fruibili in tutta la Svizzera. Per questo serve la cooperazione tra tutti i livelli statali.»

Oltre alla cooperazione a livello strategico, Peter Bernasconi cita un altro fattore importante: la cooperazione tra organi amministrativi e l'ulteriore sviluppo dei servizi statali. «Un vero e proprio valore aggiunto si ha solo se i processi amministrativi esistenti sono rivalutati in un'ottica prospettica complessiva e, se necessario, ridefiniti.» Oggi non basta offrire un servizio analogico per via elettronica. Per questo motivo, eGovernment Svizzera promuove anche la cooperazione tra le autorità amministrative nell'ambito del piano prioritario e tramite diverse iniziative.

Attualmente, a livello federale si sta valutando se alla Confederazione serve una nuova base legale per attuare in yyyxmodo più efficace e vincolante l'e-government. Nel contesto della consultazione in corso, l'ACS ha chiesto un

approccio pragmatico basato sulla cooperazione in essere. «Non ci opponiamo per partito preso a un maggiore impegno», afferma Christoph Niederberger, direttore dell'ACS. Tuttavia, si dovrebbero porre alcune condizioni. Non dovrebbe succedere che alla fine «la Confederazione comanda e i comuni pagano». Christoph Niederberger considera quello del cantone di San Gallo, che vanta un comitato cooperativo e-government, composto in parti uguali da rappresentanti dei comuni e dei cantoni, come un modello in grado di scambiare competenze e stabilire standard. Questo sì che è un buon esempio di percorso comune.

www.egovernment.ch

I rappresentanti dell'ACS nell'organizzazione eGovernment Svizzera: Beat Tinner, Peter Bernasconi und Peter Scholl (della sinistra). Fotos: mad



Chatbot



Blockchain



Digital First



rantire che le soluzioni di e-government siano più facilmente trasferibili da un comune all'altro e che gli investimenti possano quindi beneficiare di un sostegno più ampio. L'impegno è stato premiato: nel comunicato stampa del Consiglio federale del 14 novembre 2018 sulla nuova Strategia di e-government Svizzera 2020-2023, il Governo sottolinea quattro settori d'intervento chiave nell'ambito dei quali si devono avviare attività per la digitalizzazione dell'Amministrazione in Svizzera: «interazione e

partecipazione», «servizi di base e infrastrutture», «organizzazione e basi legali» e «fiducia e conoscenza». Per lo sviluppo del piano di attuazione 2020-2023, eE-government Svizzera definirà le misure necessarie in questi settori d'intervento.

Magdalena Meyer-Wiesmann, responsabile di progetto ACS

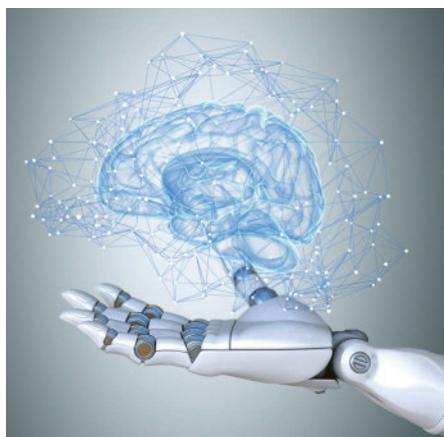


Gestione online semplice e sicura delle esecuzioni

L'assistente intelligente tilbago guida i comuni caso per caso durante la procedura d'incasso. Il CEO di tilbago, David Fuss, spiega nell'intervista come funziona questa soluzione cloud.

Signor Fuss, lei offre una soluzione d'incasso online semplice e orientata al futuro. Come riesce tilbago a supportare i comuni?

La digitalizzazione non si ferma davanti a nulla, neanche alle amministrazioni. L'Ufficio federale di giustizia ha sviluppato lo standard e-LEF per lo scambio elettronico di dati tra creditori e uffici di esecuzione, che costituisce attualmente il presupposto fondamentale per ogni soluzione di incasso. Con tilbago andiamo ben oltre. Forniamo ai comuni un assistente intelligente che li guida e supporta passo per passo nella procedura di incasso, in modo semplice e nel rispetto di tutte le disposizioni e i termini previsti per legge.



Testate subito tilbago e approfittate di questa soluzione digitale e dei suoi numerosi vantaggi. Visitate www.tilbago.ch ed elaborate gratuitamente cinque casi con il codice «Go-To-Tilbago».

Tra i suoi oltre 750 clienti sono già più di 50 i comuni svizzeri che utilizzano tilbago. Come traggono beneficio dalla sua soluzione?

Con tilbago i comuni possono esigere in modo rapido e semplice i pagamenti insoluti. Basta solo un browser e un collegamento a internet, senza bisogno di installare applicazioni e senza impegno. I dati esistenti possono essere comodamente acquisiti dai programmi di fatturazione nella nostra intelligente soluzione cloud. E poiché i dati restano in Svizzera presso il nostro partner PostFinance, non ci si deve nemmeno preoccupare della sicurezza.

Quanto costa un'esecuzione con tilbago?

Dato che i comuni beneficiano del volume complessivo del Cantone, per ogni caso pagano una commissione forfettaria di 10 franchi. In questo modo tutti i costi sono coperti in tilbago, comprese altre esecuzioni sulla base di un attestato di carenza di beni risultante. Un caso viene considerato concluso solo quando un creditore ha ottenuto il suo credito.

Per chi è indicato tilbago?

Grazie alla massima scalabilità, la soluzione è indicata per tutti i comuni, indipendentemente dal numero di casi e dalla regione linguistica, che non vogliono esternalizzare il proprio incasso ma desiderano comunque ricevere supporto professionale nella gestione delle esecuzioni e degli attestati di carenza di beni. Inoltre, sviluppano costantemente l'intelligenza della nostra soluzione, i comuni beneficiano dello sviluppo del nostro assistente digitale nella procedura di incasso legale.



Il comune di Neuenhof punta su tilbago

Ogni anno l'amministrazione delle finanze di Neuenhof invia tra 35'000 e 45'000 fatture ai suoi 8767 abitanti. Dal 2017 utilizza tilbago per elaborare le circa 700 esecuzioni da avviare ogni anno. «Questa semplice soluzione online consente una gestione efficiente ed economica dei nostri crediti», afferma Hanspeter Frischknecht, capodivisione. Tilbago ha permesso di ridurre dell'80% gli oneri relativi all'allestimento e all'inoltro delle richieste e dimezzare il tempo necessario per il controllo delle pendenze e del procedimento. «Grazie alla soluzione cloud possiamo consultare in qualsiasi momento lo stato del procedimento e il suo utilizzo intuitivo semplifica la nostra attività quotidiana, con nostra grande soddisfazione».

Hanspeter Frischknecht, capodivisione dell'amministrazione delle finanze di Neuenhof.

tilbago

Una cooperazione con

PostFinance

L'e-government ha un grande potenziale nei comuni

L'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS) approva un maggiore impiego di strumenti di lavoro e di comunicazione digitali nelle amministrazioni comunali. Elementi centrali sono l'orientamento ai cittadini e la facilità d'uso.



Quando gli abitanti hanno direttamente a che fare con le autorità, ciò avviene soprattutto a livello comunale. Di conseguenza, i vantaggi dell'e-government – la fornitura di servizi trasparenti e di qualità agli abitanti 24 ore su 24 e la semplificazione delle procedure amministrative interne – sono particolarmente evidenti a livello comunale. Gli elementi centrali per i comuni sono, da un lato, l'orientamento ai cittadini, e dall'altro l'usabilità sia per i cittadini sia per le stesse amministrazioni. Assume un ruolo importante anche la continuità dei servizi tra le autorità istituzionali (comune, cantone e Confederazione).

Valutare a nuovo i processi

Le amministrazioni vogliono offrire ai propri abitanti servizi al passo coi tempi. Ma per farlo non basta offrire online i servizi forniti finora in modo analogico. Un vero valore aggiunto si ottiene infatti solo valutando a nuovo in un'ottica globale i processi esistenti e, se del caso, reimpostando gli stessi. Di conseguenza, i principali ostacoli all'attuazione di progetti di e-government nei comuni sono costituiti dall'adeguamento dei processi interni, e molto meno dalle questioni tecniche alle quali nei progetti si dà generalmente maggior peso.

Aumento della qualità, riduzione degli oneri amministrativi

Le tecnologie digitali in generale e l'e-government in particolare evolvono rapidamente. Concernono sempre più settori e processi lavorativi dei comuni. Considerando le crescenti esigenze nei confronti dei comuni e, contemporaneamente, il calo delle risorse finanziarie e di personale disponibili, l'ACS intende promuovere con decisione l'e-government nei comuni anche in futuro. L'impiego di strumenti di informazione e di comunicazione moderni consente infatti di accrescere la qualità, l'efficienza e la trasparenza dei servizi comunali e di semplificare le procedure e i processi lavorativi esistenti. Con l'aiuto delle nuove tecnologie si mira ad alleggerire i compiti dei dipendenti comunali, semplificare i processi lavorativi esistenti e accrescere la qualità, l'efficienza e la trasparenza dei servizi forniti. Il tutto a parità di costi o addirittura a costi minori.

I punti da considerare

Secondo l'ACS, per valutare i progetti di e-government dei comuni si devono considerare i seguenti criteri centrali:

- Qual è il vantaggio principale per un comune?
- In che modo e in che misura viene semplificato il lavoro quotidiano dei dipendenti dell'amministrazione di un comune?
- Quali sono i vantaggi per gli abitanti?
- In che misura il criterio di usabilità è soddisfatto?
- Quali sono gli oneri in termine di personale, organizzazione e finanze per i comuni?
- Esistono sinergie con altri progetti e come possono essere sfruttate?

Collaborazione a tutti i livelli istituzionali

In linea di massima, ogni comune può impostare la propria offerta online in funzione delle proprie priorità: vige anche qui l'autonomia comunale. Tuttavia, le infrastrutture nazionali e i moduli di base quali l'identificazione elettronica (eID) vanno messi a disposizione a li-

vello nazionale. Ci vuole pertanto una buona collaborazione tra tutti i livelli istituzionali. La Strategia di e-government Svizzera poggia nelle sue linee guida sul principio di sussidiarietà, di modo che i servizi online comunali, cantonali e nazionali si completino gradualmente. L'ACS rappresenta gli interessi comunali in seno sia al comitato direttivo che al comitato di pianificazione dell'organizzazione nazionale «e-government Svizzera», contribuendo così alla buona attuazione del governo elettronico.

L'ACS è del parere che, analogamente a quanto avviene a livello nazionale, anche i cantoni dovrebbero concordare una strategia di e-government con i loro comuni. Senza un approccio «olistico» di questo tipo, nel quale siano coinvolti sia il cantone quale ente di coordinamento, sia tutti i comuni con le loro possibilità e problematiche diverse, non è possibile attuare a lungo termine con successo il governo elettronico a livello comunale e cantonale.

I comuni quali laboratori di innovazione

Tuttavia, i comuni possono svolgere un ruolo importante nell'ambito dell'e-government anche quali laboratori di innovazione. Lo sviluppo di molte valide soluzioni avviene infatti nei comuni, e questo va considerato un potenziale. D'altro canto è anche chiaro che è necessaria una collaborazione tra i livelli istituzionali. Come illustrato sopra, per questo ci sono collaudate strutture a livello nazionale.

Christoph Niederberger, direttore dell'Associazione dei Comuni Svizzeri

«Il federalismo inibisce la trasformazione digitale»

Per poter realizzare offerte al passo con i tempi servono direttive vincolanti, spiega Daniel Arber, direttore generale dell'organizzazione eOperations Svizzera. Alcune questioni potrebbero essere affrontate in una dimensione nazionale.

Verso una Svizzera collegata: eOperations Svizzera fornisce servizi di e-government a Confederazione, cantoni, città e comuni.

Foto: Shutterstock



Daniel Arber, qual è la posizione della Svizzera in materia di e-government?

Arber: Ha fatto passi avanti. Secondo l'eGovernment Monitor 2018, la conoscenza delle offerte online è passata dal 30 per cento nel 2014 al 55 per cento di oggi. Si tratta di uno sviluppo positivo. Tuttavia, quasi la metà degli intervistati non ha ancora sentito parlare dei servizi digitali esistenti. È un'esortazione a farli conoscere meglio. Dobbiamo anche implementare alcuni servizi di base in modo trasversale. Così facendo anche la comunicazione sarà semplificata.

Diversi studi evidenziano la necessità di riguadagnare terreno, Avenir Suisse parla di «prestazioni amministrative digitali insufficienti per un paese altamente sviluppato». Che cosa ne pensa?

Arber: Si dice comunemente che il nemico dell'e-government sono le buone prestazioni amministrative e le piccole dimensioni della Svizzera. Probabilmente è vero. Mi colpisce il fatto che le amministrazioni comunali sono flessibili e, ad esempio, offrono appuntamenti al di fuori dell'orario di lavoro. Nei paesi con distanze maggiori e servizi più carenti, è probabile che gli investimenti nei

canali digitali aumentino. Ma è chiaro: le aspettative della popolazione e dell'economia sono in aumento. Ciò che è digitalmente possibile per le aziende private dovrebbe essere possibile anche per lo Stato. Non ci si può aspettare lo stesso elevato livello, ma almeno offerte al passo con i tempi. È su questo che bisogna concentrarsi ora.

La politica lo ha ammesso?

Arber: È più condiscendente rispetto a cinque anni fa. I cantoni hanno formulato direttive per l'amministrazione digitale e sono intenzionati a intensificare la collaborazione. Il consigliere federale

Ueli Maurer sta portando avanti la questione. I tempi per l'e-government sono più maturi che mai. Tuttavia, abbiamo bisogno non solo di coordinamento, ma anche di direttive vincolanti.

A che cosa sta pensando concretamente?

Arber: Occorre stabilire di che cosa è responsabile la confederazione, di che cosa sono responsabili i Cantoni e di che cosa i comuni. Mi vengono in mente certi registri. Ad esempio, si deve decidere se si vuole implementare un registro centrale della popolazione o se è destinato a rimanere un'utopia. Prima del censimento del 2010 non esistevano nemmeno i registri cantonali. Per quanto riguarda la protezione dei dati, alcune questioni potrebbero essere chiarite in modo giuridicamente vincolante a livello nazionale. In questo caso, non tutti i responsabili cantonali della protezione dei dati dovrebbero svolgere essenzialmente le stesse indagini quando si tratta di una nuova offerta online.

La struttura federale rallenta la trasformazione digitale?

Arber: Sì. In determinati casi il federalismo permette ai cantoni di sviluppare soluzioni pionieristiche. I brevi percorsi decisionali sono chiaramente un vantaggio sotto questo aspetto. Tuttavia, l'attuazione in tutta la Svizzera stenta ancora, ci sono ostacoli tecnici, organizzativi e legali.

A questo proposito avete acquisito esperienza con eTraslocoCH. Perché non siete ancora stati in grado di implementare la vostra piattaforma di comunicazione a tutti i livelli?

Arber: È stata attuata integralmente o parzialmente in dodici cantoni. In diversi cantoni sono in corso progetti per introdurla. In alcuni casi, alcuni problemi tecnici stanno causando ritardi. I comuni utilizzano circa quaranta diverse soluzioni software, alcuni molto diffusi, altri meno, per gestire la popolazione. Non tutti sono tecnicamente aggiornati, serve un lavoro adeguato. Vi sono inoltre aspetti da chiarire sulla protezione dei dati. In alcuni cantoni, inoltre, le risorse finanziarie e umane sono scarse.

Ma la volontà ci sarebbe stata, in linea di principio?

Arber: Sì, penso proprio di sì.

Come giudica la facilità d'uso delle offerte di e-government esistenti?

Arber: Una via di mezzo. Due terzi degli utenti le giudicano buone, come rileva

l'eGovernment Monitor. Ma l'asticella si alza di continuo. Quello che viene percepito come standard per le interazioni digitali è dettato dalle offerte delle aziende private. Il settore pubblico deve orientarsi in questa direzione, non deve attuare soluzioni esotiche. Secondo un recente studio, almeno una volta al mese la maggioranza della popolazione effettua una transazione online. Il commercio elettronico è diventato normale anche per gli ultra settantenni. Bisogna tenerne conto. Nel caso delle offerte statali, il numero di utenti è nettamente inferiore.

Il settore privato costringe in una certa misura i clienti a interagire online.

Come minimo, fornisce incentivi adeguati. Le amministrazioni sono più caute?

Arber: Non hanno molta scelta. L'e-government può essere solo un canale aggiuntivo, nessuno può essere escluso. Lo Stato ha una responsabilità particolare. Ma anche le persone che non sono digitalmente attive possono beneficiare della digitalizzazione. Le procedure automatizzate liberano risorse che le amministrazioni possono utilizzare per i casi più complessi. I compiti dei collaboratori si stanno ampliando e la consulenza diventa sempre più importante.

Lo sportello non diventerà quindi superfluo?

Arber: Assolutamente no. È il volto di una comunità e aiuta a costruire la fiducia. Mi piace molto il detto «Il futuro del digitale è analogico». Si tratta di integrare alcuni elementi analogici nel digitale. Le offerte classiche e quelle online sono state viste a lungo in modo strettamente separato. Ma i canali si completano a vicenda. Molte persone vanno su Internet per ottenere informazioni. Tuttavia, se vogliono ricevere consulenza utilizzano il telefono o si presentano allo sportello. Chi, se non i comuni, può offrire questo mix?

Le autorità non potrebbero rafforzare la consulenza anche online?

Arber: Sì, non sarebbe difficile. Una chat andrebbe benissimo.

Lo sviluppo di offerte online comporta dei costi. Come possono competere i comuni con poche risorse?

Arber: Devono lavorare insieme ad altri. Ci sono aziende private che si occupano del problema e offrono applicazioni e portali specializzati. In alcuni cantoni, tra cui San Gallo, gli acquisti vengono effettuati sempre più spesso in comune. È questo il futuro.

eOperations Svizzera sostiene le autorità nel settore degli acquisti?

Arber: Proprio così. Organizziamo gare d'appalto, da un lato per le nostre soluzioni software e il loro funzionamento, dall'altro per acquisti congiunti per vari comuni. Il vantaggio è ovvio: in un appalto congiunto si può investire di più nei lavori preparatori e i costi sono inferiori per le parti coinvolte. Gli offerenti possono anche essere interessati a presentare offerte per un certo volume in un'unica gara piuttosto che in varie gare. Alcuni temono che solo i grandi offerenti avrebbero una possibilità di partecipare a questi appalti. Prendiamo sul serio la questione e trattiamo con attenzione anche le questioni di diritto della concorrenza.

Molte persone sono scettiche riguardo ai servizi elettronici. Come si fa a convincerle?

Arber: Sono cruciali i processi integrati e facili da utilizzare. Deve essere possibile stipulare online un accordo dalla A alla Z. Per far questo servono sistemi integrati. Nella nostra organizzazione, ad esempio, lavoriamo con le firme digitali. È praticissimo, una volta sperimentato, non si vuole più farne a meno.

Eveline Rutz

Breve ritratto

Daniel Arber è direttore generale di «eOperations Svizzera». L'organizzazione fornisce servizi di e-government a Confederazione, cantoni, città e comuni. L'obiettivo è quello di evitare doppi e spese supplementari. Tra le altre cose, gestisce la piattaforma online eTraslocoCH, sulla quale è possibile segnalare un cambio di residenza. Daniel Arber ha lavorato per vari anni sia nel settore privato che per i cantoni. Dal 2001 al 2010 è stato responsabile della strategia e dei canali online di Swisscom e successivamente ha lavorato per la Conferenza dei governi cantonali.



Georges Gobat SA, Develier (Suisse)

La déchetterie, actuellement la plus moderne se trouve dans le canton du Jura

La déchetterie la plus moderne en Suisse se trouve dans le canton du Jura. Là Georges Gobat SA a inauguré début septembre son nouveau centre de recyclage. Le matériel payant est saisi par un système d'inscription électronique, pesé et facturé.

Didier Gobat gère l'entreprise familiale Georges Gobat SA en deuxième génération. Etant donné que les électeurs de la commune de Develier ont refusé le crédit pour une nouvelle déchetterie publique, il a reconnu sa chance. Didier Gobat a investi lui-même dans un nouveau centre de recyclage. Le centre a été planifié et réalisé par Hunkeler Systeme AG et est jusqu'à présent le plus moderne de toute la Suisse. Environ 20000 habitants des communes Develier, Delémont et Courtételle évacuent ici leurs déchets. Les quantités atteignent totalement env. 6000 tonnes par année.

Le tout dans un bâtiment plaisant en bois

Toutes les places d'évacuation se trouvent dans un hall fermé et couvert, une construction plaisante en bois. Les visiteurs ont accès sur le terrain par une carte avec une puce (badge). Un système d'information enregistre chaque visiteur, aussitôt qu'il s'annonce avec le badge près de la barrière à l'entrée du

terrain. Ensuite le matériel payant qui doit être évacué est saisi électroniquement selon le genre et le poids et le montant dû est attribué automatiquement au badge concerné. Grâce à une limitation des entrées, le flux de visiteurs dans la déchetterie peut être contrôlé. Le terrain offre de la place pour max. huit véhicules. Quand cette limitation est atteinte, l'accès reste bloqué et est seulement de nouveau libéré, aussitôt qu'un autre véhicule a quitté le terrain.

Deux principes de facturation différents

Pour les déchets, qui sont évacués par les habitants de Develier, Georges Gobat SA reçoit une indemnisation forfaitaire. Les habitants de leur côté n'ont pas de relation directe avec Georges Gobat SA, mais financent l'évacuation des déchets payants par une taxe ordinaire. Georges Gobat SA peut associer les badges seulement par un numéro. Des données personnelles restent cachées, Un aperçu des données est réservé à la commune. Si chez un habitant la quantité des déchets évacuée dépasse une certaine limite, le montant dû est facturé séparément par la commune à la fin de l'année.

Un autre concept est valable pour tous les autres clients, qui évacuent leurs déchets dans la déchetterie de Georges Gobat SA. Ils paient directement se-

lon le principe des coûts réels, et le montant correspondant est déduit du solde, qui a été chargé sur leur badge.

Un investissement courageux et rentable

Pour Didier Gobat la nouvelle déchetterie a un avantage considérable. Autrefois, l'effort n'était pas justifié de déterminer, qui avait évacué quel matériel et quelle quantité. La saisie électronique lui donne maintenant la possibilité d'un contrôle minutieux et une garantie quant aux coûts avec un temps investi relativement minime. En plus toute l'entreprise d'évacuation est bien contrôlée et se déroule bien ordonnée. Par leur investissement courageux dans la déchetterie la plus moderne en Suisse, Georges Gobat SA s'est procuré un clair avantage concurrentiel dans sa région.

Hunkeler Systeme Openday chez Gobat SA:

9. mai 2019 à Develier
<https://www.hunkeler-systems.com/fr/Bulletins/%C3%89v%C3%A9nements.html>



Le hall permet l'accès à huit véhicules en même temps. Pour un prochain visiteur, l'entrée est automatiquement bloquée, jusqu'à ce qu'un véhicule quitte le terrain.



Du bois et des gravats sont évacués dans des auges par une porte à grande dimension. Les auges sont positionnées sur une balance, sur la base du matériel et du poids le badge correspondant est débité.



Sagex, plastique dur, cendres et huiles minérales sont pesés sur une balance intégrée dans le sol et le montant qui en résulte est débité sur le badge.

La santé est aussi l'affaire des villes et des communes

Les villes et les communes peuvent créer un cadre accueillant qui incite à bouger, encourage un mode de vie sain et favorise la détente. La conférence nationale sur la promotion de la santé à Berne a montré comment y parvenir.

Les villes et les communes contribuent à la qualité de vie et à la santé de leurs habitant-e-s en créant des conditions-cadres favorables à la santé, qui incitent notamment à bouger et à adopter une alimentation saine, qui renforcent la cohésion sociale, et où la population devient partie prenante dans des initiatives concernant la santé. «La promotion de la santé relève de la compétence de la Confédération et des cantons mais, comme les villes et les communes sont proches de la population, elles jouent un rôle central dans la mise en œuvre de telles mesures», a expliqué Heidi Hanselmann, présidente du Conseil de Fondation de Promotion Santé Suisse, lors de la 20^e conférence nationale sur la promotion de la santé à Berne.

Les villes et les communes disposent de plusieurs options pour créer un cadre de vie optimal pour leurs habitant-e-s. La qualité de vie et la cohésion sociale peuvent être renforcées par des mesures architecturales, un plan d'aménagement local bien pensé, des offres sportives et culturelles, une meilleure intégration des personnes âgées ou le soutien de la petite enfance. Dans la mise en œuvre de ces mesures, les villes et les communes peuvent obtenir le soutien des cantons au travers des programmes d'action cantonaux. «Par la vie associative intense qui y règne et l'intégration active de la population, les communes contribuent à la cohésion sociale et à l'identification des habitant-e-s avec leur lieu de domicile. A l'avenir, il faudra néanmoins qu'elles accordent une plus

large place encore à la promotion de la santé et à la prévention», a rappelé Hannes Germann, président de l'Association des Communes Suisses (ACS).

Prix «Commune en santé» 2020

La Conférence de promotion de la santé a aussi été l'occasion de lancer le prix «Commune en santé», respectivement «Ville en santé». La quatrième édition de ce prix, dont l'ACS est partenaire, aura lieu en 2020. Le délai de soumission est fixée au 3 juin 2019. *réd*

Plus d'informations:

www.tinyurl.com/commune-en-sante
www.tinyurl.com/conference-19

Pour la défense du projet de la LAT2

L'ACS, la Conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement, la Conférence des directeurs cantonaux de l'agriculture et l'Union des villes suisses ont adressé un courrier commun aux membres des Commissions de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie du Conseil national. Ils plaident en défense de la deuxième étape de la loi sur l'aménagement du territoire (LAT2). La LAT2 est axée sur des nouvelles règles applicables à la construction hors de la zone à bâtir. Né dans la douleur, le projet suscite encore certaines controverses. Mais il est équilibré. Et il est courageux, car il tourne le dos aux interminables nouvelles dispositions d'exception et s'appuie sur un concept alternatif basé sur une approche de compensation et de planification. *pb*

Pour le maintien des zones à 30 km/h

L'ACS rejette l'initiative parlementaire «Ne pas entraver la fluidité du trafic sur les grands axes routiers». L'initiative parlementaire équivaut à une ingérence inutile dans la souveraineté cantonale et communale. Une adoption de l'initiative parlementaire non seulement empêchera les réductions du bruit par exemple dans les centres des villes, mais compliquera aussi la mise en œuvre d'une fluidité du trafic optimale sur les axes prioritaires. L'ACS, conjointement à la Conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement et à l'Union des villes suisses, a adressé un courrier aux membres de la Commission des transports et des télécommunications du Conseil des Etats en leur priant de rejeter à nouveau l'intervention. *pb*

Ne pas surcharger les bibliothèques

Lors de la consultation sur la modification de la loi sur le droit d'auteur, l'ACS s'était opposée à l'introduction d'un tantième des bibliothèques. Au cours des travaux de révision ultérieurs, un tantième n'a plus jamais été un sujet. Par sa décision du 10 décembre 2018, la Commission arbitrale fédérale a modifié la pratique actuelle sur la base du droit en vigueur et a introduit une telle taxe «par la petite porte», nota bene pendant la procédure législative en cours. Une indemnisation supplémentaire des droits d'auteur pour le prêt gratuit aggrave la situation financière déjà tendue de nombreuses bibliothèques. L'ACS rejette ce nouveau tantième. C'est pourquoi il est intervenu avec une lettre auprès de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil des Etats. *pb*

Pas à pas vers une Suisse numérique

Il n'est pas facile de numériser rapidement un pays fédéraliste tel que la Suisse. Mais notre point fort montre que les choses bougent plus qu'on ne pourrait le penser dans les administrations communales.

La mise en œuvre de la cyberadministration en Suisse avance pas à pas. La société d'exploitation eOperations Suisse SA a été fondée en juin 2018. eUmzugCH, la première prestation exploitée par eOperations Suisse, est aujourd'hui en service dans dix cantons. En outre, le Conseil fédéral a adopté le message relatif à la loi sur l'identité électronique dont les débats parlementaires viennent de commencer. Des projets d'innovation tels que la mise en place d'un chatbot pour l'administration publique, le développement d'un module de participation pour les collectivités (cf. texte plus loin) et l'utilisation de la technologie blockchain pour l'identification et la signature électroniques sont sur le point d'être achevés.

C'est également en 2018 qu'ont été posés les jalons de la collaboration sur la cyberadministration à partir de 2020, comme l'écrit le Conseil fédéral dans un communiqué. «Tant la conférence des gouvernements cantonaux que le Conseil fédéral veulent que l'administration mise de façon systématique sur les processus numériques.» Cette voie est prescrite par les lignes directrices de la stratégie suisse de cyberadministration 2020–2023 avec la charte «Digital First». Pour 2019 aussi, le Conseil fédéral annonce des travaux importants. «2019 sera la dernière année de mise en œuvre du plan prioritaire actuel. Les documents de base en cours d'élaboration pour la collaboration de cyberadministration 2020–2023 vont être achevés et être sou-

mis pour consultation à la Confédération, aux cantons et aux communes.» Les exemples donnés dans les pages qui suivent montrent que la numérisation est en route depuis longtemps dans de nombreuses administrations communales, dans des domaines parfois inattendus. Nous vous souhaitons une excellente lecture!

*Denise Lachat,
Rédactrice en chef de
«Commune suisse»*

eOperations Schweiz AG



eDéménagementCH



Message relatif
à la loi sur l'-ID



L'intervention de l'ACS a été fructueuse



Une grande partie de la population utilise les nouvelles technologies de communication au quotidien dans de nombreux domaines de la vie pour exécuter diverses tâches et entretenir les contacts. Cela signifie que la population est prête pour le dialogue numérique! L'Association des Communes Suisses (ACS) est convaincue que la cyberadministration ouvre de nouvelles chances de dialogue entre les communes et les ci-

toyens, et en particulier que la cyberparticipation offre des possibilités nouvelles et multiples. Ainsi, les communes pourraient impliquer très tôt leurs citoyennes et leurs citoyens dans les processus de développement, en leur présentant des idées, des plans et des projets plus largement et sans contrainte liée à un lieu précis, et en sollicitant leurs réactions. Les citoyennes et les citoyens pourraient suivre les assemblées communales en

ligne et participer aux votations avec un simple clic de souris: la cyberparticipation peut donc s'adresser à des couches supplémentaires de la population et les inciter à participer activement à la vie de la commune. En outre, par la flexibilité géographique et temporelle qu'elle apporte, la cyberparticipation encourage l'égalité des chances. Depuis deux ans, l'ACS milite vigoureusement à divers niveaux pour que les

L'Association des Communes Suisses (ACS) participe activement à eGovernment suisse

«Cyberadministration suisse» est l'organisation de la Confédération, des cantons et des communes qui est chargée de propager les services électroniques des autorités. Elle pilote, planifie et coordonne les activités conjointes des trois niveaux institutionnels en matière de cyberadministration. La Confédération, les cantons et les communes poursuivent une stratégie commune. L'ACS fait, elle aussi, partie de cette organisation. Ses représentants au comité de pilotage sont Beat Tinner, président de la commune de Wartau (SG) et membre du Comité de l'ACS, et Peter Bernasconi, ancien président de la commune de Worb (BE) et ancien membre du Comité de l'ACS. Au comité de planification, c'est Peter Scholl, secrétaire municipal de Moosseedorf (BE), qui défend les intérêts des communes. Pour Beat Tinner, les choses sont claires: «La cyberadministration commence au niveau communal.» Pour la politique et l'administration, il convient d'exploiter ce potentiel et de proposer que toute correspondance passe par le canal électronique. Chaque commune doit fondamentalement aménager son offre concrète en ligne selon ses propres priorités. Beat Tinner ajoute que ce qui compte à cet égard, c'est qu'à l'intérieur du canton, les activités soient coordonnées avec les communes. «Cela néces-

site toutefois que des infrastructures nationales et des modules de base tels que l'identité électronique soient mis à disposition dans toute la Suisse, ce qui requiert une collaboration entre tous les échelons de l'Etat.» Peter Bernasconi mentionne la collaboration au niveau stratégique, mais également un autre facteur important: la coopération entre les services administratifs et le perfectionnement des services fournis par l'Etat. «Une véritable valeur ajoutée n'est obtenue que lorsque les processus administratifs existants sont réévalués d'un point de vue global et réorganisés en cas de besoin.» Il ne suffit pas, selon lui, de proposer un service analogique actuel sous une forme électronique. C'est pourquoi l'organisation Cyberadministration suisse réclame la collaboration entre les autorités administratives dans le cadre du plan prioritaire ainsi que par le biais de diverses manifestations. La

Confédération examine à l'heure actuelle si une mise en œuvre plus efficace et plus contraignante de la cyberadministration nécessite de nouvelles bases légales fédérales. Dans le cadre de la consultation en cours, l'ACS a réclamé une approche pragmatique s'appuyant sur la collaboration actuelle. «Nous ne nous opposons pas par principe à davantage d'engagements», déclare Christoph Niederberger, directeur de l'ACS. Mais ceux-ci doivent être assortis de conditions. Il ne faut pas qu'en fin de compte, «la Confédération ordonne et les communes payent». Christoph Niederberger voit dans le modèle du canton de St-Gall, où une instance de coopération de cyberadministration composée paritairement de représentants des communes et des cantons dialogue et peut fixer des normes, un bon exemple d'action commune.

www.egovernment.ch

Les représentants des communes auprès d'eGovernment suisse: Beat Tinner, Peter Bernasconi et Peter Scholl (de g. à d.).

Photos: m&D



Chatbot



Blockchain



Digital First



deux thèmes de la «cyberparticipation» et de la «standardisation de l'infrastructure de base» soient repris comme thèmes principaux dans la révision de la stratégie suisse de cyberadministration. Elle cherche également à garantir que les solutions de cyberadministration puissent plus facilement être transférées d'une commune à l'autre et donc que les investissements s'appuient sur une assise plus large. Cette intervention a été fructueuse: dans le communiqué de presse du Conseil fédéral du 14 no-

vembre 2018 relatif à la nouvelle stratégie suisse de cyberadministration 2020–2023, le Conseil fédéral, dans les lignes directrices, met en exergue quatre champs d'action dans lesquels des activités doivent être lancées pour faire encore progresser la numérisation dans l'administration en Suisse: «interaction et participation», «services de base et infrastructure», «organisation et bases légales» ainsi que «confiance et connaissance». L'organisation Cyberadministration suisse définira des mesures à

prendre dans ces domaines en vue de l'élaboration du plan de mise en œuvre 2020–2023.

Magdalena Meyer-Wiesmann, cheffe de projet ACS

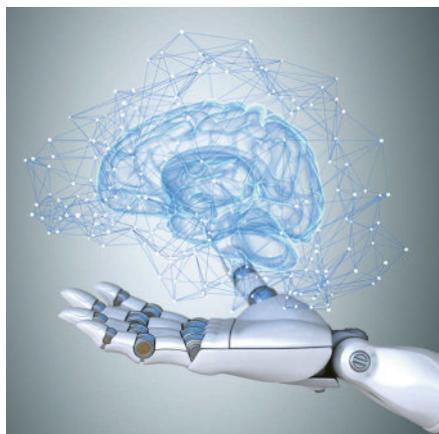


Engager des poursuites en ligne de manière simple et sûre

L'assistant intelligent tilbago accompagne les communes au cours de chaque processus d'encaissement. David Fuss, CEO de tilbago, explique le fonctionnement de cette solution cloud dans un entretien.

Monsieur Fuss, vous proposez une solution d'encaissement en ligne simple et innovante. Comment tilbago assiste-t-elle les communes?

L'expansion du numérique gagne aussi l'administration. L'Office fédéral de la justice a introduit la norme e-LP s'appliquant à l'échange de données électronique entre les créanciers et les offices des poursuites. Cette norme constitue désormais la base de toute solution d'encaissement. Avec tilbago, nous allons beaucoup plus loin. Nous mettons à la disposition des communes un assistant intelligent qui les guide pas à pas à travers le processus d'encaissement, en toute simplicité et dans le respect des prescriptions légales et des délais.



Testez tilbago dès à présent et profitez des multiples avantages de cette solution numérique. Rendez-vous simplement sur www.tilbago.ch et traitez gratuitement cinq cas avec le code «Go-To-Tilbago».

Parmi vos 750 clients, plus de 50 communes suisses utilisent déjà tilbago. Dans quelle mesure profitent-elles de votre solution?

Tilbago permet aux communes d'exiger les paiements dus rapidement et simplement. Un navigateur et un accès Internet suffisent pour lancer la procédure sans installation ni engagement. Les données existantes peuvent être transférées commodément depuis les solutions de facturation vers notre solution cloud intelligente. Et comme les données restent en Suisse chez notre partenaire PostFinance, il n'y a aucun souci à se faire quant à leur sécurité.

Combien coûte une poursuite avec tilbago?

Profitant du volume total du canton, les communes paient des frais forfaitaires de 10 francs par cas. Tous les coûts liés à tilbago sont couverts – y compris les frais de poursuites ultérieures en cas d'acte de défaut de biens résultant de la procédure. Pour nous, un cas est clôturé uniquement lorsqu'un créancier recouvre sa créance.

À qui s'adresse tilbago?

Grâce à une mise à l'échelle maximale, notre solution d'encaissement en ligne est destinée à toutes les communes – quel que soit le nombre de cas et la région linguistique – qui ne délocalisent pas l'encaissement et souhaitent bénéficier d'une assistance professionnelle dans la gestion des poursuites et des actes de défaut de biens. De plus, en développant constamment l'intelligence de notre solution, nous faisons profiter les communes des progrès de notre assistant numérique dans le cadre du processus d'encaissement judiciaire.



Hanspeter Frischknecht, responsable de la section de l'administration des finances de Neuenhof.

La Commune de Neuenhof mise sur tilbago

Chaque année, l'administration des finances de Neuenhof envoie entre 35 000 et 45 000 factures à ses 8767 habitants. Depuis 2017, elle utilise tilbago pour traiter les quelque 700 poursuites à engager chaque année. «Cette solution en ligne intuitive permet de traiter les créances de manière efficace et à moindres coûts», précise Hanspeter Frischknecht, administrateur des finances. Le recours à tilbago a permis de réduire de 80% les charges liées à l'établissement et à la soumission des réquisitions et de diviser par deux le temps requis pour le suivi des suspens et de la procédure. «Grâce à cette solution cloud, nous pouvons suivre à tout moment l'avancement de la procédure; son utilisation intuitive simplifie notre quotidien, à notre grande satisfaction.»

tilbago

Une collaboration avec

PostFinance

La cyberadministration a du potentiel dans les communes

L'Association des Communes Suisses (ACS) salue l'utilisation croissante des outils et moyens de communication numériques dans les administrations communales, axée sur l'écoute du citoyen et la satisfaction des usagers.



En Suisse, la plupart des transactions avec les autorités ont lieu entre les habitantes et les habitants et leur commune. Par conséquent, les avantages de la cyberadministration, autrement dit la fourniture de services de haute qualité en toute transparence aux habitants 24 heures sur 24 et l'allègement des tâches administratives internes, produisent au mieux leurs effets au niveau communal. Pour les communes, d'une part l'écoute des citoyens et, d'autre part la convivialité pour les usagers, aussi bien pour les citoyennes et les citoyens qu'en interne pour l'administration, sont les objectifs essentiels visés. A son tour, la transparence entre les systèmes institutionnels (commune, canton et confédération) joue un rôle prépondérant.

Réévaluer les processus

Les administrations communales veulent proposer à leurs habitantes et habitants des prestations de service modernes. Ceci dit, il ne suffit pas d'offrir en ligne les services jusqu'à présent analogiques. En effet, pour générer une réelle valeur ajoutée, il faut que les processus existants soient réévalués sous une optique globale et réorganisés là où cela est nécessaire. Raison pour laquelle les communes sont confrontées à d'importants obstacles dans la mise en

œuvre des projets de cyberadministration, plus au niveau de l'ajustement des processus internes qu'au niveau des questions techniques sur lesquels se concentrent généralement les projets.

Moins de tâches administratives

Les technologies numériques en général et la cyberadministration en particulier évoluent très rapidement. Et concernent de plus en plus de secteurs et processus des communes. Face aux exigences toujours plus élevées posées aux communes, accompagnées d'une baisse des ressources financières et humaines disponibles, l'ACS souhaite, à l'avenir, soutenir activement la cyberadministration dans les communes. Car par le biais de moyens d'information et de communication modernes, il est possible d'optimiser la qualité, l'efficacité et la transparence des prestations de service communales et de simplifier les démarches et processus actuels. Il s'agit, à l'aide des nouvelles technologies, de décharger le personnel communal, de simplifier les processus et d'augmenter la qualité, l'efficacité et la transparence des prestations de service fournies. Cela tout en maintenant, voire en abaissant les coûts.

Ce dont il faut tenir compte

- Pour l'ACS, afin d'évaluer les projets de cyberadministration, les questions suivantes sont centrales pour les communes:
- Quel est la principale utilité qu'en tire la commune?
- Sous quelle forme et dans quelle mesure les activités quotidiennes du personnel administratif communal sont-elles allégées?
- Utilité pour les habitantes et les habitants?
- Qu'en est-il de la convivialité?
- Quels sont les coûts que doivent supporter les communes en termes de ressources humaines, organisationnelles et financières?
- Quelles synergies existent en rapport avec d'autres projets et comment peut-on les exploiter?

Coopération à tous les niveaux

Les communes peuvent développer leur propre offre de prestations en ligne en fonction de leurs priorités. Autonomie des communes oblige. Les infrastructures nationales et les modules de base, comme l'identification électronique (E-ID) doivent toutefois être mis en place pour l'ensemble de la Suisse. C'est pourquoi la collaboration entre tous les niveaux de l'Etat est indispensable. La stratégie suisse de cyberadministration et son plan sont fondés sur un principe de subsidiarité de manière à ce que les services en ligne développés par les communes, les cantons et l'Etat puissent se compléter progressivement. L'ACS défend ici les intérêts communaux aussi bien au sein de la commission de pilotage que dans la commission de planification dans le cadre de l'organisation E-Government Suisse – et contribue ainsi au succès de la cyberadministration.

Aux yeux de l'ACS, les cantons doivent aussi convenir d'une stratégie de cyberadministration avec leurs communes à l'instar de la stratégie nationale. Le succès de la cyberadministration aux niveaux communal et cantonal ne pourra être assuré à long terme sans cette approche globale impliquant aussi bien le canton comme organe de coordination que les communes avec leurs différentes possibilités et impératifs.

Laboratoires de l'innovation

Individuellement, les communes peuvent aussi affirmer leur rôle de laboratoire de l'innovation dans le secteur de la cyberadministration. Les nombreuses bonnes solutions élaborées dans les communes doivent être considérées comme des potentiels. D'un autre côté, il est clair qu'une coopération entre les différents niveaux de l'Etat est incontournable. Il y a pour cela des structures éprouvées au niveau fédéral, comme indiqué plus haut.

Christoph Niederberger, directeur de l'Association des Communes Suisses

«Le fédéralisme inhibe la transformation numérique»

Pour pouvoir proposer des offres modernes, des dispositions contraignantes sont nécessaires, estime Daniel Arber, directeur de la société eOperations Suisse. Certaines questions pourraient aussi être réglées à l'échelle fédérale.



Vers une Suisse connectée: «eOperations Suisse» fournit des prestations en matière de cyberadministration à la Confédération, aux cantons, aux villes et aux communes.

Photo: Shutterstock

Daniel Arber, où se situe la Suisse en matière de cyberadministration?

Daniel Arber: Elle a progressé. Selon l'étude «eGovernment Monitor 2018», la notoriété des offres en ligne est passée de 30% en 2014 à 55% aujourd'hui. L'évolution est positive. Près de la moitié des sondés n'ont toutefois toujours pas entendu parler des services numériques proposés. Il faut donc mieux les faire connaître. Nous devons mettre en œuvre certains services de base à large échelle. La communication sera alors aussi plus facile.

Plusieurs études constatent un retard à rattraper. Avenir Suisse évoque «une cyberadministration lacunaire pour un pays développé».

Arber: On dit communément que les ennemis de la cyberadministration sont les bonnes prestations de l'administration

et la petite taille de la Suisse. C'est probablement juste. Je remarque que les administrations communales sont souples et proposent par exemple des rendez-vous en dehors des heures de bureau. Dans les pays où les distances sont plus grandes et les prestations plus mauvaises, on investit sans doute davantage dans les canaux numériques. Mais une chose est claire: les attentes de la population et de l'économie croissent. Ce qui est possible en matière numérique dans les entreprises privées doit aussi l'être pour l'Etat. Si le niveau souhaité n'est peut-être pas aussi élevé, on attend malgré tout des offres modernes. Il faut appuyer sur l'accélérateur.

Les milieux politiques en sont-ils conscients?

Arber: Les choses ont avancé depuis cinq ans. Les cantons ont élaboré des

lignes directrices et veulent collaborer de manière plus intense. Le conseiller fédéral Ueli Maurer assure la promotion de cette thématique. Les circonstances sont aujourd'hui plus favorables. Nous n'avons toutefois pas seulement besoin de coordination mais aussi de dispositions contraignantes.

A quoi pensez-vous concrètement?

Arber: On doit fixer les différentes compétences de la Confédération, des cantons et des communes. Je pense à certains registres. On doit par exemple décider si l'on veut introduire un registre central des habitants ou si cela doit rester une utopie. Avant le recensement de 2010, de tels registres n'existaient pas dans tous les cantons. En ce qui concerne la protection des données, on pourrait régler certaines questions à l'échelle nationale et de manière contraignante ju-

ridiquement. Chaque préposé cantonal à la protection des données ne serait ainsi plus obligé de procéder aux mêmes clarifications lors de l'introduction d'une nouvelle offre en ligne.

Le fédéralisme freine-t-il la transformation numérique?

Arber: Oui. Le fédéralisme permet certes aux cantons de faire œuvre de pionnier en développant certaines solutions. Les processus de décision rapides sont un avantage manifeste. La mise en œuvre au niveau national est en revanche plus difficile car elle se heurte à des obstacles techniques, organisationnels et juridiques.

Grâce à eDéménagementCH, vous avez accumulé des expériences dans le domaine. Pourquoi n'avez-vous pas encore pu mettre en place votre plateforme d'annonce à large échelle?

Arber: Elle est totalement ou partiellement en fonction dans douze cantons. Des projets pour l'introduire sont en cours dans divers autres cantons. Dans certains cas, des questions techniques provoquent des retards. Les communes utilisent une quarantaine de logiciels différents au niveau du contrôle de l'habitant. Certains sont largement diffusés, d'autres moins. Tous ne sont pas adaptés aux techniques actuelles. Des travaux appropriés sont nécessaires. A cela s'ajoutent des efforts de clarification en matière de protection des données. Dans certains cantons, les ressources financières et en personnel sont limitées.

La volonté serait pourtant en principe là?

Arber: Oui. C'est ainsi que je perçois les choses.

Comment jugez-vous la convivialité des offres actuelles de cyberadministration?

Arber: Elle se situe dans la moyenne. Deux tiers des usagers la jugent bonne, comme le montre l'étude «eGovernment Monitor». La barre est toutefois placée toujours plus haut. Ce que l'on considère comme une norme standard est influencé par l'offre des firmes privées. Les pouvoirs publics doivent s'en inspirer, ils ne peuvent pas mettre en œuvre des solutions exotiques. Selon une étude actuelle, une majorité de la population effectue au moins une fois par mois une transaction en ligne. L'e-commerce est également devenu quelque chose de normal pour les plus de 70 ans. Le nombre d'utilisateurs des offres étatiques est en revanche bien plus petit.

L'économie privée oblige jusqu'à un certain point les clients à interagir en ligne. Elle les incite en tout cas à le faire. Les administrations sont plus réservées.

Arber: Elles doivent l'être. La cyberadministration ne peut qu'être un canal supplémentaire car personne ne doit être exclu. L'Etat a en effet une responsabilité particulière. Mais les gens qui n'ont pas recours aux solutions numériques peuvent aussi profiter de la numérisation. Les procédures automatisées libèrent des ressources que les administrations peuvent employer pour faire face à des cas plus complexes. Les tâches des collaborateurs deviennent plus larges, les activités de conseil plus importantes.

Le guichet ne va donc pas devenir inutile.

Arber: Absolument pas. Il est le visage d'une commune et crée la confiance. L'aphorisme selon lequel «l'avenir du numérique est analogique» me plaît bien. Il s'agit d'intégrer des éléments analogiques dans le numérique. On a longtemps strictement séparé les offres classiques et en ligne. Mais les deux canaux se complètent. De nombreuses personnes vont sur Internet pour s'informer. Pour des conseils, elles choisissent en revanche le téléphone ou vont au guichet. Qui, si ce n'est les communes, peut proposer ce mélange des genres?

Les autorités ne pourraient-elles pas aussi renforcer les conseils en ligne?

Arber: Si, cela ne serait pas difficile. Un système de chat conviendrait très bien.

Le développement d'offres en ligne implique des coûts. Comment des communes manquant de moyens peuvent-elles relever ce défi?

Arber: Elles doivent collaborer avec d'autres. Il existe des firmes privées qui s'attaquent à ce problème et proposent des applications spécialisées et des portails. Dans certains cantons, dont Saint-Gall, les acquisitions se font en commun. C'est l'avenir.

eOperations Suisse apporte un soutien aux autorités lors d'acquisitions.

Arber: Exactement. Nous lançons des appels d'offres, d'une part pour nos propres solutions logicielles et leur exploitation et, d'autre part, pour des acquisitions communes à plusieurs collectivités. L'avantage est évident. Lors d'acquisitions communes, on peut investir davantage dans les travaux préliminaires et les coûts sont moindres pour les participants. Les fournisseurs ont

aussi intérêt à répondre à un seul appel d'offres pour un volume déterminé plutôt qu'à plusieurs. On entend parfois des craintes selon lesquelles seuls les gros fournisseurs auraient des chances dans ce genre d'appel d'offres. Nous prenons ce thème au sérieux et nous traitons avec soin les questions de concurrence.

Beaucoup de gens sont sceptiques à l'égard des services en ligne. Comment peut-on les convaincre?

Arber: Il est essentiel de disposer de processus conviviaux et cohérents. Il doit être possible d'effectuer une opération de A à Z en ligne. Pour cela, il faut disposer de systèmes intégrés. Au sein de notre organisation, nous travaillons par exemple avec des signatures numériques. Celui qui a vu à quel point c'est pratique ne peut plus s'en passer.

Eveline Rutz

Pour la Confédération, les cantons et les communes

Daniel Arber est directeur d'«eOperations Suisse». L'organisation fournit des prestations en matière de cyberadministration à la Confédération, aux cantons, aux villes et aux communes. Son objectif est d'éviter les doublons et les surcoûts inutiles. Elle exploite entre autres la plateforme en ligne eDéménagementCH sur laquelle on peut annoncer un changement de domicile. Daniel Arber a engrangé des expériences professionnelles aussi bien dans l'économie privée qu'auprès des cantons. De 2001 à 2010, il a été responsable de la stratégie et des canaux en ligne chez Swisscom. Il a ensuite travaillé pour la Conférence des gouvernements cantonaux.



Le télétravail fait son chemin dans les administrations aussi

La Ville de Vernier a lancé un programme d'horaires à la confiance qui permet aux collaborateurs de travailler jusqu'à 50% à l'extérieur ou depuis leur domicile. Aux Services industriels de Genève (SIG), la pratique va être étendue.



La Ville de Vernier a mis en place un programme de télétravail. Ce dispositif, développé par les Ressources humaines (RH) de la commune depuis 2015, est opérationnel depuis l'année dernière. Selon le plan, un collaborateur peut effectuer jusqu'à 50% de son temps de travail à l'extérieur, jusqu'à 30% pour un cadre. «Mais à ce jour, personne n'a encore été jusque-là», précise Patrick Ruettimann, secrétaire général adjoint RH. Actuellement, une vingtaine de volontaires ont adopté ce système d'«horaire à la confiance». Sur les quelque 600 collaborateurs, une centaine occupent des postes considérés comme compatibles avec le télétravail – la tonte des pelouses ou l'accueil des citoyens à la mairie sont des tâches qu'il est impossible d'effectuer à distance!

Plus de flexibilité, moins de stress

La motivation de la ville est double. «D'abord, faciliter la vie des gens. Il y a une demande pour davantage de flexibilité. Si, en tant que commune, il est possible d'aller dans cette direction, nous devons nous y engager. Les garde-fous sont l'immédiateté – le collaborateur doit rester joignable – et la confiance réciproque, sans laquelle rien n'est possible», expose le maire Pierre Ronget. «Entre deux séances à l'extérieur, par exemple en ville de Genève auprès de services cantonaux, le collaborateur peut travailler dans un café internet, dans une bibliothèque, où cela l'arrange», explique Patrick Ruettimann. La possibilité de travailler des journées entières chez soi est surtout appréciée de celles et ceux qui effectuent des trajets importants pour se rendre à Vernier. «Il y a déjà un certain temps que tous les collaborateurs ne sont plus logés sur le territoire de la commune», rappelle le maire Pierre Ronget. Pour la plupart, le système permet surtout d'aménager les horaires en fonction du programme de la journée et des pics de trafic de l'agglomération genevoise. Avec ce système, le collaborateur qui doit quitter le travail pour aller récupérer un enfant, participer à une activité sportive ou

Les générations qui ont pris l'habitude de fonctionner dans des conditions «nomades» n'ont pas envie d'en changer. Le télétravail répond à ce besoin. Photo: unsplash – Annie Spratt

culturelle est moins stressé: il sait que s'il ne termine pas une tâche l'après-midi, il peut le faire chez lui le soir. «C'est aussi un bonus pour le cadre, qui n'a pas besoin de chercher quelqu'un pour terminer un travail», ajoute Patrick Ruettimann.

Selon le principe de la confiance

Un tel dispositif va de pair avec l'abandon de la pointeuse. Désormais, le principe est celui de l'«horaire à la confiance». Il n'aurait pas été possible il y a dix ans, pour des raisons techniques. «Depuis quelques années, le prix des ordinateurs portables a passablement baissé, alors que les accès Wi-Fi de qualité se sont multipliés. Et les communes genevoises ne bénéficient que depuis peu de la Gestion électronique des documents (GED)», déclare Patrick Ruettimann. Pour ce qui a trait à la sécurité, elle concerne le déplacement de documents sensibles, et le télétravail depuis l'étranger.

Concilier vie privée et professionnelle

À Vernier, ce dispositif s'inscrit dans une politique RH plus large visant à mieux concilier vie familiale et professionnelle, incarnée notamment par le travail à temps partiel – qui concerne aujourd'hui 52% des collaborateurs et des collaboratrices –, l'accès à des places dans les crèches communales, ou dans la possibilité d'«acheter» des jours de vacances supplémentaires.

La réflexion sur le télétravail a aussi été lancée à un moment où la commune envisageait la réalisation d'un nouveau centre administratif. Avec l'augmentation des emplois à temps partiel et le télétravail, les bureaux sont rarement pleins, et il devient donc raisonnable d'évoquer la mise en place d'un open space où les postes fixes n'ont plus cours. Cette organisation a l'avantage d'être moins gourmande en surface. L'hypothèse du nouveau centre administratif a été provisoirement abandonnée, reste le télétravail, qui pourrait gagner des adeptes ces prochaines années.

«EquiLibre» aux Services Industriels

Car c'est ce qui s'est passé aux Services Industriels de Genève (SIG), dont le centre technico-administratif, situé sur la commune de Vernier, abrite un millier de collaborateurs. Son organisation de travail, baptisée «EquiLibre», a lancé le télétravail, les horaires à la confiance et le travail à l'objectif pour une centaine de volontaires en 2012. Le succès a fait que 550 autres collaborateurs ont suivi, toujours sur la base du volontariat, en 2015. Et que dans les années à venir, toute l'entreprise va basculer dans cette

organisation. L'exemple des SIG est doublement pertinent. Son système a notamment inspiré la Ville de Vernier. Et comme d'autres entités semi-publiques engagées sur la voie du télétravail, ils sont régulièrement cités en exemple.

Moins d'absences, plus de productivité

Christian Brunier, directeur général de SIG, confirme que l'offre séduit les collaborateurs. «Quand on l'a présentée, il y avait un tiers de gens très favorables, un tiers très défavorables et un tiers se disant prêts à essayer. Après, nous passons à 80% de personnes qui affirment mieux travailler et se sentir plus libres et plus heureuses, et 20% d'insatisfaits.»

Un cinquième d'insatisfaction ne peut être pris à la légère. «Nous arrivons à en corriger une partie avec des aménagements matériels assez simples, tel que le rajout de quelques grands écrans dans les espaces de travail.» Depuis l'instauration de cette organisation de travail, la direction dit que l'ensemble des collaborateurs sont satisfaits après deux années de test. Par contre, certains managers qui ne fonctionnaient pas sur un rapport de confiance ont dû être repositionnés dans l'entreprise.

Comme à la commune de Vernier, les collaborateurs profitent du télétravail surtout pour aménager leurs horaires, plus rarement pour prendre des journées entières sans venir au centre technico-administratif. «Nous avons des bureaux au centre-ville. Nous avons observé que les gens y passent, mais s'y installent rarement pour la journée», précise Christian Brunier. Les études ne sont pas encore achevées, mais il semblerait que l'absentéisme soit à la baisse. «Normalement, un collaborateur qui ne se sent pas bien le matin va appeler pour dire qu'il ne vient pas de la journée. Avec EquiLibre, il informe qu'il reste chez lui, et va venir ou se mettre au travail dès qu'il se sent mieux», interprète le directeur des SIG. Les SIG réalisent des gains sur leurs espaces de travail. Ils s'élèvent aujourd'hui à 19%. Mais dans certains secteurs, ils peuvent atteindre 50%. Des locaux sont déjà loués à des tiers. Pour la productivité des collaborateurs, Christian Brunier évoque les chiffres des services de la sécurité sociale belge, qui développe en parallèle et en collaboration avec les SIG son propre EquiLibre. «Avec des effectifs bloqués depuis des années, ils réussissent à traiter, en fonction des secteurs, entre 19 à 30% de dossiers sociaux supplémentaires. Beaucoup de nos métiers sont plus difficiles à mesurer, mais j'évalue les gains de l'ordre de 10 à 15%.»



Selon Christian Brunier, directeur des SIG (à gauche), 80% des collaborateurs affirment mieux travailler et se sentir plus heureux.

Le maire de Vernier, Pierre Ronget, constate qu'il y a une demande pour davantage de flexibilité.

Photos: SIG/Commune de Vernier

Solutions pour les métiers de terrains

La nouvelle frontière, pour les SIG, c'est donc le passage à EquiLibre des métiers de terrains. «Nous nous sommes mis autour d'une table pour évoquer ce qui était possible. Les solutions, comme souvent dans ces cas-là, relèvent du bon sens. Nos collaborateurs n'auront pas besoin de venir dans nos locaux pour rédiger des rapports. Nous allons leur confier des tâches pour la semaine, et les laisser s'organiser eux-mêmes, ce qui va générer au minimum des économies de déplacements, de mobilité. Pour faciliter cela, nous allons créer des mini-locaux de stocks, à l'échelle du canton. Je suis très confiant.»

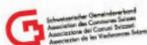
Un tel dispositif ne peut qu'attiser les curiosités. Les SIG ont été visités par des régies immobilières, Christian Brunier a présenté EquiLibre devant un aéropage de cadres de la Banque cantonale. Selon lui, la question n'est plus de savoir si ce système va se propager dans les entreprises et l'administration: «Il n'y aura pas d'autres choix. Il y a quelques années, les jeunes qui rejoignaient les SIG mentionnaient, parmi leurs sources de motivation, la sécurité de l'emploi. Aujourd'hui, c'est l'engagement de l'entreprise pour la transition énergétique qui fait sens pour eux. Et EquiLibre. Au cours de leurs études, ils ont pris l'habitude de fonctionner dans des conditions «nomades» et n'ont aucune envie d'en changer. Si elles ne s'adaptent pas, les entreprises ne pourront plus attirer les jeunes talents, certainement pas les meilleurs.»

Vincent Borcard

Biodiversité dans les communes



Un guide assorti de douze exemples pratiques



**Le E-Paper est
téléchargeable
en format PDF.**

Biodiversità
nei comuni

Biodiversität
in Gemeinden



Le guide comprend 12 exemples tirés de la pratique, un manuel pour la planification et la communication ainsi qu'une liste de liens donnant accès à des renseignements complémentaires. E-Paper disponible sous www.tinyurl.com/guide-biodiversite

Puissance maximale dans la technologie de l'eau

Pompes normalisées en fonte grise ou acier inox

Atteindre un nouveau degré de flexibilité et d'efficacité, avec la commande de pompe régulée HYDROVAR.

Pompes monobloc
en ligne Série **e-LNE**
en fonte grise
Roue de pompe en
acier inox



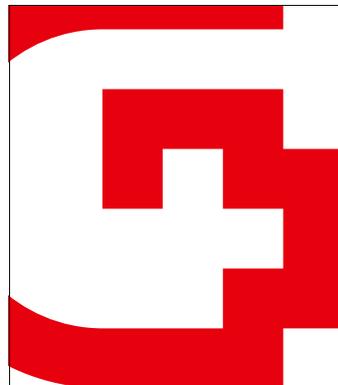
Débit: jusqu'à 900 m³/h
Hauteur de refoulement: jusqu'à 90 m

- Transport de l'eau dans la domotique, l'industrie et l'agriculture
- Augmentation de la pression en général



Un choix de pompes complet pour toutes les applications: www.gloor-pumpen.ch

Siège: Gloor Pumpenbau AG, Thunstr. 25a, 3113 Rubigen, Tel. 031 721 52 24
Bureau Suisse Romande: Gloor Pumpenbau SA, Rue du Collège 3, Case postale, 1410 Thierrens, Tél. +41 (0)21 905 10 80



Toute l'actualité grâce à notre Newsletter

Notre Newsletter vous permet de recevoir toute l'actualité de l'Association, de la politique, de thèmes communaux et d'évènements.

Abonnez-vous sur:
tinyurl.com/SGV-Newsletter

Le système de milice

Qui sont les gens qui effectuent un travail de milice à la tête des plus de 2000 communes de Suisse? «Commune Suisse» leur donne un visage. La série de portraits fait partie des articles que le magazine consacre au thème prioritaire de l'Association des Communes Suisses en 2019 tout au long de l'année. Nous vous souhaitons une bonne lecture et nous disons merci à tous ceux qui s'engagent!

 2019
L'ANNÉE DU
TRAVAIL
DE MILICE

Agenda des manifestations - 2019 Année du travail de milice

26.2.2019	Présentation d'idées «Système de milice 2030 durable» -> informations sur www.tinyurl.com/concours-idees
23.5.2019 – 24.5.2019	Save the Date: séminaire d'été «Avenir du système de milice» et Assemblée générale de l'ACS
1.8.2019	Save the date: fête nationale du 1 ^{er} août sur le thème du système de milice
30.8.2019 – 31.8.2019	Save the date: «Journée/nuit portes ouvertes» des sapeurs-pompiers -> informations pour les communes sur www.tinyurl.com/lettre-communes

Vous trouverez l'agenda complet et actualisé sur notre site web
www.systemedemilice.ch.

«Être maire? Une pensée perpétuelle, un contact permanent»

Depuis le village genevois de Cartigny, Carine Zach, à la tête du seul exécutif 100% féminin de Suisse, témoigne de son engagement enthousiaste pour la chose publique, le contact avec les habitants et de son goût pour les projets.

A quoi ressemble une charge de maire dans un village de la campagne genevoise? «L'avantage d'une petite structure, c'est que tous les projets que nous avons envie de mettre en place démarrent rapidement», réagit du tac au tac, Carine Zach, maire de Cartigny avec ses 960 habitants depuis 2011. La politique des projets concrets, et la variété des thèmes – circulation, culture, déchets, développement durable, mobilité, social – demeurent le bonheur des machines communales au quotidien. «Je trouve cela passionnant!» Même s'il faut souvent composer avec les autorités cantonales. «Nous avons travaillé sur des limitations de vitesse, des zones 20 et 30, un projet pour lequel plusieurs services cantonaux devaient s'exprimer. Cela a pris du temps. Mais je suis tenace! Et, au fil des expériences de ce type, nous nouons des liens avec des fonctionnaires cantonaux, et cette collaboration permet de faire avancer de super projets!»

Petite structure, structure heureuse? «Il est important d'avoir, entre l'exécutif et le conseil municipal (législatif), un maximum de compétences. Nous avons cette chance de pouvoir compter sur des personnes très qualifiées. Ce qui fait aussi notre force, c'est que même si nous n'avons pas les mêmes idées, il y a des échanges fructueux. Cela vaut aussi pour l'exécutif, soit la maire et les deux adjointes. Nous passons tellement de temps ensemble que cela serait compliqué et démotivant si on ne s'entendait pas.» La maire n'évite pas la difficulté de trouver 16 personnes (13 conseillers municipaux et 3 à l'exécutif) motivées à longueur de législature. «Nous avons mentionné cela à l'occasion des consultations de la Constituante, mais sans

succès.» Carine Zach dresse les qualités attendues d'un bon maire: «Il faut aimer les gens, avoir la capacité de ne pas prendre trop sur soi, être réactif dans n'importe quelles situations, accepter la critique, ne pas être rancunier... Et avoir envie d'être là!»

Nécessaire disponibilité

Le temps de travail demeure variable, autour de 60% répartis sur les journées et les soirées. Les semaines chargées en réunions alternent avec celles qui le sont moins. Avec une bonne organisation, il reste de la place pour la vie de famille. «Je suis passionnée par la gestion communale, mais j'ai toujours privilégié mes enfants, mon mari, ma famille sans oublier de garder une place pour mes amis. Pour l'activité de maire, je la décrirais comme une pensée perpétuelle, un contact permanent avec les dossiers et les habitants. Pour le fonctionnement de l'exécutif, c'est bien qu'un des membres soit très disponible.» Ses deux collègues ayant des emplois à plein temps, il se trouve que c'est elle. Et, sans surprise, elle confirme que le contact au quotidien avec les collaborateurs de la mairie – six personnes pour un équivalent d'environ 500% – figure en bonne place parmi ses satisfactions.

Par la porte du parascolaire

Riche en sociétés locales et en activités culturelles et sportives, le village peut compter sur un nombre intéressant de citoyens impliqués. L'actuelle maire n'est pas rentrée autrement en politique. «Je suis une vraie Genevoise, j'ai grandi à Meyrin. Nous nous sommes installés avec mon mari il y a 30 ans dans le hameau de la Petite-Grave à Cartigny, où nos trois garçons ont grandi.» Elle avait quitté un emploi dans le secteur bancaire – provisoirement croyait-elle – pour s'occuper de sa famille. Une occupation qui l'a amenée à rejoindre la structure locale des parents d'élèves, puis à jouer un rôle dans la création et la gestion de structures parascolaires. «Au début, des voix s'élevaient encore dans le village pour dire que les mères devaient s'oc-



Carine Zach (au centre) et ses adjointes Delphine Bolle De Paoli (à gauche) et Isabelle Walthert forment le seul exécutif 100% féminin de Suisse.

Photo: Nicolas Spuhler/DR

cuper de leurs enfants à midi. Nous avons commencé gentiment avec des pique-niques en commun dans une salle communale.» Aujourd'hui, le MAC – Midi à Cartigny – et le jardin d'enfants les Cartiminois sont deux associations indépendantes bénéficiant de subventions communales. «Sur 45 communes genevoises, nous sommes l'une des trois seules qui ne sont pas liées au Groupement intercommunal pour l'animation parascolaire (GIAP). Cela se passe très bien.» La commune, même petite, peut être indépendante. Son activité au sein des diverses associations communales l'avait amenée à être sollicitée pour figurer sur une liste non affiliée à un parti à l'élection au conseil municipal en 2003. Après une législature, elle a été appelée à prendre la place d'un adjoint au maire, qui ne se représentait pas. Elle en est à sa deuxième législature, à la tête du seul exécutif 100% féminin de Suisse. Un regret? «A Genève, les conseillers administratifs occupent chacun leur tour le poste de maire. Ce n'est pas le cas pour



les petites communes, ce que nous regrettons un peu avec mes deux collègues.»

Carine Zach s'active sur tous les fronts de la vie publique. Concernant la mobilité: «L'important trafic pendulaire genevois débordait sur nos petites routes. En collaboration avec le canton, nous avons réussi à le réorienter sur les routes cantonales, et à le faire interdire à l'intérieur du village et du hameau, à certaines heures.» Le tri des déchets: «La création de containers terriers et de deux déchetteries multitri a permis d'abandonner le ramassage des ordures à domicile il y a déjà 18 ans. Nous espérons encore augmenter notre taux de recyclage qui se situe actuellement autour de 60%.» Un système de chauffage au bois (déchi-queté) à distance avait été lancé par son prédécesseur. Il concerne l'intégralité du bâti de la commune – maisons privées comprises. Ces diverses actions ont permis à Cartigny d'obtenir deux fois le label Cité de l'Énergie. «Mais ces labellisations sont onéreuses et chronophages pour une petite commune. Notre engagement pour le développement durable demeure, mais nous avons abandonné le label, en faisant savoir à ses instances qu'il faudrait des labellisations différentes entre les petites et les grandes communes.»

Cartigny vient aussi de transformer sa salle communale qui est maintenant beaucoup mieux équipée. Le rachat d'un bâtiment au centre du village a permis de garder un service postal et de créer un espace tea-room/boulangerie/épicerie très convivial. Et Carine Zach regrette de ne pouvoir développer un peu le logement. Las: «La commune ne possède que des terrains agricoles!» Elle souhaiterait aussi permettre au village d'être relié via un bus à la gare CFF de Plaine, ce qui le rapprocherait du centre-ville. Une étude est en cours, mais le village étant déjà relié plusieurs fois par heure à Genève, les transports publics genevois ont pour l'instant d'autres priorités. Mais si Genève ne va donc pas se rapprocher pour l'instant davantage de Cartigny, est-il possible d'imaginer la première Cartiginoise se rapprocher du canton et de son parlement? La question l'amuse: «Ce n'est pas une activité politique qui me conviendrait. Dans une ville, je ne me serais d'ailleurs pas engagée ainsi, j'aurais en revanche sans doute travaillé et milité au sein d'associations.»

Vincent Borcard

En bref et en chiffres

Carine Zach a été sollicitée pour figurer sur une liste non affiliée à un parti à l'élection au conseil municipal en 2003. Après une législature, elle a été appelée à prendre la place d'un adjoint au maire. Depuis 2011, elle est maire. Son temps de travail demeure variable, autour de 60%, pour lequel elle est rémunérée avec 24400 francs brut par an et 2300 francs d'indemnités par an.



Carine Zach sur le maire idéal: «Il faut aimer les gens, avoir la capacité de ne pas prendre trop sur soi, être réactif, accepter la critique, ne pas être rancunier... Et avoir envie d'être là!»

Photo: Nicolas Spuhler/DR



Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associazioni da las Vischnancas Svizras

[Startseite](#) | [Impressum](#) | [Datenschutz](#) | [Kontakt](#) | [Druckansicht](#)



Mehr Junge in den Exekutiven

[HOME](#)

[FÜR POLITIKER](#)

[FÜR UNTERNEHMEN](#)

[ZIEL DER KAMPAGNE](#)

[KONTAKT](#)

[PARTNER](#)

sehr gute
Führungsausbildung
10 Grundsätze

... wir sind ein Team
... wir informieren zeitnah



guter Kontakt zur
ist wichtig



Junge in der Exekutive: tatkräftig, motiviert – und noch zu selten

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) setzt sich für die Stärkung des Milizsystems ein. Insbesondere die Jungen sollen motiviert werden, sich in der Gemeindeexekutive zu engagieren. Diese Website wurde in Zusammenarbeit mit Economiesuisse und der «Gruppe junger Gemeinderäte Oberaargau» realisiert. Sie dient als Informationsplattform rund um das Thema Milizsystem. Damit sollen sowohl Politikerinnen und Politiker als auch Unternehmen angesprochen werden. Denn das Schweizer Milizsystem kann nur bestehen, wenn es gelingt, die gute Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Wirtschaft zu bewahren.

Direkteinstieg

- [Testimonials](#)
- [Commitment der Wirtschaft](#)
- [Best practises](#)
- [Erfahrungsberichte](#)
- [Motivationsvideo](#)

milizsystem.ch

Gesundheit ist auch Sache der Städte und Gemeinden

Städte und Gemeinden können ein Umfeld schaffen, das zu Bewegung anregt, einen gesunden Lebensstil fördert und Erholung bietet. Wie dies gelingt, zeigte die Gesundheitsförderungskonferenz in Bern.

Gemeinden und Städte tragen zur Lebensqualität und Gesundheit ihrer Bevölkerung bei. Entscheidend sind dabei gesundheitsförderliche Rahmenbedingungen, die zum Beispiel zu Bewegung und gesunder Ernährung einladen, die Einwohnerinnen und Einwohner aktiv in Gesundheitsinitiativen einbeziehen oder den sozialen Zusammenhalt fördern. «Das Thema Gesundheitsförderung liegt im Zuständigkeitsbereich des Bundes und der Kantone, doch Städte und Gemeinden spielen durch ihre Nähe zur Bevölkerung bei der Umsetzung von gesundheitsfördernden Massnahmen eine zentrale Rolle», erklärte Thomas Mattig, Direktor von Gesundheitsförderung Schweiz, an der 20. Gesundheitsförderungskonferenz in Bern. Um optimale Verhältnisse für die Bevölkerung zu

schaffen, stehen Städten und Gemeinden verschiedene Optionen zur Verfügung. Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt können durch bauliche Massnahmen und durchdachte Ortsplanung ebenso gefördert werden wie durch Sport- und Kulturangebote, eine integrative Alterspolitik oder die frühkindliche Förderung. Unterstützung erhalten Städte und Gemeinden bei der Umsetzung von gesundheitsfördernden Massnahmen unter anderem von den Kantonen im Rahmen der kantonalen Aktionsprogramme.

«Gemeinden tragen mit einem regen Vereinsleben und dem aktiven Einbinden ihrer Bevölkerung zum sozialen Zusammenhalt und zur Identifikation mit dem Wohnort bei – der Gesundheitsförderung und Prävention ist künftig ein

noch grösserer Platz in den kommunalen Politikbereichen einzuräumen», sagte Hannes Germann, Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbands (SGV).

Ausschreibung «Gesunde Gemeinde»

An der Gesundheitsförderungskonferenz wurde zudem die Ausschreibung zum nationalen Preis «Gesunde Gemeinde» bzw. «Gesunde Stadt» lanciert. Der Preis, der unter anderem vom SGV getragen wird, wird 2020 zum vierten Mal vergeben. Einreichfrist ist der 3. Juni 2019. *red*

Weitere Informationen:

www.tinyurl.com/ausschreibung-2020
www.tinyurl.com/konferenz-2019

Für Eintreten auf RPG2-Vorlage

Der SGV, die Konferenz der kantonalen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren, die Landwirtschaftsdirektorenkonferenz und der Städteverband haben sich mit einem gemeinsamen Schreiben an die Mitglieder der Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats gewendet. Sie plädieren dafür, auf die neue Vorlage des revidierten Raumplanungsgesetzes, zweite Etappe, (RPG2) einzutreten. Beim RPG2 stehen Regelungen zum Bauen ausserhalb der Bauzone im Zentrum. Die Vorlage hat eine schwierige Entstehungsgeschichte und ist teilweise immer noch umstritten. Doch sie ist ausgewogen. Und sie ist mutig, weil sie den Pfad der immer neuen Ausnahmestimmungen verlässt und mit dem Planungs- und Kompensationsansatz ein alternatives Konzept anbietet. *pb*

Keine Einschränkung von Tempo 30

Der SGV lehnt die parlamentarische Initiative «Den Verkehrsfluss auf Hauptverkehrsachsen nicht verunmöglichen» ab. Es handelt sich um einen unnötigen Eingriff in kantonale und kommunale Hoheitsbereiche. Eine Annahme der parlamentarischen Initiative würde nicht nur Lärmreduktionen beispielsweise in Ortszentren verunmöglichen, sondern wäre auch dem Ziel, einen optimalen Verkehrsfluss auf den Hauptstrassen innerorts zu ermöglichen, nicht zuträglich. Der SGV hat sich zusammen mit der Konferenz der kantonalen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren und dem Städteverband mit einem Schreiben an die Mitglieder der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats gewandt und ihnen beliebt gemacht, den Vorstoss noch einmal abzulehnen. *pb*

Bibliotheken nicht weiter belasten

In der Vernehmlassung zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes hatte sich der SGV gegen die Einführung einer Bibliothekstantieme gewehrt. Im Verlauf der weiteren Revisionsarbeiten war eine solche Gebühr nie mehr ein Thema. Mit Beschluss vom 10. Dezember 2018 hat die Eidgenössische Schiedskommission nun die gängige Praxis auf Basis des geltenden Rechts geändert und eben eine solche Abgabe «durch die Hintertür» eingeführt – notabene während des laufenden Gesetzgebungsprozesses. Eine zusätzliche Abgeltung von Urheberrechten im Bereich der kostenlosen Ausleihe belastet die Gemeindebibliotheken weiter. Der SGV lehnt dies entschieden ab. Er hat sich mit einem Brief an die ständerätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur gewendet. *pb*

Schritt um Schritt zur digitalen Schweiz

Es ist nicht einfach, ein föderalistisches Land wie die Schweiz rasch zu digitalisieren. Doch auf den Gemeindeverwaltungen tut sich mehr, als man denken könnte, wie unser Fokusthema zeigt.

Die Umsetzung von E-Government in der Schweiz geht Schritt um Schritt voran. Im Juni 2018 wurde die Betriebsgesellschaft eOperations Schweiz AG gegründet. eUmzugCH, die erste Leistung, die eOperations Schweiz betreibt, ist heute in zehn Kantonen im Einsatz. Der Bundesrat hat zudem die Botschaft des E-ID-Gesetzes verabschiedet, die parlamentarische Diskussion hat gerade erst angefangen. Innovationsprojekte wie der Aufbau eines Chatbots für die öffentliche Verwaltung, die Entwicklung eines Partizipationsmoduls für Gemeinwesen (vgl. auch Text unten) und der Einsatz der

Blockchain-Technologie für die elektronische Identifikation und Unterschrift stehen kurz vor dem Abschluss.

2018 wurden auch die Weichen für die E-Government-Zusammenarbeit ab 2020 gestellt, wie der Bundesrat in einer Mitteilung schreibt. «Sowohl die Konferenz der Kantonsregierungen als auch der Bundesrat wollen, dass die Verwaltung konsequent auf digitale Prozesse setzt.» Diesen Weg geben die Eckwerte der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 mit dem Leitbild «Digital First» vor. Auch für 2019 kündigt der Bundesrat wichtige Arbeiten an. «2019

ist das letzte Umsetzungsjahr des aktuellen Schwerpunktplans. Die im Entwurf vorliegenden Grundlagendokumente für die E-Government-Zusammenarbeit 2020–2023 sind fertigzustellen und Bund, Kantonen und Gemeinden zur Konsultation vorzulegen.» Dass die Digitalisierung auf vielen Gemeindeverwaltungen in teils unerwarteten Bereichen längst im Gange ist, zeigen die Beispiele auf den folgenden Seiten. Wir wünschen spannende Lektüre!

*Denise Lachat
Chefredaktorin «Schweizer Gemeinde»*

eOperations Schweiz AG



eUmzugCH



Botschaft des E-ID-Gesetzes



Der Einsatz des Gemeindeverbands hat sich gelohnt 😊

Ein Grossteil der Bevölkerung nutzt die neuen Kommunikationstechnologien täglich in vielen Lebensbereichen zur Erledigung diverser Aufgaben wie auch zur Kontaktpflege. Das bedeutet: Die Bevölkerung ist bereit für den digitalen Dialog!

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) ist überzeugt, dass E-Government neue Chancen im Dialog zwischen Gemeinden und Bürgern eröffnet und

insbesondere E-Partizipation vielfältige neue Möglichkeiten bietet. Zum Beispiel könnten Gemeinden ihren Bürgerinnen und Bürgern in Entwicklungsprozessen Ideen, Planungen und Projekte bereits in einem frühen Stadium breiter und örtlich unabhängig präsentieren und Rückmeldungen einholen. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger könnten Gemeindeversammlungen online verfolgen und per Mausclick an den

Abstimmungen teilnehmen – E-Partizipation kann also zusätzliche Bevölkerungsteile ansprechen und sie motivieren, die Gemeinde aktiv mitzugestalten. Durch die örtliche und zeitliche Flexibilität fördert E-Partizipation zudem die Chancengleichheit.

Der SGV setzte sich in den letzten beiden Jahren auf verschiedenen Ebenen stark dafür ein, dass die beiden Themen «E-Partizipation» und «Standardisie-

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) gestaltet «E-Government Schweiz» aktiv mit

«E-Government Schweiz» ist die Organisation von Bund, Kantonen und Gemeinden für die Ausbreitung elektronischer Behördenleistungen. Sie steuert, plant und koordiniert die gemeinsamen E-Government-Aktivitäten der drei Staatsebenen. Bund, Kantone und Gemeinden verfolgen eine gemeinsame Strategie. Auch der SGV ist Teil der Organisation. Seine Vertreter im Steuerungsgremium sind SGV-Vorstandsmitglied Beat Tinner, Gemeindepräsident von Wartau (SG), und Peter Bernasconi, alt Gemeindepräsident von Worb (BE) und ehemaliges SGV-Vorstandsmitglied. Im Planungsausschuss vertritt die Gemeindeinteressen Peter Scholl, Gemeinbeschreiber von Moosseedorf (BE). Für Beat Tinner ist klar: «E-Government beginnt auf Gemeindeebene.» Für Politik und Verwaltung soll dieses Potenzial genutzt und der elektronische Kanal für den Geschäftsverkehr angeboten werden. Das konkrete Online-Angebot soll grundsätzlich jede Gemeinde nach eigenen Schwerpunkten ausgestalten. Wichtig dabei sei, so Tinner, dass innerhalb des Kantons mit den Gemeinden die Tätigkeiten koordiniert würden. «Das bedingt jedoch, dass nationale Infrastrukturen und Basismodule wie die elektronische Identität schweizweit bereitgestellt werden. Da-

für ist eine Zusammenarbeit zwischen allen Staatsebenen vonnöten.» Peter Bernasconi erwähnt neben der Zusammenarbeit auf strategischer Ebene einen weiteren wichtigen Faktor: die Kooperation unter den Verwaltungsstellen und die Weiterentwicklung der staatlichen Dienstleistung. «Ein wirklicher Mehrwert entsteht erst, wenn bestehende Verwaltungsprozesse aus einer Gesamtsicht neu beurteilt und wo nötig neu gestaltet werden.» Es genüge nicht, eine heute analoge Dienstleistung elektronisch anzubieten. Deshalb fördert auch E-Government Schweiz die Zusammenarbeit unter den Verwaltungsbehörden im Rahmen des Schwerpunktplans und mittels verschiedener Veranstaltungen. Zurzeit wird auf Bundesebene geprüft, ob es für den Bund neue rechtliche Grundlagen für eine effektivere und

verbindlichere Umsetzung von E-Government benötigt. Der SGV hat im Rahmen der laufenden Konsultation einen pragmatischen Ansatz eingefordert, der auf der heutigen Zusammenarbeit aufbaut. «Wir wehren uns nicht grundsätzlich gegen mehr Verbindlichkeit», sagt SGV-Direktor Christoph Niederberger. Diese müsste aber an Bedingungen geknüpft werden. Es dürfe nicht sein, dass am Ende «der Bund befiehlt und die Gemeinden bezahlen». Das Modell des Kantons St. Gallen, in dem ein paritätisch durch Gemeinde- und Kantonsvertreter zusammengesetztes E-Government-Kooperationsgremium Verantwortlichkeiten untereinander austauschen und Standards setzen kann, sieht Niederberger als gutes Beispiel für einen gemeinschaftlichen Weg.

www.egovernment.ch

Vertreten die Gemeinden bei E-Government Schweiz: Beat Tinner, Peter Bernasconi und Peter Scholl (von links). Bilder: zvg.



Chatbot



Blockchain-Technologie



Digital First



«Basisinfrastruktur» bei der Überarbeitung der Strategie von E-Government Schweiz als Kernthemen aufgenommen werden. Dadurch soll auch sichergestellt werden, dass E-Government Lösungen einfacher von einer Gemeinde auf die andere übertragen und somit Investitionen breiter abgestützt werden können. Der Einsatz hat sich gelohnt: In der Medienmitteilung des Bundesrates vom 14. November 2018 zur neuen E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 hebt der Bundesrat in den

Eckwerten vier Handlungsfelder hervor, in deren Rahmen Aktivitäten zu lancieren sind, um die Digitalisierung der Verwaltung in der Schweiz weiterzubringen, nämlich «Interaktion und Partizipation», «Basisdienste und Infrastruktur», «Organisation und rechtliche Grundlagen» sowie «Vertrauen und Wissen». Für die Erarbeitung des Umsetzungsplans 2020–2023 wird E-Government Schweiz in diesen Handlungsfeldern Massnahmen definieren.



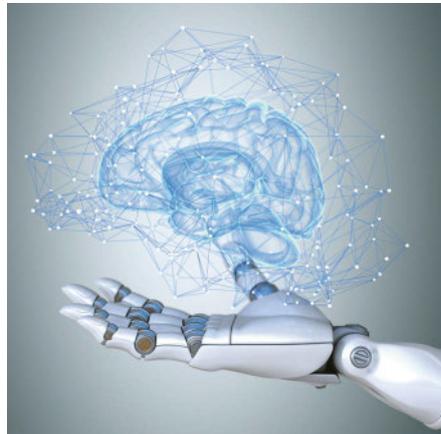
Magdalena Meyer-Wiesmann, Projektleiterin SGV

Betreibungen einfach und sicher online abwickeln

Der intelligente Assistent tilbago begleitet Gemeinden fallspezifisch durch den ganzen Inkassoprozess. Wie die Cloudlösung funktioniert, erklärt tilbago-CEO David Fuss im Interview.

Herr Fuss, Sie bieten eine einfache, zukunftsorientierte Online-Inkassolösung an. Wie kann tilbago Gemeinden unterstützen?

Die Digitalisierung macht auch vor den Verwaltungen nicht halt. Das Bundesamt für Justiz hat für den elektronischen Datenaustausch zwischen Gläubigern und Betreibungsämtern den eSchKG-Standard entwickelt. Dieser bildet heute die Grundvoraussetzung für jede Inkassolösung. Mit tilbago gehen wir bereits jetzt viel weiter. Wir geben Gemeinden einen intelligenten Assistenten an die Hand, der sie ganz einfach und unter Einhaltung aller gesetzlicher Vorgaben und Fristen Schritt für Schritt durch den Inkassoprozess führt und dabei mitdenkt.



Testen Sie jetzt tilbago und profitieren Sie von der digitalen Lösung und ihren vielen Vorteilen. Gehen Sie einfach auf www.tilbago.ch und wickeln Sie mit dem Code «Go-To-Tilbago» fünf Fälle kostenlos ab.

Von Ihren mehr als 750 Kunden nutzen bereits über 50 Gemeinden in der Schweiz tilbago. Inwiefern profitieren diese von Ihrer Lösung?

Mit tilbago können Gemeinden schnell und unkompliziert offene Zahlungen einfordern. Es braucht nur einen Browser und eine Internetverbindung und schon kann man ohne Installation und ohne Verpflichtung starten. Bestehende Daten können ganz bequem aus den Abrechnungslösungen in unsere intelligente Cloudlösung übernommen werden. Und da die Daten in der Schweiz bei unserer Partnerin PostFinance bleiben, muss man

sich auch keine Sorgen um die Sicherheit machen.

Was kostet eine Betreuung bei tilbago?

Da Gemeinden vom Gesamtvolumen des Kantons profitieren, zahlen sie pro Fall eine Pauschalgebühr von 10 Franken. Damit sind sämtliche Kosten in tilbago abgedeckt – auch weitere Betreibungen auf Basis eines resultierenden Verlustscheins. Abgeschlossen ist ein Fall für uns erst, wenn ein Gläubiger seine Forderung realisieren konnte.

Für wen eignet sich tilbago?

Die Online-Inkassolösung eignet sich dank maximaler Skalierung für alle Gemeinden – unabhängig von der Anzahl Fälle und der Sprachregion –, die ihr Inkasso nicht auslagern und dennoch professionelle Unterstützung bei der Bewirtschaftung der Betreibungen und Verlustscheine möchten. Ausserdem entwickeln wir die Intelligenz unserer Lösung stetig weiter. Gemeinden profitieren so kontinuierlich vom Ausbau unseres intelligenten Assistenten im rechtlichen Inkassoprozess.



Hanspeter Frischknecht, Abteilungsleiter der Finanzverwaltung Neuenhof.

Die Gemeinde Neuenhof setzt auf tilbago

Die Finanzverwaltung Neuenhof verschickt jährlich zwischen 35 000 und 45 000 Rechnungen an ihre 8 767 Einwohner. Bei den rund 700 Betreibungen, die jedes Jahr eingeleitet werden müssen, nutzt die Aargauer Gemeinde seit 2017 tilbago. «Die einfache Onlinelösung erlaubt eine effiziente und kostengünstige Bewirtschaftung unserer Forderungen», sagt der Abteilungsleiter Hanspeter Frischknecht. Mit dem Einsatz von tilbago habe sich der Aufwand für die Erstellung und Einreichung der Begehren um 80 Prozent verringert und der Zeitaufwand für die Pendenzen- und Verfahrensüberwachung halbiert. «Dank der Cloudlösung haben wir jederzeit den Überblick über den Stand des Verfahrens, und die intuitive Bedienung vereinfacht unseren Alltag. Das schätzen wir sehr.»

tilbago

Eine Kooperation mit

PostFinance

E-Government hat besonders in Gemeinden viel Potenzial

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) begrüsst den verstärkten Einsatz digitaler Arbeits- und Kommunikationsmittel in den kommunalen Verwaltungen. Bürgerorientierung und Benutzerfreundlichkeit stehen im Zentrum.



Wenn Einwohnerinnen und Einwohner in der Schweiz direkt mit Behörden zu tun haben, dann ist dies am häufigsten auf kommunaler Ebene der Fall. Folglich kommen die Vorzüge von E-Government – das Erbringen von transparenten und qualitativ hochstehenden Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner rund um die Uhr und die Erleichterung der internen administrativen Abläufe – auf kommunaler Ebene am besten zum Tragen. Für die Gemeinden stehen dabei einerseits die Bürgerorientierung und andererseits die Benutzerfreundlichkeit sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch intern für die Verwaltung im Zentrum. Auch die Durchlässigkeit unter den institutionellen Behörden (Gemeinde, Kanton und Bund) spielt eine wichtige Rolle.

Prozesse neu beurteilen

Die kommunalen Verwaltungen wollen ihren Einwohnerinnen und Einwohnern zeitgemässe Dienstleistungen anbieten. Dabei genügt es aber nicht, bisher analoge Dienste neu online anzubieten. Ein wirklicher Mehrwert entsteht nämlich erst dann, wenn bestehende Prozesse aus einer Gesamtsicht neu beurteilt und wo nötig frisch gestaltet werden. Dementsprechend zeigen sich in den Gemeinden wesentliche Hindernisse bei

der Umsetzung von E-Government-Projekten in Bezug auf die Anpassung von internen Prozessen und viel weniger bei den technischen Fragen, auf die sich die Projekte jedoch meist konzentrieren.

Mehr Qualität, mehr Entlastung

Die digitalen Technologien im Allgemeinen und E-Government im Besonderen entwickeln sich rasch weiter. Sie betreffen immer mehr Bereiche und Arbeitsprozesse der Gemeinden. Angesichts der steigenden Anforderungen an die Gemeinden und der gleichzeitig sinkenden verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen möchte der SGV E-Government in Gemeinden auch in Zukunft mit Nachdruck fördern. Denn mit modernen Informations- und Kommunikationsmitteln können die Qualität, Effizienz und Transparenz von kommunalen Dienstleistungen erhöht und die bestehenden Abläufe und Arbeitsprozesse vereinfacht werden. Mithilfe der neuen Technologien sollen die Mitarbeitenden in den Gemeinden entlastet, die bestehenden Arbeitsprozesse vereinfacht sowie die Qualität, Effizienz und Transparenz der erbrachten Dienstleistungen erhöht werden. Dies alles bei gleich hohen oder sogar tieferen Kosten.

Was zu beachten ist

Aus Sicht des SGV sind für Gemeinden die folgenden Fragen zentral, um E-Government-Projekte zu beurteilen:

- Was ist der Hauptnutzen für eine Gemeinde?
- In welcher Form und in welchem Umfang wird die tägliche Arbeit der Verwaltungsmitarbeitenden in einer Gemeinde erleichtert?
- Welchen Nutzen haben die Einwohnerinnen und Einwohner?
- Wie steht es um die Benutzerfreundlichkeit?
- Welcher personelle, organisatorische und finanzielle Aufwand entsteht den Gemeinden?
- Welche Synergien bestehen zu anderen Projekten, und wie können diese genutzt werden?

Zusammenarbeit aller Staatsebenen

Jede Gemeinde kann ihr Online-Angebot grundsätzlich nach eigenen Schwerpunkten ausgestalten. Die Gemeindeautonomie spielt auch hier. Nationale Infrastrukturen und Basismodule wie die elektronische Identifizierung (E-ID) müssen jedoch schweizweit bereitgestellt werden. Dafür braucht es eine gute Zusammenarbeit aller Staatsebenen. Die E-Government-Strategie Schweiz baut mit ihrem Schwerpunktplan auf dem Subsidiaritätsprinzip auf, sodass sich kommunale, kantonale und nationale Online-Dienste schrittweise ergänzen. Der SGV vertritt hier die kommunalen Interessen sowohl im Steueraus Ausschuss als auch im Planungsausschuss der nationalen Organisation E-Government Schweiz – und leistet somit einen Beitrag an das gute Gelingen von E-Government.

Aus Sicht des SGV sollten analog der nationalen auch die Kantone eine gemeinsame E-Government-Strategie mit ihren Gemeinden vereinbaren. Ohne einen solchen ganzheitlichen Ansatz, bei dem sowohl der Kanton als koordinierende Stelle als auch alle Gemeinden mit ihren unterschiedlichen Möglichkeiten und Anliegen einbezogen werden, kann E-Government auf Gemeinde- und Kantonsebene nicht mit nachhaltigem Erfolg umgesetzt werden.

Gemeinden als Innovationslabore

Die Gemeinden können sich aber auch alleine im Bereich von E-Government als Innovationslabor beweisen. Viele gute Lösungen werden in den Gemeinden erarbeitet. Das soll grundsätzlich als Potenzial betrachtet werden. Andererseits ist aber auch klar, dass es eine Zusammenarbeit unter den Staatsebenen braucht. Dafür bestehen, wie zuvor ausgeführt, bewährte Strukturen auf Bundesebene.

Christoph Niederberger, Direktor Schweizerischer Gemeindeverband

«Der Föderalismus hemmt die digitale Transformation»

Um zeitgemässe Angebote realisieren zu können, brauche es verbindliche Vorgaben, sagt Daniel Arber, Geschäftsführer der Organisation eOperations Schweiz. Gewisse Fragen könnten auch auf nationaler Ebene geklärt werden.



Daniel Arber ist Geschäftsführer von «eOperations Schweiz». Die Organisation erbringt für Bund, Kantone, Städte und Gemeinden Dienstleistungen im Bereich E-Government. Bild: zvg.

Wo steht die Schweiz in Sachen E-Government?

Daniel Arber: Sie hat zugelegt. Gemäss dem E-Government-Monitor 2018 ist die Bekanntheit der Online-Angebote von 30 Prozent im Jahr 2014 auf aktuell 55 Prozent gestiegen. Das ist eine positive Entwicklung. Allerdings hat immer noch fast die Hälfte der Befragten nichts von den bestehenden digitalen Services gehört. Das ist eine Aufforderung, diese bekannter zu machen. Wir müssen gewisse Grunddienste zudem flächendeckend umsetzen. Dann wird auch die Kommunikation einfacher.

Mehrere Studien sehen Nachholbedarf, Avenir Suisse spricht von einer «für ein

hoch entwickeltes Land ungenügenden digitalen Verwaltungsleistung».

Arber: Man sagt gemeinhin, der Feind des E-Governments seien gute Verwaltungsleistungen und die Kleinräumigkeit der Schweiz. Das trifft vermutlich zu. Mir fällt auf, dass Gemeindeverwaltungen flexibel sind und beispielsweise Termine ausserhalb der Bürozeiten anbieten. In Staaten mit grösseren Distanzen und schlechteren Dienstleistungen wird wahrscheinlich stärker in digitale Kanäle investiert. Doch es ist klar: Die Erwartungshaltung der Bevölkerung und der Wirtschaft steigt. Was bei Privatunternehmen digital möglich ist, soll es auch beim Staat sein. Man erwartet vielleicht nicht das gleich hohe Level, aber doch

zeitgemässe Angebote. Da muss man jetzt Gas geben.

Hat die Politik dies erkannt?

Arber: Sie ist weiter als noch vor fünf Jahren. Die Kantone haben Leitlinien zur Digitalen Verwaltung formuliert und wollen intensiver zusammenarbeiten. Bundesrat Ueli Maurer treibt das Thema voran. Die Zeit für E-Government ist günstiger als auch schon. Wir brauchen aber nicht nur Koordination, sondern auch verbindliche Vorgaben.

Woran denken Sie konkret?

Arber: Man muss festlegen, wofür der Bund, wofür die Kantone und wofür die Gemeinden zuständig sind. Ich denke an

gewisse Register. Man muss zum Beispiel entscheiden, ob man ein zentrales Einwohnerregister umsetzen möchte oder ob es eine Utopie bleiben soll. Vor der Volkszählung 2010 hat es nicht einmal überall kantonale Plattformen der Einwohnerregister-Daten gegeben. Was den Datenschutz betrifft, könnte man gewisse Fragen auf nationaler Ebene rechtsverbindlich klären. Dann müsste nicht jeder kantonale Datenschützer die im Wesentlichen gleichen Abklärungen treffen, wenn es um ein neues Online-Angebot geht.

Bremst die föderale Struktur die digitale Transformation?

Arber: Ja. Der Föderalismus ermöglicht es den Kantonen zwar, pionierhaft gewisse Lösungen zu entwickeln. Die kurzen Entscheidungswege sind dafür eindeutig ein Vorteil. Mit der schweizweiten

Umsetzung harzt es jedoch. Da stehen technische, organisatorische und rechtliche Hürden im Weg.

Sie haben mit eUmzugCH Erfahrungen gesammelt. Warum konnten Sie Ihre Meldeplatt-form noch nicht flächendeckend realisieren?

Arber: Sie ist in zwölf Kantonen ganz oder teilweise umgesetzt. In verschiedenen Kantonen laufen Einführungsprojekte. In einigen Fällen sorgen technische Fragen für Verzögerungen. Die Gemeinden setzen rund vierzig verschiedene Softwarelösungen zur Einwohnerverwaltung ein. Manche sind stark verbreitet, andere weniger. Nicht alle sind technisch auf dem aktuellsten Stand. Da braucht es entsprechende Arbeiten. Hinzu kommen Abklärungen bezüglich des Datenschutzes. In manchen Kantonen sind zudem die finanzi-

ellen und personellen Ressourcen knapp.

Der Wille wäre jedoch grundsätzlich vorhanden?

Arber: Ja, ich nehme das so wahr.

Wie beurteilen Sie die Nutzerfreundlichkeit der bestehenden E-Government-Angebote?

Arber: Sie liegt im Mittelfeld. Zwei Drittel der Nutzer beurteilen sie als gut, wie der E-Government-Monitor festhält. Die Messlatte steigt aber immer höher. Was man als Standard für digitale Interaktionen wahrnimmt, wird vom Angebot privater Firmen geprägt. Daran muss sich die öffentliche Hand orientieren, sie darf keine Exotenlösungen umsetzen. Laut einer aktuellen Studie tätigt die Mehrheit der Bevölkerung mindestens einmal pro Monat eine Online-Transaktion. E-Com-

Ein zentrales Einwohnerregister – nicht ohne Revision des Melderechts

Bis zur Entstehung der Registerharmonisierung, welche eingeführt wurde, um die Eidgenössische Volkszählung abzulösen, führten die Gemeinden autonome Einwohnerregister. Die Grundlagen für die Registerharmonisierung (Registerharmonisierungsgesetz (RHG) und –verordnung (RHV)) sind grundsätzlich reine Statistikgesetze. Diese verpflichten die Kantone dafür zu sorgen, dass die statistischen Daten schweizweit einheitlich erfasst werden. Die Erhebung der Daten erfolgt durch die Gemeinden. Viele Kantone haben die Gelegenheit genutzt, um kantonale Datenplattformen zu schaffen. Diese empfangen die Daten der Gemeinden, validieren sie aufgrund der rechtlichen Grundlagen und stellen sie anderen kantonalen Verwaltungseinheiten zur Verfügung. Via die Bundesdatenplattform (Sedex) können auch Mutationen geliefert werden. Die Register selbst führen immer noch die Gemeinden (Datenhoheit). Ihre Daten werden heute jedoch auf der Basis von gesetzlichen Grundlagen an Gemeinden und Behörden übermittelt.

Jeder Kanton musste gemäss RHG seine Meldegesetze anpassen. Wie auch anderswo gibt es 26 Versionen. Das RHG gibt zwar einige Grundlagen vor (Merkmale, Fristen, Datenlieferung), aber vieles müssen die Kantone selbst regeln (Gebühren, Umsetzung und Durchsetzung des Melderechts, zusätzliche Datenmerkmale, Zuständigkeiten, beizubringende Unterlagen

usw.). Insbesondere bei der Umsetzung von E-Umzug, mit dem Personen sich elektronisch ummelden können, zeigt es sich, dass die unterschiedlichen Gesetzgebungen nicht immer einfach umzusetzen sind.

Der Vorstand des Verbandes Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED) erhält immer wieder Anfragen, ob er dazu nicht Weisungen oder Empfehlungen herausgeben könne. In bedingtem Masse gibt der VSED Empfehlungen ab; Weisungen kann er aus rechtlichen Gründen nicht erlassen. Es sind dabei aber immer die jeweiligen kantonalen Gesetze zu berücksichtigen, damit die Gemeinden die Empfehlungen auch anwenden können. Der Ruf nach einem eidgenössischen einheitlichen Einwohnerregister kommt dann jeweils schnell. Dazu fehlt aber schlicht die Gesetzesgrundlage, denn das RHG ist kein eidgenössisches Meldegesetz. Ein eidgenössisches Melderecht zu schaffen und damit auch ein eidgenössisches Einwohnerregister, wäre grundsätzlich gut. Die Umsetzung und damit die Ansprüche der Kantone, der Politik, des Datenschutzes, der Statistik, der Autonomie der Kantone und Gemeinden unter einen Hut zu bringen, dürfte schwierig und langwierig werden.

Die Kantone und Gemeinden können zwar aufgrund rechtlicher Grundlagen auch Daten an weitere Stellen übermitteln, wie dies aktuell für den Gebührenbezug von Radio und Fernsehen

durch die Serafe AG der Fall ist. Die Daten der Einwohnerregister, die zum Teil aus statistischen Zwecken geführt werden (wie die Wohnungszuordnungen) sind aber nicht unbedingt für solche Verwendungen geschaffen, sondern können nur die Grundlagen dafür liefern. Die Einwohnerregister sind dynamisch und zeigen, insbesondere wegen der Meldefristen, immer wieder Überschneidungen auf.

Der VSED stellt heute fest, dass sich die Umsetzung von Reformen selbst in kleinsten Bereichen über viele Jahre erstreckt oder gar verhindert wird. Darum: Der VSED begrüsst die Idee eines zentralen, nationalen Einwohnerregisters, ist aber klar der Ansicht, dass dieses nicht ohne Vereinheitlichung des Melderechts umgesetzt werden sollte. Entstehen für die Gemeinden dadurch zusätzliche Aufgaben oder Aufwände, müssten diese abgegolten werden. Zudem darf die Umsetzung nicht ohne Mitsprache der Gemeinden erfolgen. Der VSED als Fachverband ist gerne bereit, mit entsprechender Unterstützung an vorderster Front mitzuwirken.



Theres Fuchs,
Vorstandsmitglied VSED

ZU VERKAUFEN

«TEMPOHALLE» – TEMPORÄRE DREIFACHHALLE

Sie suchen

- eine temporäre Lösung für Schul- und Vereinssport?
- eine kostengünstige Dreifachhalle?
- einen Raum von 49×26×7 m (L×B×H)?
- eine Garderobenanlage?

Wir bieten

- eine Dreifach-Sporthalle (Unterteilung in drei Einfachhallen möglich) für intensiven Schul- und Vereinssport,
- eine Sporthalle, die zum Bruchteil des Preises einer Standardhalle sehr viele Anforderungen erfüllt,
- eine Holz-Stahl-Konstruktion, die mit einem lichtdurchlässigen Membrandach überdeckt ist,
- 30 Containereinheiten (Standard 6×2,5m).

Die «Tempohalle» ist **ab April 2019 verfügbar**.

Im Auftrag der Stadt Uster ist für Verkauf und Auskünfte zuständig:

Frank Kockelkorn
Berater für Sportbauten
Telefon +41 79 340 10 68
E-Mail kockelkorn@fksportbau.ch

Die Halle kann in Uster nach Voranmeldung besichtigt werden.

Weitere Informationen unter:
www.uster.ch/tempohalle



www.uster.ch

SWISS
eGOVERNMENT
FORUM 2019

// **VERWALTUNG – IHRE ROLLE IN DER DIGITALEN GESELLSCHAFT**
// **05. & 06. MÄRZ 2019 // BERNEXPO**

PRESENTED BY INFOSOCIETYDAYS

Als Innovations- und Dialogplattform leistet das Swiss eGovernment Forum einen wertvollen Beitrag zur Leistungssteigerung in der digital vernetzten Verwaltung auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden. Es thematisiert die Herausforderungen und zeigt Wege zu transparenten, wirtschaftlichen und medienbruchfreien elektronischen Behördenleistungen für Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung.

WEITERE INFOS: WWW.E-GOVERNMENTFORUM.CH

 @ISD_eGOVERNMENT

merce ist auch für die über 70-Jährigen normal geworden. Das prägt. Bei staatlichen Angeboten sind die Nutzerzahlen wesentlich kleiner.

Die Privatwirtschaft zwingt die Kunden bis zu einem gewissen Grad, online zu interagieren. Sie setzt zumindest entsprechende Anreize. Die Verwaltungen sind zurückhaltender.

Arber: Das müssen sie. E-Government kann nur ein Zusatzkanal sein, es darf niemand ausgeschlossen werden. Der Staat trägt da eine besondere Verantwortung. Aber auch Menschen, die nicht digital unterwegs sind, können von der Digitalisierung profitieren. Automatisierte Verfahren setzen Ressourcen frei, die Verwaltungen für komplexere Fälle einsetzen können. Die Aufgaben der Mitarbeitenden werden breiter. Die Beratung wird wichtiger.

Der Schalter wird demnach nicht überflüssig?

Arber: Überhaupt nicht. Er ist das Gesicht einer Gemeinde und wirkt vertrauensbildend. Der Spruch «Die Zukunft von digital ist analog» gefällt mir gut. Es geht darum, analoge Elemente ins Digitale einzubauen. Man hat klassische und Online-Angebote lange strikt getrennt betrachtet. Doch die Kanäle ergänzen sich. Um sich zu informieren, gehen viele Menschen ins Internet. Beraten lassen sie sich dann aber am Telefon oder am Schalter. Wer, wenn nicht die Gemeinden, kann diese Mischung anbieten?

Könnten die Behörden die Beratung nicht auch online verstärken?

Arber: Doch, das wäre nicht schwierig. Ein Chat würde sich hervorragend eignen.

Online-Angebote zu entwickeln, ist mit erheblichen Kosten verbunden. Wie

eOperations Schweiz

Daniel Arber ist Geschäftsführer von «eOperations Schweiz». Die Organisation erbringt für Bund, Kantone, Städte und Gemeinden Dienstleistungen im Bereich E-Government. Ihr Ziel ist es, Doppelspurigkeiten sowie Mehrausgaben zu verhindern. Sie betreibt unter anderem die Online-Plattform eUmgangCH, auf der man Wohnortwechsel melden kann. Sie wurde im Rahmen von E-Government Schweiz aufgebaut und bündelt die Bedürfnisse nach IT-Dienstleistungen, beschafft sie bei den Lieferanten und dient als Ansprechstelle für die Gemeinwesen bei Fragen zum Betrieb der gemeinschaftlichen Lösungen. Gegründet wurde die Betriebsgesellschaft von der schweizerischen Informatikkonferenz, in der die Informatikorga-

nisationen der öffentlichen Verwaltungen von Bund, Kantonen, Städten, Gemeinden und dem Fürstentum Liechtenstein zusammengeschlossen sind. Inzwischen zählen über 40 Gemeinwesen ebenfalls zu den Aktionären. «Die Verwaltung ist auf dem Weg zur Digitalisierung gut beraten, sich mit der Privatwirtschaft auszutauschen und deren Erfahrungen zu nutzen», betonte Arber. Dazu suche eOperations den Dialog und den Erfahrungsaustausch mit der Wirtschaft. Arber hat sowohl in der Privatwirtschaft, als auch bei den Kantonen Berufserfahrungen gesammelt. Von 2001 bis 2010 war er bei der Swisscom für die Online-Strategie und die -Kanäle verantwortlich. Danach arbeitete er bei der Konferenz der Kantonsregierungen.

können ressourcenarme Gemeinden mithalten?

Arber: Sie müssen mit anderen zusammenarbeiten. Es gibt private Firmen, die sich dem Problem annehmen und Fachapplikationen sowie Portale anbieten. In einigen Kantonen, darunter St. Gallen, werden Beschaffungen vermehrt gemeinsam getätigt. Das ist die Zukunft.

eOperations Schweiz unterstützt Behörden bei Beschaffungen.

Arber: Genau. Wir führen Ausschreibungen durch, einerseits für unsere eigenen Softwarelösungen und deren Betrieb, andererseits gemeinsame Beschaffungen für mehrere Gemeinwesen. Der Nutzen ist offensichtlich: In einer gemeinsamen Beschaffung kann man mehr in die Vorarbeiten investieren, und sie kommt die Beteiligten dennoch günstiger zu stehen. Auch die Anbieter dürften ein Inte-

resse daran haben, sich für ein bestimmtes Volumen an einer statt an mehreren Ausschreibungen zu beteiligen. Teilweise hört man die Befürchtung, in solchen Ausschreibungen hätten nur grosse Anbieter Chancen. Wir nehmen das Thema ernst und bearbeiten auch wettbewerbsrechtliche Fragen sorgfältig.

Viele Menschen sind E-Services gegenüber skeptisch. Wie kann man sie ins Boot holen?

Arber: Ganz entscheidend sind nutzerfreundliche und durchgängige Prozesse. Man muss ein Geschäft von A bis Z online abschliessen können. Dafür braucht es integrierte Systeme. In unserer Organisation arbeiten wir beispielsweise mit digitalen Signaturen. Wer einmal erlebt hat, wie praktisch das ist, will nicht mehr darauf verzichten.

Eveline Rutz

Anzeige

**Cloud-Speicher?
Aber sicher!**

geoDocs
by geocloud

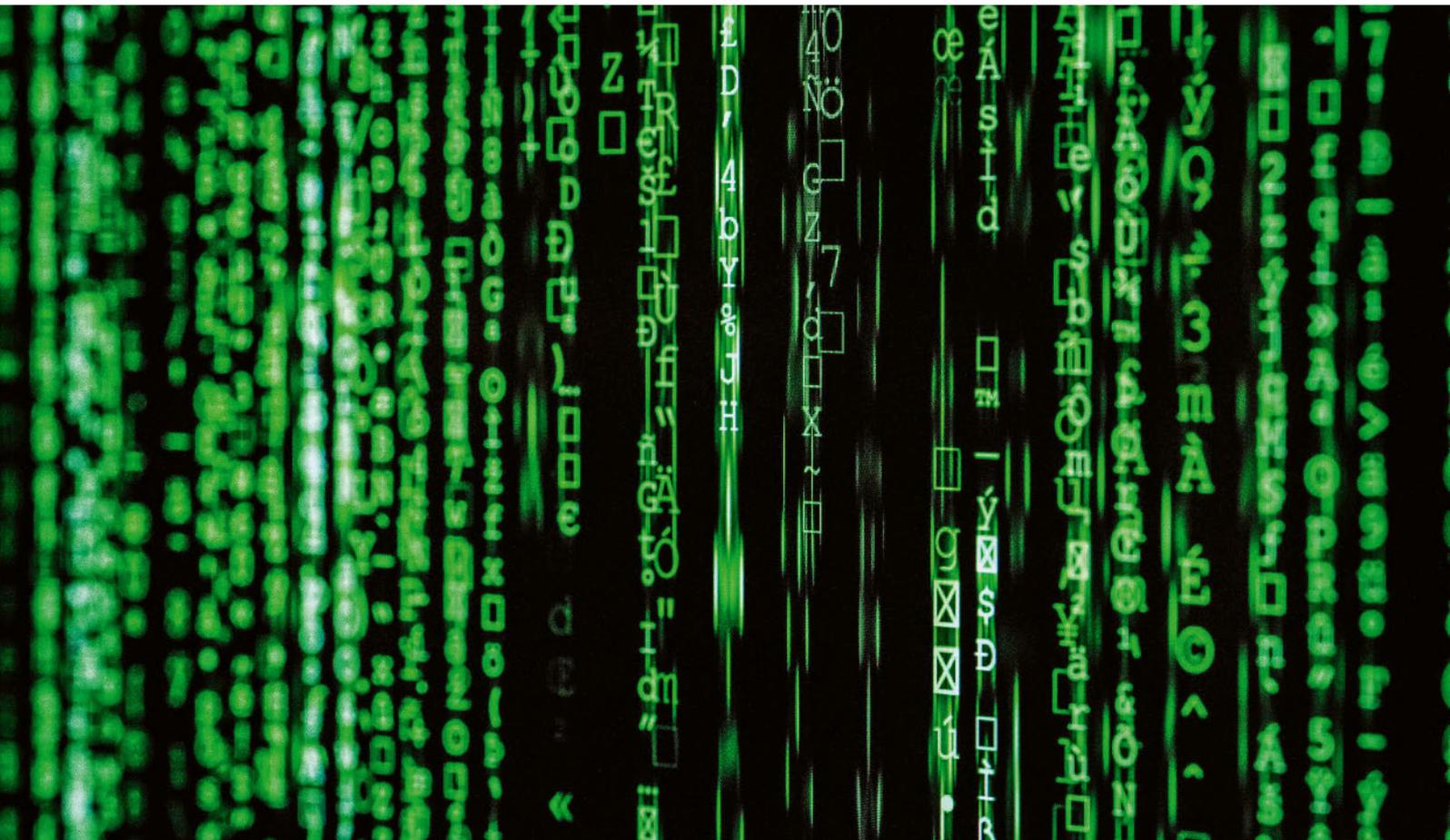


**Die Dokumenten-Cloud-Lösung für
sichere Zusammenarbeit im Team.**

www.geocloud.ch

Das grosse Warten auf die staatlich anerkannte E-ID

Wer seine Identität im persönlichen Umgang mit Behörden beweisen muss, kann dies mit einem Pass, einer Identitätskarte oder einem Ausländerausweis tun. Im Internet hingegen braucht es einen elektronischen Nachweis, eine E-ID.



Nach Jahren der Vorabklärungen wird dieses Jahr nun das E-ID-Gesetz im Parlament beraten.

Bild: unsplash – Markus Spiske

Im Unterschied zu vielen anderen Ländern kennt die Schweiz noch keine staatlich geprüfte und anerkannte elektronische Identität (E-ID), die eine eindeutige Identifikation von Personen im Internet erlaubt. Sollen sich Online-geschäfte und E-Government weiterentwickeln, braucht es ein digitales Instrument zur Identifizierung. Verschiedene IDs existieren zwar seit Jahren; es gibt eine SuisselD, eine Apple-ID, eine Google-ID und andere mehr. Aktuell im Aufbau ist die SwissID der SwissSign Group AG, ein Joint Venture der Post und der SBB, dem heute zahlreiche staatsnahe Betriebe, Finanzunternehmen, Versicherungsgesellschaften und Krankenkassen angehören. Die SwissID wird von

den Anbietern finanziert, für die Nutzer – gemäss Angaben der SwissSign Group AG aktuell rund 750 000 – ist sie gratis.

Der Bundesrat will geteilte Aufgaben

Doch auch wenn die Entwicklung von elektronischen IDs auf Hochtouren läuft: Was noch fehlt, ist ein schweizweit verbindlicher gesetzlicher Rahmen, ein E-ID-Gesetz. Zwar benötigen die meisten Anwendungen von E-Government-Portalen keine Zertifikate mit gesetzlicher Grundlage. Dies ist nur bei wenigen Geschäften notwendig, wie zum Beispiel einem Grundstückskauf. Doch: «Eine korrekte Identifikation im Internet wird immer wichtiger. Die Anzahl Geschäfte, die virtuell abgewickelt werden, nimmt

stetig zu. Die Palette reicht vom Ticketkauf für den öffentlichen Verkehr über Bestellungen bei Versandhäusern bis hin zur Nutzung staatlicher Dienstleistungen», schreibt der Bundesrat im Zusammenhang der Botschaft zum E-ID-Gesetz, das er letzten Sommer zuhänden des Parlaments verabschiedet hat. Das Gesetz soll die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Anerkennung von elektronischen Identifizierungsmitteln und deren Anbieter schaffen. Der Bundesrat will, dass nur der Staat die amtliche Prüfung und Bestätigung der Existenz einer Person und ihrer Identitätsmerkmale wie Name, Geschlecht oder Geburtsdatum durchführen darf. Eine spezielle Identitätsstelle im

Eidgenössischen Justizdepartement (EJPD), das schon heute die massgebenden offiziellen Register betreibt, soll dies sicherstellen. Die Entwicklung und Ausstellung der konkreten technologischen Träger der staatlich geprüften und bestätigten digitalen Identität will der Staat hingegen privaten Anbietern überlassen, die aber ihrerseits ein Anerkennungsverfahren durchlaufen müssen und regelmässig kontrolliert werden. Aus Sicht der Regierung bietet diese Aufgabenteilung «optimale Voraussetzungen für den einfachen und benutzerfreundlichen Einsatz der E-ID durch Verwaltung, Private und Unternehmen».

Verschiedene Sicherheitsniveaus

Der Bundesrat schlägt drei Sicherheitsniveaus vor: niedrig, substanziell und hoch. Für das tiefste Schutzniveau werden mit der E-ID-Registernummer der Name, Vorname und das Geburtsdatum verbunden. Die Registrierung erfolgt online gestützt auf einen staatlichen Ausweis. Beim Sicherheitsniveau «substanziell» kommen Geschlecht, Geburtsort und Staatsangehörigkeit hinzu. Zudem ist eine persönliche Vorsprache oder eine Videoidentifikation nötig. Dieses Sicherheitsniveau verlangt mindestens eine 2-Faktor-Authentifizierung, wie sie heute für E-Banking-Lösungen üblich ist. Für das Sicherheitsniveau «hoch» wäre ein Gesichtsbild nötig, und es würden ein biometrisches Merkmal und die Echtheit des Ausweises geprüft. Mindestens einer der 2-Faktoren-Authentifizierung muss biometrisch sein; das können der Fingerabdruck-, die Gesichts- oder Stimmenerkennung sein.

«Die E-Government-Schweiz ist bereit»

Zahlreiche Kantone stehen längst bereit und haben E-Government-Strukturen und -Portale entwickelt oder sind daran, diese zu entwickeln. Mit dem iGovPortal.ch haben die Kantone Jura und Freiburg im Herbst 2017 sogar die erste nationale Vereinigung im Bereich des E-Governments geschaffen. Seit Anfang dieses Jahres ist auch der Kanton Solothurn aktives Mitglied, der Kanton St. Gallen nutzt das Portal ebenfalls. Ziel von iGovPortal.ch, das allen Kantonen offensteht, ist die Bündelung der Kräfte im gesamten Bereich des E-Governments. Die Mitglieder der nicht gewinnorientierten Vereinigung sollen von den Entwicklungskosten, den Investitionen und Erfahrungen der anderen Kantone und Gemeinden profitieren und ihre eigenen Implementierungskosten verringern können. Die Plattform gehört dem Verein iGovPortal.ch. Das iGovPortal ermöglicht jeder kantonalen Plattform die Integration der Dienstleistungen auf Bundes- und Gemeindeebene. Auf der anderen Seite können auch die Gemeinden die integrierten gemeinsamen Dienstleistungen oder sogar die gleiche Lösung für ihren eigenen Schalter nutzen. Dass zahlreiche Kantone aktuell daran sind, individuelle Lösungen für die Identifizierung von Personen in ihren Portalen einzuführen, ist für die Schweizerische Informatikkonferenz (SIK) ein Grund mehr, sich bei den Parlamentariern für eine möglichst rasche Inkraftsetzung des vorliegenden E-ID-Gesetzes einzusetzen. Einheitliche, nationale Vorgaben würden die Bestrebungen, gleichzeitig Rechtssicherheit und Vertrauen zu

schaffen, damit natürliche Personen ihre Identität auch in der digitalen Welt eindeutig nachweisen können, wesentlich erleichtern, schrieb die SIK letzten November an die Mitglieder der nationalen Rechtskommission. Dies sei besonders für E-Government-Lösungen von Bund, Kantonen und Gemeinden von zentraler Bedeutung. Im Auftrag des Vorstands handelt die Schweizerische Informatikkonferenz zudem eine Konditionserklärung mit der SwissSign Group AG für ihre Mitglieder, Bund, Kantone und Gemeinden, aus.

«2020 sind wir mit unserem Portal bereit», sagt auf Anfrage Beat Wyler, Verantwortlicher der Stabsstelle E-Government im Kanton Solothurn und Mitglied des Führungsausschusses von iGovPortal.ch. Ob auch das E-ID-Gesetz bis dahin in Kraft gesetzt ist, ist eine andere Frage. Während die einen ein langwieriges parlamentarisches Hin und Her befürchten wegen der intensiv diskutierten Frage «staatliche Aufgabe» versus «Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten», bleibt Wyler optimistisch. Die Vernehmlassung habe gezeigt, dass sowohl Notwendigkeit wie Dringlichkeit unbestritten seien. «Die ganze E-Government-Schweiz wartet auf dieses Gesetz.» Was aber, wenn es doch länger dauert? Dann, sagt Wyler, könnten gewisse Behördenleistungen nicht medienbruchfrei vollständig elektronisch abgewickelt werden – es sei denn, jeder Kanton entwickle seine eigene E-ID. «Wirtschaftlich wäre das aber sicher nicht.»

Denise Lachat

Anzeige

Jetzt weiterbilden. CAS Kommunalpolitik

Start: 2. Mai 2019

www.fhsg.ch/kommunalpolitik

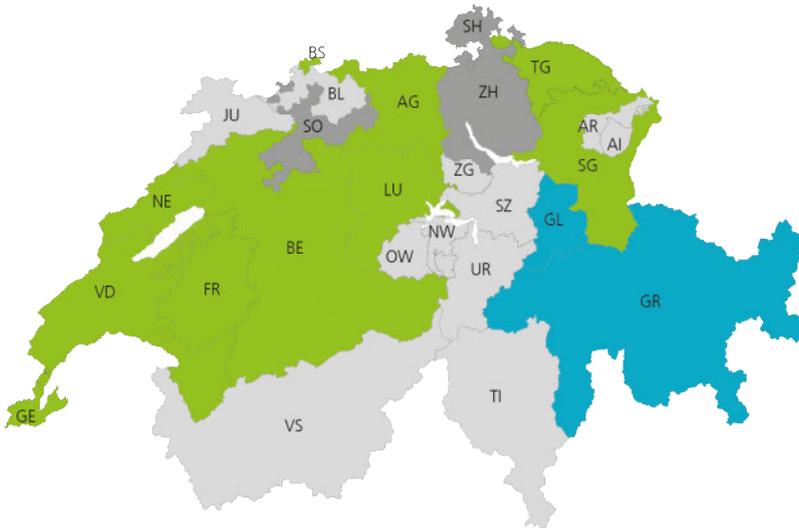
 **FHS St. Gallen**
Hochschule
für Angewandte Wissenschaften



FHO Fachhochschule Ostschweiz

E-Voting: Diskussion über den nächsten Schritt ist eröffnet

Die elektronische Stimmabgabe soll sich als dritter ordentlicher Stimmkanal etablieren. Das von Bund und Kantonen angestrebte Ziel, dass 2019 zwei Drittel der Kantone E-Voting anbieten, ist indes nicht zu erreichen. Aktuell sind es zehn.



- Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe*
- Geplante (Wieder-)Aufnahme der Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe**
- Frühere Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe
- Bisher noch keine Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe

* System der Schweizerischen Post: Kantone FR, BS, TG, NE
 System des Kantons Genf (CHVote): Kantone BE, LU, SG, AG, VD, GE
 ** Die Kantone GL und GR planen die Wiederaufnahme der Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe.

Die Karte zeigt, welche Kantone Versuche mit E-Voting durchführen bzw. durchgeführt haben. *Grafik: zvg*

Seit dem Jahr 2000 engagieren sich Bund und Kantone gemeinsam im Bereich der elektronischen Stimmabgabe. Seither verzeichnete die Einführung der elektronischen Urne Fortschritte und Rückschläge. Ein neues Planungsinstrument, zusätzliche finanzielle Mittel von E-Government Schweiz sowie die Eröffnung einer Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes der politischen Rechte ebnet nun den Weg für eine breite Diskussion über den nächsten Schritt: Die elektronische Stimmabgabe soll sich als dritter ordentlicher Stimmkanal etablieren.

Die Anfänge des E-Votings

Die Pioniere des E-Votings in der Schweiz waren die Kantone Genf, Neuenburg und Zürich, die ab 2004 die ersten Versuche

mit der elektronischen Stimmabgabe auf eidgenössischer Ebene durchführten. Jeder Kanton hatte hierfür ein anderes System im Einsatz. Genf setzte auf eine eigene entwickelte Lösung, Neuenburg spannte mit einem privaten Anbieter zusammen, und Zürich baute das Consortium Vote électronique auf, dem bis zu neun weitere Kantone angehörten. Seither gab es mehr als 300 erfolgreiche Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe bei Abstimmungen und Wahlen auf Bundesebene. Dazu kamen zahlreiche Durchführungen auf kantonaler und kommunaler Ebene.

Systemlandschaft und Ausbreitung

Nach den drei Pionieren folgten weitere Kantone, die sich einem der drei Systeme anschlossen, sodass bis heute

15 Kantone Versuche mit E-Voting durchgeführt haben. Im Herbst 2015 löste sich das Consortium auf, nachdem sein System die bundesrechtlichen Anforderungen für eine Zulassung bei den eidgenössischen Wahlen 2015 nicht hatte erfüllen können. Der Kanton Neuenburg entschied 2015, mit der Schweizerischen Post als Systembetreiberin zusammenzuarbeiten. Die Kantone Freiburg (2016), Thurgau (2018) und Basel-Stadt (2019) schlossen sich diesem System an. Die Kantone Aargau (2017), St. Gallen (2017) und Waadt (2018) erteilten dem Kanton Genf den Zuschlag, dessen System bereits von Luzern (seit 2010) und Bern (seit 2012) eingesetzt wird. Graubünden und Glarus planen die Wiederaufnahme der Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe ab 2020.

Im November 2018 hat der Kanton Genf informiert, die elektronische Stimmabgabe zwar weiterhin anbieten zu wollen, aber ab 2020 auf die Bereitstellung eines eigenen E-Voting-Systems zu verzichten. Demgegenüber steht das System mit vollständiger Verifizierbarkeit der Schweizerischen Post kurz vor der Einführung. Die Offenlegung des Quellcodes und die Durchführung eines öffentlichen Intrusionstests sind für das erste Quartal 2019 vorgesehen. Damit ist die Möglichkeit zur elektronischen Stimmabgabe in der Schweiz auch künftig sichergestellt. Bund und Kantone befürworten in ihrem Planungsinstrument grundsätzlich den Einsatz mehrerer E-Voting-Systeme in der Schweiz. Gemeinsam werden sie die Konsequenzen der neuen Systemlandschaft klären.

Übergang in den ordentlichen Betrieb

Den bisherigen Versuchen mit E-Voting gemein war, dass sie nur einem Teil der Stimmberechtigten eines Kantons die Möglichkeit zur elektronischen Stimmabgabe eröffneten – seien es ein Teil der Inlandschweizer Stimmberechtigten oder die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer. Dies sieht die Verordnung über die elektronische Stimmabgabe vor, in der das zugelassene Quorum an Sicherheitsanforderungen der eingesetzten Systeme geknüpft wird. Bereits im April 2017 hat der Bundesrat entschieden, die Versuchsphase beenden zu wollen und E-Voting als dritten ordentlichen Stimmkanal zu etablieren. Am 19. Dezember 2018 beschloss er die Eröffnung der Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte. Dieses verankert die wichtigsten Grundsätze für ein vertrauenswürdiges elektronisches Stimmverfahren, die heute auf Verordnungstufe geregelt sind, gesetzlich. Doch auch im ordentlichen Betrieb soll der Grundsatz «Sicherheit vor Tempo» gelten. Die Kantone und die Stimmberechtigten entscheiden weiterhin selbst, ob sie E-Voting einführen bzw. nutzen wollen. Für die Einführung von E-Voting hat sich ein schrittweiser Einbezug von Pilotgemeinden bewährt, mit dem die nötigen Erfahrungen für einen sicheren Betrieb der elektronischen Stimmabgabe gesammelt werden können.

An der Frühjahrstagung 2017 der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz haben sich Bund und Kantone zum Ziel bekannt, das im Schwerpunktplan von E-Government Schweiz definiert ist: Sie wollen die nötigen Schritte unternehmen, um das E-Voting bis 2019 in zwei Dritteln der Kantone zu etablieren. Dieses ambitionierte Ziel kann allerdings

mit zehn Kantonen, die E-Voting aktuell anbieten, nicht erreicht werden. Ebenfalls 2017 hat der Steuerungsausschuss E-Government Schweiz zusätzliche Mittel für das strategische Projekt «Vote électronique» beschlossen, um die Ausbreitung von E-Voting zu unterstützen.

Transparenz und Sicherheit

Für die Einführung von E-Voting in der Schweiz werden nur Systeme zugelassen, welche die konstant hohen bundesrechtlichen Sicherheitsanforderungen namentlich an die Nachvollziehbarkeit erfüllen. Für die Stärkung des Vertrauens kommt dem Grundsatz der Transparenz grosse Bedeutung zu. Informationen zum System und zu dessen Betrieb sollen der Öffentlichkeit zugänglich sein. Seit Juli 2018 gehört die Offenlegung des Quellcodes von vollständig verifizierbaren E-Voting-Systemen zu den bundesrechtlichen Anforderungen für den Einsatz der elektronischen Stimmabgabe. Bund und Kantone haben die Voraussetzungen für die Überführung in den ordentlichen Betrieb geschaffen. Die Vernehmlassung bietet nun Gelegenheit für eine breite und faktenbasierte Debatte über die elektronische Stimmabgabe. Die postalisch zugestellten Wahl- oder Abstimmungsunterlagen bilden ein wichtiges, von der IT unabhängiges Sicherheitselement. Aus Sicht von E-Government soll der dritte, elektronische Stimmkanal zukünftig ganz ohne Papier auskommen: Dafür wird zu prüfen sein, unter welchen Bedingungen der Prozess langfristig vollständig digitalisiert werden kann, sodass auch die postalische Zustellung der Unterlagen entfällt. Gemäss der Nationalen E-Government-Studie 2017 möchten 67 Prozent der Bevölkerung gerne E-Voting nutzen. Auch die Nutzerzahlen aus den jeweiligen Urnengängen zeigen, dass seitens der Stimmberechtigten das Bedürfnis



Anna Faoro ist stellvertretende Leiterin der Geschäftsstelle E-Government Schweiz.

Bild: zvg

Initiative für ein E-Voting-Moratorium lanciert

Am 25. Januar 2019 kündigte ein Komitee von Vertretern aus SVP, FDP, SP und Grünen sowie Unternehmern aus der IT-Branche in Bern die Lancierung der eidgenössischen Volksinitiative für ein E-Voting-Moratorium an. Die Initianten argumentieren, die heutigen E-Voting-Systeme seien unsicher, manipulationsanfällig und viel zu teuer, das Auszählverfahren sei intransparent und für den Stimmbürger nicht nachvollziehbar. Deshalb wollen sie E-Voting mit einem Moratorium «den Stecker ziehen». red

für E-Voting wie auch das Vertrauen in diesen zusätzlichen Stimmkanal besteht. Bund und Kantone sollten diese Nachfrage ernstnehmen und die politischen Mitspracherechte sicher und transparent an die Ansprüche des digitalen Zeitalters anpassen.

Mirjam Hostettler und Anna Faoro

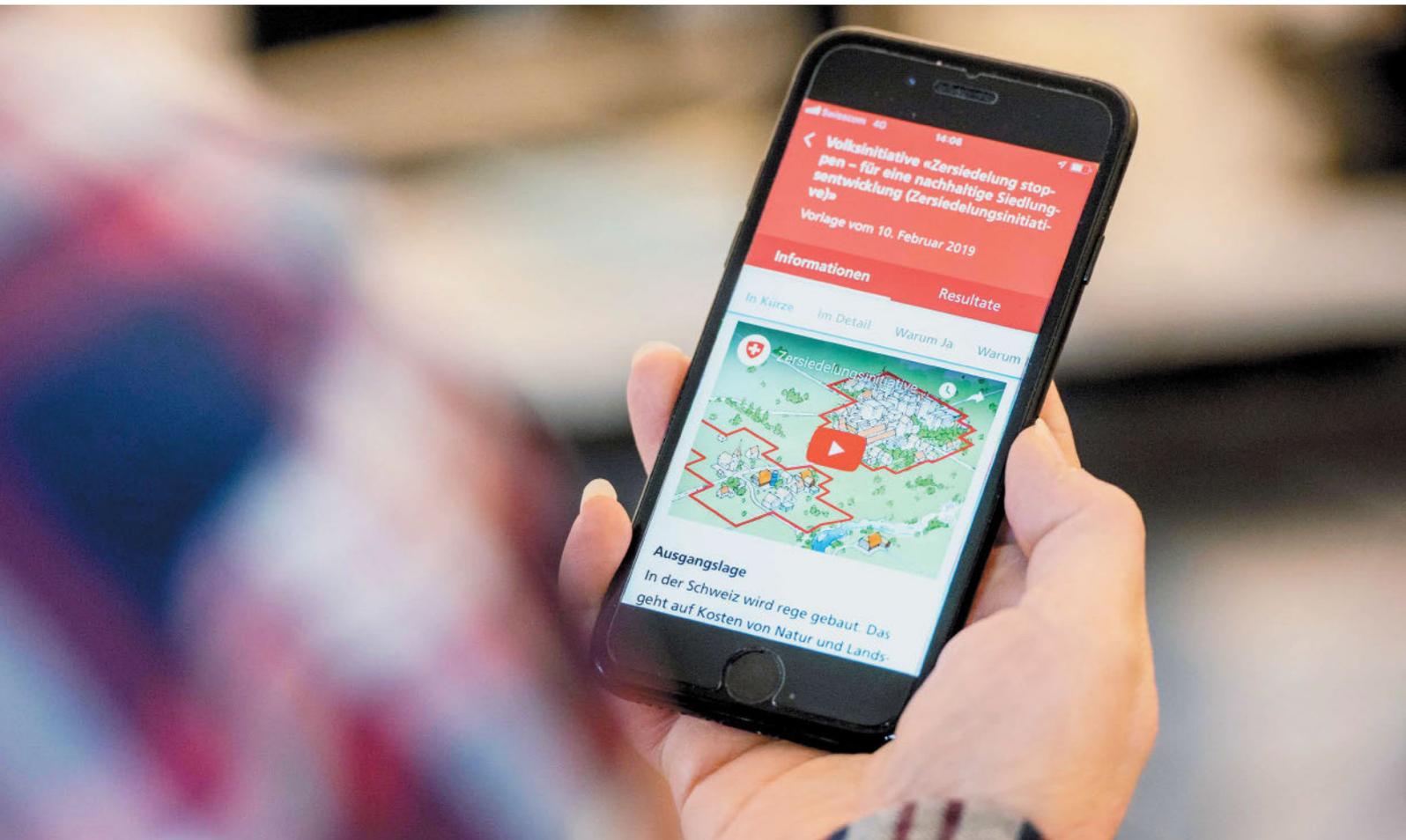


Mirjam Hostettler ist Projektleiterin Vote électronique bei der Schweizerischen Bundeskanzlei.

Bild: zvg

Abstimmungsergebnisse gibt es nun auch in digitaler Form

Worüber und wie auf nationaler sowie kantonaler Ebene abgestimmt wird, erfährt man seit Kurzem auf der neuen App «VoteInfo» des Bundes. Dereinst könnten auch kommunale Vorlagen erfasst werden.



Mit einer schweizweiten App hat die Bundeskanzlei ein Angebot für mobile Bürgerinnen und Bürger geschaffen. Am Abstimmungssonntag vom 10. Februar veröffentlichte sie erstmals Abstimmungsergebnisse.

Bild: Bundeskanzlei

Auf einer neuen App des Bundes findet man sämtliche Erläuterungen zu anstehenden Abstimmungen auf Bundes- und auf Kantonsebene. Eine freiwillige Push-Funktion erinnert einen daran, tatsächlich zur Urne zu gehen, und am Abstimmungstag kann man die Resultate detailliert verfolgen, auch wenn man gerade unterwegs ist. Die nationalen und kantonalen Ergebnisse werden unter anderem auf Karten dargestellt. So kann man bequem auf einzelne Kantone oder Gemeinden zoomen. Man kann sich zudem eine individuelle Übersicht konfigurieren. Im Archiv sind zurücklie-

gende Urnengänge abrufbar; auf nationaler Ebene sind sie ab 1981 erfasst.

Das Know-how des Kantons Zürich

«Man findet alle Resultate aus einer Hand auf einer Plattform», sagt René Lenzin, Sprecher der Bundeskanzlei. Das neue Angebot komme dem Wunsch vieler Stimmberechtigter entgegen, Informationen zu Abstimmungen in digitaler Form zu erhalten. Es fügt sich ein in eine ganze Reihe von Bemühungen um die Digitalisierung der Abstimmungsinformation. Der Bund konnte sich dabei auf das Know-how des Kantons Zürich abstützen. Dieser hatte seine App «Züri

stimmt App» bereits im Frühjahr 2017 lanciert und damit rund 8500 Interessierte erreicht. «Wir haben die App von Anfang an so ausgestaltet, dass weitere Partner hinzukommen können», sagt Stefan Langenauer, Chef Statistisches Amt des Kantons Zürich. Ziel sei es, dem Nutzer möglichst viele Resultate zur Verfügung zu stellen. «Da ist es sinnvoll, möglichst stark zusammenzuarbeiten.» Bei den anderen Kantonen stiess der Bund mit seinen Plänen für eine schweizweite App mehrheitlich auf offene Ohren. Mit einem «ehrgeizigen Fahrplan» setzte er das Vorhaben schliesslich um. Im September führte er

einen Testlauf durch, am Abstimmungs-sonntag vom 10. Februar veröffentlichte das neue Instrument erstmals aktuelle Ergebnisse. «Wir haben gleichzeitig das System der Resultateübermittlung und -veröffentlichung erneuert», sagt René Lenzin. Es sei nun schneller und sicherer. Bislang mussten die Kantone ihre Abstimmungsergebnisse der Bundeskanzlei sowie dem Bundesamt für Statistik (BFS) übermitteln. Jetzt beliefern sie noch das BFS. Neu stellt der Bund die Ergebnisse als Open Government Data maschinenlesbar zur Verfügung. So können diese auch von anderen Akteuren verwendet werden.

Gemeinden sollen mitziehen

Die Bundeskanzlei hat bis zur Lancierung rund 150 000 Franken in das Digitalisierungsprojekt investiert. In diesen Ausgaben sind Entwicklung und Design der App sowie die Erneuerung des Datentransfers enthalten. Die Betriebskosten der App dürften sich gemäss Lenzin auf rund 45 000 Franken pro Jahr belaufen. Darin nicht eingeschlossen sind mögliche Weiterentwicklungen, die durchaus angedacht sind. «Wir haben die Vision, dass irgendwann auch kommunale Abstimmungen erfasst werden», sagt Lenzin. Diesbezüglich wären allerdings die einzelnen Kantone gefordert. «Wir können nicht mit allen rund 2200 Gemeinden in Kontakt treten.» Um kommunale Vorlagen integrieren zu können, müssten pro Kanton alle Resultate in der gleichen Software erfasst werden, sagt Stefan Langenauer vom Kanton Zürich. Dazu seien zum Beispiel die Zürcher Gemeinden ausserhalb der vier eidgenössischen Abstimmungstermine nicht verpflichtet. Die Entwicklung einer schweizweiten App habe deshalb so gut funktioniert, weil sie von unten ange-

stossen worden sei, sagt er weiter. Grosse Kantone wie Zürich gehen mit digitalen Services häufig voran, da sich diese nur schon für sie alleine auszahlen. «Es lohnt sich für uns, in entsprechende Entwicklungen zu investieren.» Dass die Zürcher App in der nationalen Lösung aufgegangen ist, bedauert der Amtschef nicht. «Ich freue mich, weil der Nutzen für das Publikum so viel grösser ist.»

Auch easyvote mit einer App

«Jede Bemühung, den Abstimmungs- und Wahlprozess verständlicher zu machen, ist positiv zu werten», sagt Zoë Maire, Bereichsleiterin von easyvote, einem Projekt des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente. easyvote gibt jährlich eine Studie in Auftrag, um unter anderem herauszufinden, was 18- bis 25-Jährige davon abhält, wählen und abstimmen zu gehen. Als Hinderungsgrund wird häufig eine zu komplexe Sprache genannt. «Nur besser zu informieren, reicht jedoch nicht», sagt Zoë Maire. Viele junge Erwachsenen wüssten schlicht nicht, wie die demokratischen Prozesse ablaufen würden. Ihnen fehle bei politischen Themen das grundsätzliche Verständnis. Deshalb brauche es diesbezüglich ebenfalls Anstrengungen. easyvote hat im Januar eine App lanciert, welche die Stimmberechtigten dabei unterstützen soll, sich eine Meinung zu bilden. Zu den nationalen Vorlagen hält die App jeweils einen Fragebogen bereit. Wer ihn ausfüllt, erhält eine Abstimmungsempfehlung. «Das ist dann hilfreich, wenn man zu einem Thema grundsätzlich eine Meinung hat, aber nicht weiss, ob sich diese mit einer Vorlage deckt oder nicht.»

Eveline Rutz



Der Kanton Zürich war Pionier mit der App «Züri stimmt App». Bild: zvg.

Anzeige

Spezialgebiet: Alleskönner.

Egal ob schaufeln, fräsen, mähen oder kehren – dank starker Hydraulik, zahlreichen Optionen und über 50 Anbauwerkzeugen ab Werk verwandelt sich unsere Radlader in echte Alleskönner! Wir bieten Ihnen das ideale Multitool für jede Herausforderung – sprechen Sie uns noch heute an!
Mehr Informationen finden Sie unter:

www.wackerneuson.com/multitool

WACKER NEUSON
all it takes!

Blockchain als Kolumbus-Ei auch für Gemeinden?

Für einmal ist die Schweiz in einem Technologiebereich ganz vorne dabei. Vor allem dank der Stadt Zug gilt unser Land als Vorreiter in der wegweisenden Blockchain-Technologie. Springen auch andere Gemeinden auf diesen Zug auf?



An der ersten Schweizer Blockchain-Konferenz für die öffentliche Verwaltung und Infrastrukturbetreiber, der Infracchain 18, herrschte Aufbruchstimmung.

Bild: Infracchain 18

Fast über Nacht sind sie da, Schlagworte wie Digitalisierung, Bitcoin, Token oder Blockchain. Dann folgt eine Unzahl von Publikationen oder Veranstaltungen zur entsprechenden Materie. Und wenn dann auch noch die Boulevardmedien das Thema auf ihre Frontseiten setzen, dann fragen sich bald einmal jedes Unternehmen und jede Verwaltung, ob es nicht höchste Zeit ist, auch auf den Zug aufzuspringen. Oder ob es doch besser ist, auf eine Abkühlung der Euphorie zu warten.

Mit Blockchain digital abstimmen, sich ausweisen und E-Velos reservieren

Besonders rasch ist die Blockchain-Technologie aktuell in der Finanzbranche unterwegs. Doch auch bei den Gemeinden dürfte sie im Zusammenhang mit der Digitalisierung mehr und mehr zu einem Thema werden, das unter den Nägeln brennt. Eine Gemeinde, die Stadt Zug, hat besonders rasch gehandelt und gilt nun bereits als eigentliche Pionierin bei der Anwendung der Blockchain-Techno-

logie im Verwaltungsbereich. Und dies nicht nur in der Schweiz, sondern auch weltweit.

Aktuell ermöglicht Zug als erste Stadt der Welt in einer Pilotphase eine Blockchain-basierte digitale Identität, neudeutsch eID. Gleichzeitig ist auch ein Blockchain-basierter E-Voting-Versuch durchgeführt worden. Auch die Einwohnerinnen und Einwohner sind in das Projekt einbezogen: Für die Inhaber einer Blockchain-basierten digitalen ID sind zunächst neun E-Bikes in der Stadt Zug kostenlos nutzbar. Das Bike-Sharing-Pilotprojekt ist von der Stadt Zug in Zusammenarbeit mit dem Zürcher Start-up-Unternehmen «AirBie» realisiert worden. Das Pilotprojekt wird nach den Worten von Stadtschreiber Martin Würmli voraussichtlich bis in den Sommer 2019 dauern. Es ist im Free-Floating-System angelegt: Die E-Bikes können über eine App lokalisiert, entsperrt und nach Gebrauch am Zielort stehen gelassen werden. Schon vor zweieinhalb Jahren hat die Stadt Zug für internatio-

nale Schlagzeilen gesorgt, als sie als erste öffentliche Verwaltung die Kryptowährung Bitcoin als Zahlungsmittel akzeptierte. Ein Währungsrisiko sind die Zuger dabei aber nicht eingegangen, weil die Bitcoins jeweils umgehend in Schweizer Franken umgetauscht wurden.

Digitale Identität als Schlüssel

Die angeschobenen Projekte sind nach den Worten von Würmli bisher reibungslos verlaufen. Weder auf technischer noch auf politischer Ebene gab es grössere Probleme oder Widerstände. «Die Umsetzung war relativ einfach und die ersten Erfahrungen gut», sagt der Stadtschreiber. Neue Projekte werden momentan allerdings nicht aufgegleist. «Wir warten aktuell auf Inputs von aussen, die an uns herangetragen werden.» Und die werden mit Sicherheit kommen. Als bedeutendsten Punkt schätzt Würmli die Einführung der E-ID ein: «Eine zentralisierte Datenbank, wie für die SwissID vorgesehen, ist beispielsweise deutlich

anfälliger auf Hackerangriffe als eine dezentrale, Blockchain-basierte.» Diese sei aber nicht nur sicherer, sondern auch transparenter. Jeder Bürger behalte nämlich die Kontrolle der über ihn gespeicherten Daten.

Das Interesse aus dem Ausland und dem Inland an den Zuger Projekten ist nach Angaben des Stadtschreibers enorm. So sind der Bürgermeister von Seoul und Delegationen aus Japan, China, Deutschland extra in die Innerschweiz gereist, um einen Eindruck dieser technischen Neuerungen zu gewinnen. Sowohl der Stadtschreiber wie der abtretende Stadtschreiber Dölfli Müller sind zudem fast wöchentlich zu Vorträgen in der ganzen Schweiz eingeladen. Verständlich, denn die ersten Erfolge der Zuger sind vielversprechend: Im bereits berühmten Zuger Krypto Valley sind schon 629 Blockchain-Unternehmen tätig, die zusammen mehr als 3000 Mitarbeiter beschäftigen.

Ob andere Schweizer Gemeinden die neue Technologie ebenfalls bereits nutzen oder sich Gedanken zur Einführung machen, ist dem Zuger Stadtschreiber bisher nicht bekannt. Auch der Schweizerische Gemeindeverband kennt noch keine solchen Pläne von weiteren Gemeinden.

Aufbruchstimmung bei den Bundesbehörden

Nicht zuletzt wegen der Initiativen der Zuger gilt unser Land weltweit als Vorreiterin in der Entwicklung und Anwendung der Blockchain-Technologie. An der ersten Blockchain-Konferenz für die öffentliche Verwaltung und Infrastrukturbetreiber, der Infrachain 18, herrschte denn auch Aufbruchstimmung. Für Bundesrat Ueli Maurer, der die Veranstaltung eröffnete, hat unser Land hervorragende Karten, diese Technologie voranzutreiben. Er rechnet damit, dass die Blockchain-Anwendungen in den nächsten Jahren geradezu explodieren werden. Der Bundesrat hat ebenfalls umgehend gehandelt und Anfang Dezember einen Bericht zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für die Blockchain- und Distributed-Ledger-Technologie (DLT) im Finanzsektor verabschiedet. Damit unser Land seine führende Stellung halten kann, sollen in nächster Zeit sechs Gesetze angepasst werden. Laut Jörg Gasser, Staatssekretär für internationale Finanzfragen SIF, sollen «gezielte Anpassungen» im Zivil- und im Finanzmarktgesetz vorgenommen werden. Ein eigentliches Blockchain-Gesetz ist nach Ansicht der Landesregierung aber nicht nötig. Davon sind auch die Branchenvertreter überzeugt, die den Bericht des Bundesrates mit viel Lob überhäuft haben.

Staatliche Funktionen wie die Registerführung rein technologisch?

Einen anderen Weg ist Liechtenstein gegangen, wo bereits ein Blockchain-Gesetz vor der Einführung steht. Das Ländle möchte ähnlich wie die Schweiz bei der neuen Technologie ganz vorne mitspielen können. Mit Konsequenzen auch für Staat und Gemeinden. «Es kann durchaus sein, dass gewisse staatliche Funktionen, zum Beispiel die Registerführung, in Zukunft vollständig durch Technologie ersetzt werden. Aber erst durch die Einbettung in ein rechtsstaatliches Gerüst entsteht aus meiner Sicht die für alle so wichtige Rechtssicherheit», erklärte der Liechtensteiner Regierungschef Adrian Hasler an der Infrachain 18. Denn eine der zentralen Aufgaben des Staates, auch bei innovativen Entwicklungen, sei es, für ein angemessenes Mass an Rechtssicherheit zu sorgen. Rechtssicherheit, die unterstützt und Leitplanken definiert – und nicht verhindert. «Innovative Unternehmen wollen ein besseres Angebot für die Kunden entwickeln, sie wollen keine Gesetze brechen. Es ist sehr wichtig, dass wir solchen Unternehmen Klarheit darüber geben, was möglich ist und wo die konkreten Grenzen liegen. Die Definition dieser Grenzen ist dabei mindestens so wichtig», betonte der Liechtensteiner Regierungschef. Innovation am Finanzplatz könne nur entstehen, wenn ein Staat sich grösste Mühe gebe, die Technologie zu verstehen und Neues zuzulassen. Insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Token-Ökonomie sei diese Rechtssicherheit ein enormer Vorteil.

Ähnlich argumentiert Daniel Gasteiger, Gründer und Leiter des auf E-ID-Anwendungen spezialisierten Unternehmens Procivis. Er plädiert für eine digitale Infrastruktur für die Schweizer Demokratie. Infrastruktur ist nach Gasteiger eine wichtige Staatsaufgabe. «Die öffentliche Hand ist hier in die Pflicht zu nehmen,

damit die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die politischen Institutionen auch im digitalen Zeitalter gewahrt werden. So kann erstens der Schutz unserer demokratischen Institutionen gewährleistet werden. Und zweitens wird es möglich, die demokratischen Institutionen weiterzuentwickeln, wie dies vor 150 Jahren mit der Einführung von Referendum und Volksinitiative geschehen ist», ist der Procivis-Chef überzeugt.

Blockchain für Verwaltungen

«Die Blockchain-Technologie bietet für Wirtschaft, Bevölkerung und Behörden viel mehr als die in Verruf geratenen Kryptowährungen wie Bitcoin und Co», sind sich die Experten der Wirtschaftskanzlei Kellerhals Carrard einig. Es gehe um Steigerung der Effizienz, der Effektivität, um die Erhöhung von Transparenz und den bewussteren Umgang mit transaktionalen und sensitiven Daten. Für öffentliche Verwaltungen gehe es letztlich um die Ermöglichung weiterer Services, um eine neue Dimension der Infrastruktur. Das Nutzungspotenzial der Blockchain-Technologie für die öffentliche Hand sei insgesamt enorm.

Fredy Gilgen

Blockchain: eine Kette, die hält

Block und Chain (Kette). Für einmal erklärt sich ein Begriff im Wesentlichen selber. Bei der Blockchain-Technologie geht es um die Art und Weise, wie Daten gespeichert werden, nämlich in Blöcken, die mittels kryptografischen Verfahren zu Ketten zusammengefügt werden. Experten sprechen von einer verteilten Transaktionsdatenbank oder von einer verketteten Folge von Datenblöcken. Das Neuartige: Die Daten werden nicht auf einem, sondern auf Tausenden Computern auf der ganzen Welt gespeichert. Dank der dezentralen Speicherung sind die Daten nicht veränderbar, aber jederzeit transparent. Das ermöglicht zum Beispiel Zahlungen ohne Bank, Immobilienübertragungen ohne Notare oder die lückenlose Dokumentation von Lieferketten. Die Inhalte auf den Datenblöcken werden Token genannt.

fg

Die Rolle der Verwaltung in der digitalen Gesellschaft

Als Innovations- und Dialogplattform leistet das Swiss eGovernment Forum wertvolle Beiträge zur Leistungssteigerung in der digital vernetzten Verwaltung auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden. Der SGV engagiert sich als Partner.



E-Government hat auch für den SGV einen hohen Stellenwert. Bereits im letzten Jahr war der Verband als Partner mit an Bord. Im Bild der Auftritt von SGV-Vorstandsmitglied Jörg Kündig, Gemeindepräsident von Gossau (ZH).

Bild: Swiss eGovernment Forum

Das Swiss eGovernment Forum steht für Wissensvermittlung, wertvolle Impulse, gegenseitige Inspiration, Praxisbezug und erstklassiges Networking. Der Vormittag bietet jeweils hochstehende Referate, Best Practice und Podiumsgespräche. Der Nachmittag bringt in den Solution-Präsentationen eine vertiefte Behandlung der Thematik. Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Kantonen und Gemeinden legen Erfahrungsberichte vor, sprechen über Erwartungen und realisierten Nutzen. In der begleitenden Foyerausstellung präsentieren führende Anbieter zukunftsweisende Konzepte und Lösungen.

Im vergangenen Jahr besuchten über 400 Personen den zweitägigen Kongress in Bern, bei dem die Verwaltung im Prozess der digitalen Transformation im Zentrum stand. Dieses Jahr steht das Swiss eGovernment Forum unter dem

Fokus «Verwaltung – Ihre Rolle in der digitalen Gesellschaft» (vgl. Kasten). In der digitalen Gesellschaft wird es künftig nicht nur darum gehen, Leistungen mithilfe der Digitalisierung effizienter und kundenorientierter zu erbringen. Vielmehr wird es auch darum gehen, bisherige Geschäftsmodelle zu hinterfragen, Leistungen transparenter, offener und vernetzter zu erbringen. In Keynotereferaten und Podiumsdiskussionen werden konkrete Lösungsansätze für diesen disruptiven Umbruch zur digitalen Verwaltung aufgezeigt.

Vision und Strategie im Fokus

Der 5. März 2019 widmet sich der Vision und den strategischen Aspekten dieses Themas. Die Eröffnung mit dem Titel «Der Beamte ist ein Roboter» von Labinot Demaj von der Hochschule St. Gallen verspricht einen polarisierenden

Einstieg ins Thema. Nachdem Kathrin Arioli, Staatsschreiberin des Kantons Zürich, die Strategie des Kantons Zürich für die digitale Verwaltung vorgestellt hat, wird Cédric Roy, Leiter Geschäftsstelle E-Government Schweiz, die nationale E-Government-Studie 2019 vorstellen. Dies mit der übergeordneten Fragestellung: «Digitale Verwaltung Schweiz: Status quo oder Turbo?». Nach der Pause wird der Blick ins benachbarte Ausland gerichtet. Gerhard Popp, Bundes-CDO von Österreich, erklärt die koordinierte Digitalisierung der Verwaltung in Österreich. Anja Wyden Guelpa, Direktorin des civicLab, fragt sich im letzten Referat des Vormittags, ob der Bürger heute tatsächlich im Zentrum der Politik steht. In einer Podiumsdiskussion werden Labinot Demaj, Anja Wyden Guelpa, Kathrin Arioli und Peter Fischer, Delegierter für die Informatiksteuerung des

Bundes und Präsident des Vereins eCH, über die Zukunft der digitalen Verwaltung diskutieren. Wohin geht sie, wie wird sie sich entwickeln?

Praktische Umsetzung am zweiten Tag

Der zweite Forumstag fokussiert hauptsächlich auf die praktische Umsetzung des Fokusthemas «Rolle der Verwaltung in der digitalen Gesellschaft». Christoph Niederberger, Direktor des Schweizerischen Gemeindeverbandes, eröffnet den zweiten Tag mit der Frage: «Mehr Bürgernähe dank digitaler Verwaltung?» Im Anschluss nennt Kuno Schedler von der Universität St. Gallen in seinem Keynotereferat die Verwaltung ein Pantoffeltierchen. In der praktischen Umsetzung bewegt sich Daniel Arber, Geschäftsführer von eOperations Schweiz AG. Sein Referat trägt den Titel «eOperations Schweiz: Gemeinsam Services betreiben und Leistungen beschaffen». André Duvillard, Delegierter Bund und Kantone des Sicherheitsverbundes Schweiz, spricht sich vor der Pause für eine inklusive Umsetzung der Nationalen Cyber-Strategie aus. Nach der Pause folgt ein praktisches Beispiel der Umsetzung der Digitalisierung: Barbara Alder des

Vergünstigte Eintritte an das Swiss eGovernment Forum 2019

Das Swiss eGovernment Forum ist die schweizweit führende Veranstaltung im Bereich E-Government. Die diesjährige Ausgabe findet am 5. und 6. März 2019, in der Bernexpo, Bern, statt. Der SGV unterstützt das Forum als Patronatspartner. SGV-Mitglieder erhalten mit dem Rabattcode SGV-WmSM-190 vergünstigte Eintritte. Anmeldung und Informationen unter www.e-governmentforum.ch. Christoph Niederberger, Direktor des Schweizerischen Gemeindeverbandes, eröffnet den zweiten Forumstag mit einem Referat zur Frage «Mehr Bürgernähe dank digitaler Verwaltung»? Die «Schweizer Gemeinde» ist Medienpartnerin des Swiss eGovernment Forums.

Kantons Basel-Stadt stellt das Smart City Lab Basel auf dem Areal Wolf vor. Christian Geiger, CDO der Stadt St. Gallen, referiert im Anschluss über die Rolle der Verwaltung in der digitalen Gesellschaft, und Maximilian Stern, Vizepräsident des Staatslabors, nimmt sich des Themas «Verwaltungen und Partizipation: Vom Experiment zum Standard» an. Die Vorteile von Onlinediensten für die Bürger und deren Auswirkungen auf die Verwaltung erklärt Peter Scholl, Leiter Verwaltung in Moosseedorf, in seinem Referat. Den Abschluss des Vormittags bildet Michael Bützer von der Schweizerischen

Informatikkonferenz (SIK). Er erklärt in seinem Referat, warum die Einführung der AHVN als eindeutiger Personenidentifikator nötig ist.

Die Nachmittage des 5. und 6. März stehen im Zeichen von praxisorientierten Lösungen. In den Solutionpräsentationen werden die Themen des Vormittags vertieft und in 30-minütigen Lösungspräsentationen dem Publikum vorge stellt.

*Pamela Balmer und Jürg Lehni
Organisation Swiss
eGovernment Forum*

Anzeige



Die Software für Städte und Gemeinden



nest setzt neue Massstäbe - für Einwohnerdienste, Steuerverwaltungen und den Bereich Gebühren/Werke. Mehr als 400 Städte und Gemeinden vertrauen auf **nest**.

Die Software

- ◆ ermöglicht den elektronischen Austausch mit Bund, Kanton, Gemeinden
- ◆ hilft, Geschäftsfälle via Portal zu erledigen (etwa E-Umzug)
- ◆ macht Papier im Meldewesen überflüssig
- ◆ integriert Systeme anderer Hersteller
- ◆ enthält ein komfortables Dokumentenmanagement
- ◆ erleichtert Ihnen den Kontakt mit Einwohnern, Unternehmen, Vertragspartnern

Eine Software von **innosolv** und **KMS**
www.nest.ch

Cloud-Lösungen erleichtern die Verwaltungsarbeit

Die Datenmenge in der Verwaltung nimmt stetig zu und damit die Anforderungen an deren Management. Um diese Herausforderung zu meistern, setzen immer mehr Gemeinden auf Cloud-Lösungen.



Kiloweise Papier verschicken zur Sitzungsvorbereitung? Das gehört in Basadingen-Schlattigen der Vergangenheit an.

Bild: Geocloud AG

In Basadingen-Schlattigen, einer Gemeinde mit 1800 Einwohnern im Kanton Thurgau, musste zur Sitzungsvorbereitung bisher kiloweise Papier hin und her geschickt werden. Um die Zusammenarbeit im Gemeinderat und in den Kommissionen zu vereinfachen, suchte die Gemeinde nach einer Möglichkeit, Prozesse zu digitalisieren. «E-Mail, WhatsApp oder öffentliche Speicher wie Dropbox und GoogleDrive waren uns zu unsicher», so Gemeindepräsident Peter Mathys. Nun speichert die Gemeinde die benötigten Unterlagen in geoDocs, einer Schweizer Cloud-Lösung der IT-Firma Geocloud AG in Schlieren (ZH). Die Datenablage erfolgt in deren Rechenzent-

rum. «Da für jeden registrierten Benutzer individuell bestimmt werden kann, auf welche passwortgeschützten Ordner er zugreifen kann, ist die Vertraulichkeit zwischen den Gremien gewährleistet», erklärt Mathys. Um die Integrität der Daten zu sichern, kann mittels vordefinierter Rollen wie Leser, Autor, Redaktor und Administrator festgelegt werden, welche Funktionen jeder Nutzer ausüben darf. So können Dokumente je nach Berechtigung gemeinsam bewirtschaftet und gleichzeitig vor unbefugtem Bearbeiten geschützt werden. Das erleichtert die Akten- und Geschäftsführung und macht sie zugleich transparent und nachvollziehbar. «Da die Oberfläche der Cloud

benutzerfreundlich gestaltet ist und eine praktische Suchfunktion bietet, konnten alle Räte sofort selbstständig damit arbeiten», resümiert Mathys. Der erfolgreiche Einstieg in die digitale Welt habe die Gemeinde zudem ermutigt, als nächsten Schritt die Einführung der elektronischen Geschäftsverwaltung (GEVER) ins Auge zu fassen.

Auslagern von IT-Leistungen

Transparente, wirtschaftliche und medienbruchfreie elektronische Behördenleistungen sind im öffentlichen Dienst in Zukunft gefragt. Ende September 2018 hat sich die Konferenz der Kantonsregierungen daher auf Leitlinien zur Digitalen

Verwaltung verständigt, um diese gemeinsam mit Bund und Gemeinden voranzutreiben. Einige Gemeinden – wie auch Basadingen-Schlattingen – setzen hierzu auf «Cloud-Computing». Das heisst, sie beziehen IT-Dienstleistungen wie Rechnerleistung, Speicherplatz, Plattformen oder Software bedarfsorientiert von einem externen Anbieter über das Internet. Je nach Bandbreite der Dienstleistungen, die dieser abgedeckt werden, unterscheidet man dabei verschiedene Servicemodelle. «Der Vorteil einer solchen Auslagerung ist, dass die Gemeinde nur jene Ressourcen bezahlt, die sie auch tatsächlich in Anspruch nimmt», erklärt Alexander Mertes, Verwaltungsexperte an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). Wird die IT-Infrastruktur gemietet, entfallen grosse Anschaffungsinvestitionen etwa für Speicherkapazitäten und Rechnerleistung, und die Gemeinde kann flexibel auf steigende Anforderungen reagieren. Nutzt sie zudem die Hochgeschwindigkeitsanbindung aus dem Rechenzentrum des Anbieters, ist der Internetzugriff nicht mehr durch die Bandbreite vor Ort limitiert. Über die lokale Internetverbindung werden dann nur noch wenige komprimierte Anzeigedaten übertragen. Dadurch wird schnelles Arbeiten mit vielen Personen gleichzeitig möglich. Steht der Server beim Anbieter, ist es nicht mehr erforderlich, einen separaten Raum vor Ort einzurichten, der entsprechend klimatisiert und gewartet werden muss. Stellt der Cloudanbieter zusätzlich auch die Software, kann diese bei Bedarf jederzeit aktualisiert und zentral im Rechenzentrum des Anbieters eingespielt werden.

16 Freiburger Gemeinden vernetzt

Eine Cloud-Technologie bietet aber auch die Möglichkeit, dass mehrere Gemeinden zusammenarbeiten. Eine solche «Community-Lösung» habe den Vorteil, dass kleine Gemeinden sich nicht auf eine standardisierte Software beschränken müssten, sondern sich auch spezielle Fachapplikationen etwa für den Fürsorge- oder den Baubereich leisten könnten, erläutert der ZHAW-Dozent Alexander Mertes. «Hinzu kommt, dass kleine Verwaltungseinheiten oft nur wenige Fachspezialisten beschäftigen können. Durch die gemeinsame Cloud können sie von grösseren Gemeinden profitieren.» 2003 haben sich im Kanton Freiburg 16 deutschsprachige Gemeinden des Sense- und des Seebezirks zusammengeschlossen und betreiben gemeinsam ein Rechenzentrum, über das mittlerweile mehr als 130 Arbeitsplätze vernetzt sind.

Zeit- und ortsunabhängig arbeiten

Zunächst nutzten sie den Zentralserver des Informatik- und Telekommunikationszentrums des Kantons Freiburg. Das Datennetz zwischen den Gemeinden und dem kantonalen Server stellte die Firma SenseLAN in Düdingen. 2017 wollte der Kanton seine Infrastruktur durch eine Cloud-Lösung ersetzen. «Diese war jedoch kommerziell nicht interessant für uns», so Christian Sommer, Mitglied des Betriebsausschusses des Rechenzentrums und Gemeinderat von St. Antoni. «Nun suchten wir nach einer Komplettlösung.» Diese fand der Gemeindeverbund bei der Dialog Verwaltungs-Data AG in Baldegg. Als Serverstandort wurde das Datacenter von SenseLAN gewählt. Nun laufen alle Fachapplikationen, die elektronische Geschäftsverwaltung sowie das gesamte Office-Paket über die Cloud. Da die Gemeinden diese per Fernzugriff nutzen, können die Mitarbeitenden zeit- und ortsunabhängig mit den jeweils aktuellsten Unterlagen arbeiten. «Zudem haben wir für alle IT-Fragen nur noch einen Ansprechpartner», freut sich Sommer.

Verantwortlich bleibt die Gemeinde

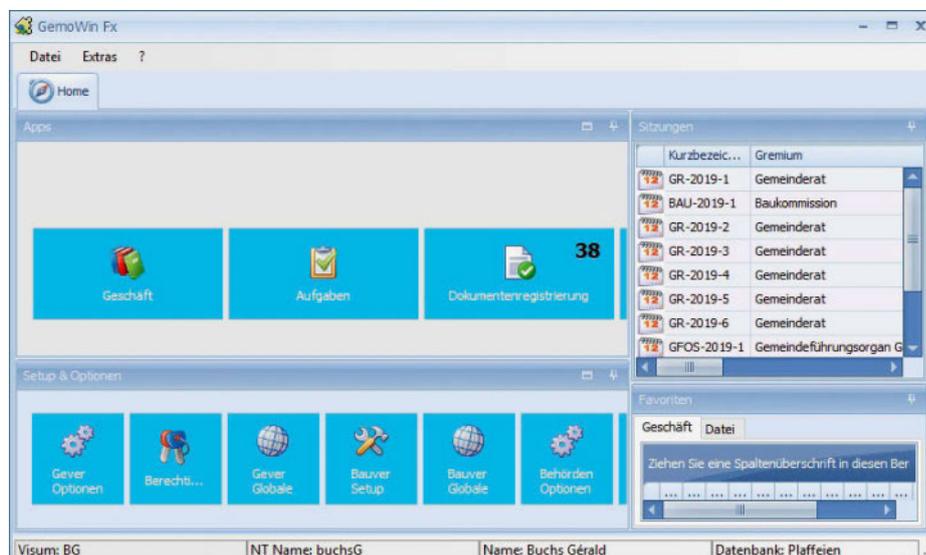
Setzt eine Gemeinde auf eine Cloud-Lösung, sollte der Serviceanbieter einschliesslich allfälliger Subunternehmen erst nach sorgfältiger Prüfung und Risikoabschätzung ausgewählt werden. Zudem gilt es, diesen vertraglich genau zu instruieren und mithilfe von Audits zu überwachen. Denn: «Gemeinden, die Cloud-Dienste in Anspruch nehmen, bleiben als Auftraggeber verantwortlich für die Gewährleistung von Datenschutz und -sicherheit sowie die Einhaltung von Aufbewahrungs-, Beweis- und Geheim-

haltungspflichten», betont Ursula Uttinger, Präsidentin des Datenschutz-Foren Schweiz. Die Sicherheitsvorkehrungen gegen Verlust und Diebstahl der Daten sowie deren physischen Schutz muss der Serviceanbieter laufend dem Stand der Technik anpassen. Zudem sollte er die Verfügbarkeit der Daten garantieren. Die verwendeten Technologien und Schnittstellen müssen so weit standardisiert sein, dass eine Migration der Daten zu einem anderen Anbieter ohne extremen finanziellen Aufwand möglich ist. Zudem sollte die Gemeinde alle datenschutzrechtlichen Anforderungen abklären: Das Rechenzentrum der Gemeinden Deutschfreiburgs etwa hat die juristischen Vorgaben für das mehrstufige Berechtigungssystem innerhalb seiner Cloud mit den Kantonsbehörden abgestimmt. «Wichtig hierbei ist, dass jeweils nur so viele Mitarbeiter wie nötig Zugang zu den erforderlichen Daten erhalten», kommentiert Uttinger. Generell gilt: «Je sensibler die Daten sind, desto genauer muss geprüft werden, ob sie Teil der Cloud sein sollen und wie sie geschützt werden können.»

Yvonne Kiefer-Glomme

Infos:

Hilfreiche Tipps zum Cloud-Computing bietet die Website des Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten: www.edoeb.admin.ch
>Datenschutz >Cloud Computing



Im Verbund von 16 Gemeinden laufen alle Fachapplikationen, die elektronische Geschäftsverwaltung sowie das gesamte Office Paket über die Cloud. Bild: Dialog Verwaltungs-Data AG

Das Web verändert auch bei Gemeinden die Beschaffung

Nicht nur Private nutzen das Web für den Einkauf, auch für die öffentliche Hand bieten sich neue Chancen. Die Beschaffung wird dank Onlinetools komfortabler und potenziell günstiger, wie Beispiele aus Gemeinden zeigen.



Der Preis- und Produktvergleich beim Einkauf findet auch im Internet statt. Offertenportale erleichtern den Einbezug weiterer Kriterien. Gerade unter den neuen Beschaffungsrichtlinien kann dies für die öffentliche Hand eine Hilfe sein. Bild: unsplash – Raquel Martinez

Ob Markenschuh oder Laptop, der Preisvergleich im Internet ist für viele Private alltäglich. Bei grossen Beschaffern hingegen ist die gesuchte Ware oder Dienstleistung meist komplizierter. Entsprechend sind auch die Beschaffungsplattformen im Businessbereich noch weniger entwickelt. Immerhin, bereits seit 2010 am Start ist das Offertenportal www.gryps.ch. «KMU, Gemeinden und Städte können ihren gesamten nicht strategischen Einkauf über uns tätigen», sagt Gryps-Sprecherin Simone Ott. Das Portal ist dabei nicht einfach ein Vergleichstool, welches das günstigste Angebot ausspuckt. Vielmehr nehmen die

Einkaufsexperten von Gryps die Anfrage entgegen und nehmen nochmals Kontakt auf, um den Kundenwunsch möglichst eindeutig formulieren und den passenden Anbieter finden zu können. Anschliessend suchen sie geeignete Offertsteller. Ott: «Uns steht ein Pool von aktuell 3200 Schweizer Firmen zur Verfügung, die wir alle geprüft haben.» Die Bandbreite des Angebots erstreckt sich dabei auf über 110 verschiedene Produkt- und Dienstleistungskategorien, vom Defibrillator bis zur Versicherung. Eine Offerte schicken dann jene Unternehmen, deren fachliches oder regionales Profil am besten auf den Kunden-

wunsch zugeschnitten ist und die möglichst schon auf vergleichbare Erfahrungen zurückgreifen können.

Vorteil für Beschaffer und Lieferant

Die Plattform korrigiert auch bei falschen Vorstellungen: «Vor zwei Jahren war es en vogue, für jede mögliche und unmögliche Anwendung eine App entwickeln zu lassen – und man glaubte teilweise, für 1000 Franken sei man dabei», erzählt Ott. Ihr Team holte die Anfragen dann auf den Boden der Realität und konnte Enttäuschungen bei den Gemeinden und unnötige Offertarbeit bei den Entwicklerfirmen vermeiden. Gryps finanziert sich

übrigens nicht mit Provisionen oder Umsatzbeteiligungen, sondern mit einer Gebühr der Anbieter für die Kontaktdaten. Die anfragende Gemeinde wiederum erhält innert 48 Stunden kostenlos drei Offerten oder den Kontakt zu drei interessierten Firmen. Sie ist jedoch nicht verpflichtet, auf eines dieser Angebote einzusteigen. Gute Erfahrungen mit Gryps gemacht hat etwa Monika Furrer. Die Finanzverwaltung der Gemeinde



Witnau (AG) suchte ein neues Fotokopiergeschäft. «Statt selbst Firmen zu suchen, die Geräte in der von uns benötigten Kategorie liefern, nutzte ich Gryps. Die Offerten kamen rasch, die Plattform war eine gute Hilfe.»

Konkurrenz bringt attraktive Angebote

Viele Gemeinden dürfen gerade grössere Beschaffungen nicht mehr autonom vergeben, sondern müssen sie zwingend auf der schweizweiten Beschaffungsplattform simap.ch ausschreiben. Im Kanton St. Gallen etwa gilt diese Vorschrift seit 1998. Freihändig darf nur bis 100 000 Franken (Lieferungen) respek-

tive 150 000 Franken (Dienstleistungen) vergeben werden; bis 250 000 Franken kommt das Einladungsverfahren zur Anwendung, bei höheren Summen muss ein offenes Verfahren eingeleitet werden. Für das Bauhaupt- und Bauneben-gewerbe gelten spezifische Schwellenwerte. Die St. Galler Gemeinde Goldach etwa zeigt sich mit der Plattform simap.ch zufrieden: «Die Eingabe ist relativ einfach, man wird Schritt für Schritt durch das Instrument geführt», erklärt Richard Falk, Gemeindeschreiber von Goldach. Mit der Eingabe in simap.ch werden die Daten automatisch ans kantonale Amtsblatt überspielt und dort ebenfalls publiziert. «Eine solche schweizweite Publikation kann zu attraktiven Offerten führen, wobei jeweils nicht der tiefste Preis, sondern das wirtschaftlich günstigste Angebot berücksichtigt wird», sagt Falk. Auch Beschaffungen unter dem Schwellenwert von 250 000 Franken dürfen auf simap.ch publiziert werden, was Goldach aber unterlässt. Falk: «Wenn man sich dennoch für ein solches Verfahren entscheidet, muss man sich natürlich auch an die entsprechenden Regeln halten.» Dazu gehört, dass bei Ausschreibungen auf simap.ch keine Nachverhandlungen zum Preis möglich sind.

Ermahnung an Gemeinden nötig

Im Kanton Bern gelten dieselben Vorgaben und Schwellenwerte wie in St. Gallen, allerdings erst seit 2012. «Mit der Publikation auf simap.ch werden die Ausschreibungen der Gemeinden gegenüber früher einem viel breiteren Kreis zugänglich. Dies führt zu einem intensiveren, wirksameren Wettbewerb und somit tendenziell besseren Konditionen für die Gemeinden», bilanziert Thomas Fischer, Vorsitzender der Kantonalen Beschaffungskonferenz im Amt für Informatik und Beschaffung des Kantons Bern. Fischer hat auch Einsitz im Vorstand des Vereins simap.ch und leitet die Zentrale Koordinationsstelle Beschaffung. «Wir haben zwar keine Aufsichtsfunktion. Aber nachdem unsere Koordinationsstelle im Jahr 2016 erstmals die WTO-Beschaffungsstatistik auf der Basis der simap-Publikationen erstellte, haben wir erkannt, dass die Praxis, wie im Kanton Bern die Zuschläge publiziert wurden, nicht einheitlich war und die Publikation nicht immer konsequent erfolgte.» Daraufhin habe man die Beschaffungsstellen über die Regeln und Abläufe informiert. «Das hatte zur Folge, dass in den Folgejahren deutlich mehr Publikationen erfolgten.» Eine Übersicht darüber, in welchen Kantonen es für Gemeinden Pflicht ist, ihre offenen Ausschreibungen auf simap.ch und nicht nur

Direkte Kredite für Infrastruktur

pld. Nicht nur die Beschaffung, auch die Finanzierung grösserer Investitionen lässt sich mit Internettools vereinfachen. Laufen Kredite aus oder stehen Investitionen in eine Infrastruktur an, kontaktierte die Gemeinde traditionellerweise ihre Hausbank oder einen Broker, um die passende Finanzierung zu finden. Seit zwei Jahren betreibt die Swiss Fintech AG in Zürich das Portal www.loanboox.ch. Gemeinden auf der Suche nach einem Darlehen können ihr Projekt auf der Plattform freischalten und mit den letzten Jahresrechnungen und weiteren Unterlagen dokumentieren. Auf der anderen Seite der Finanzierungsanfrage stehen Versicherungen oder Banken. Diese prüfen die Anfrage und entscheiden, ob sie das Darlehen ganz oder teilweise übernehmen wollen. Ausserdem definieren sie die gewünschte Laufzeit des Kredits. Die öffentliche Stelle kann daraufhin aus den Angeboten einen oder mehrere Darlehensgeber kontaktieren und die Finanzierung vertraglich festlegen. «Auf diese Weise ist die Vermittlung der öffentlichen Hand auf der Suche nach Darlehen und potenziellen Kapitalgebern deutlich effizienter als bisher. Zudem kann die Gemeinde Gebühren sparen», sagt Stefan Mühlemann, Gründer und CEO von Loanboox. In den zwei Jahren seit der Gründung haben Gemeinden und andere öffentliche Einrichtungen Kredite im Volumen von mehr als 17 Milliarden Schweizer Franken bei Loanboox angefragt. Inzwischen sind über 1000 Gemeinden, Städte und Kantone sowie mehr als 320 Kapitalgeber an die Plattform angeschlossen.

www.loanboox.ch

in Printpublikationen zu veröffentlichen, existiert übrigens nicht. Jede Gemeinde kann aber freiwillig auf simap.ch ausschreiben – und damit vom grossen Kreis der dort registrierten Anbieter profitieren.

Pieter Poldervaart

IT wird auch für die Personalführung zentral

Das Web und IT-Anwendungen erleichtern Personalverantwortlichen der Gemeinden die Arbeit. Beim Rekrutieren und bei der Festsetzung der Löhne vertrauen sie aber nicht blind der Technik, wie unsere Nachfrage zeigt.



Am jährlichen Mitarbeitergespräch wird die Leistung beurteilt. Manche Gemeinden setzen dafür auf ein Tool. Auch für mehr Transparenz gegenüber dem Bürger. Bild: unsplash – rawpixel

Das jährliche Mitarbeitergespräch ist nicht nur für manche Mitarbeitende ein Horror, sondern gelegentlich auch für die Vorgesetzten. Denn das Gespräch unter vier Augen verlangt Vorbereitung, man muss auch unangenehme Verhaltensweisen ansprechen und Jahresziele formulieren. Und am Schluss steht die entscheidende Frage, ob ein Leistungszuschlag gerechtfertigt ist oder nicht.

Einfacher wird das jährliche Treffen, wenn ein klares Raster existiert und die Bewertung objektiv erfolgt. Ein solches Instrument für eine systemgestützte Personalführung ist P-Soft von der gleichnamigen Firma in Dättwil (AG). «Weil bereits die Anforderungen an die Stelle klar definiert werden, wird das Bewerbungsmanagement insbesondere bei einer Stabübergabe einfacher», erklärt Ge-

schäftsführer Martin Steinbacher, dessen Kunden jeweils zwischen 35 und 3500 Mitarbeitende mit dem IT-Tool verwalten.

Leistungskomponente objektiv zuweisen

Seit über zehn Jahren gut gefahren mit P-Soft ist etwa die Stadt Frauenfeld (TG), welche die Dossiers von knapp 500 ihrer insgesamt rund 700 Beschäftigten über dieses Tool abwickelt. Basis ist die analytische Bewertung der jeweiligen Funktion. Dabei werden Faktoren berücksichtigt wie das geforderte Ausbildungsniveau, die zu tragende Verantwortung, Führungsaufgaben, die Breite des zu bearbeitenden Gebiets oder äussere Einflüsse. Das kann etwa ein erschwertes Arbeitsumfeld mit erhöhten physischen oder psychischen Anforderungen sein. «Zu jeder dieser Funktionen ist im System ein Lohn hinterlegt, der unabhängig vom Geschlecht zum Tragen kommt», erklärt Barbara Wiederkehr, Leiterin des Personalamts Stadt Frauenfeld. Am jährlichen Mitarbeitergespräch wird dann die Leistung beurteilt – erneut nach einem klaren Raster, der dem jeweiligen Vorgesetzten einen entsprechenden Rahmen gibt. Beurteilt werden Bereiche wie Führung, Zusammenarbeit im Team, Umgang mit Kunden, Umsetzung des Fachwissens oder Wahrnehmung der Verantwortung. Nach erfolgter Beurteilung wird vom System ein maximaler Leistungszuschlag errechnet. Sind alle Mitarbeitergespräche geführt, werden diese potenziellen Zuschläge mit jener Summe abgeglichen, die im jeweiligen Jahr für das gesamte Personal als Leistungskomponente zur Verfügung steht. Anschliessend empfiehlt P-Soft für alle Mitarbeitenden den Lohn fürs kommende Jahr. «Ganz der Technik überlassen wir die Löhne aber nicht», betont Wiederkehr. Zuvor wird die Kalkulation noch den Vorgesetzten zur Plausibilisierung vorgelegt, was ungerechtfertigte Lohnentwicklungen verhindern soll. In Frauenfeld helfen die hinterlegten Funktionen auch bei der Personalrekrutierung und geben den

Lohnrahmen vor. Ein kleiner Verhandlungsspielraum bestehe innerhalb des Systems – wenn der Markt beispielsweise für eine gewisse Funktion deutlich höhere Löhne fordere, so Wiederkehr. Mit dem angewandten System werde sichergestellt, dass im Lohnwesen keine Willkür herrsche.

Professionell und einheitlich

Mit nur 40 Mitarbeitenden ist die Gemeinde Laufenburg (AG) deutlich kleiner als Frauenfeld, aber auch hier hat P-Soft einen positiven Einfluss, sagt Stadtamann Herbert Weiss: «Wir hatten festgestellt, dass die Mitarbeitergespräche nicht überall geführt werden.» Das sei natürlich inakzeptabel, denn jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin habe das Recht auf ein solches Gespräch, um zu erfahren, ob man den Erwartungen entspreche. P-Soft habe nun dazu geführt, dass das Führungsinstrument nicht nur konsequent, sondern auch professionell und einheitlich angewendet werde. Das System erlaube es zudem, im Nachhinein zu rekonstruieren, welches Gespräch mit welchem Ergebnis stattgefunden hatte. Zudem wird die Ausschüttung des kleinen Leistungsanteils mit dem Ergebnis des Mitarbeitergesprächs verknüpft. Als nächsten Schritt möchte die Stadt Laufenburg auch Zielvereinbarungen, Stellenbeschreibungen und Ausbildungsmaßnahmen ins System integrieren.

Recruiter liken LinkedIn

Vor der Anstellung steht die Rekrutierung, und auch hier werden IT-Anwendungen immer wichtiger, meint Andreas Koloska: «Social-Media-Kanäle sind bei der Rekrutierung die Zukunft», ist der Inhaber der Basler Firma Social Media Coach überzeugt. Koloska berät zum einen KMU und die öffentliche Hand bei der Implementierung und Schärfung ihrer Social-Media-Aktivitäten. Andererseits schult er Arbeitslose beim Erstellen ihrer Onlineprofile. «Schon vor ein paar Jahren, als ich noch in der Leitung einer Marketingagentur tätig war, kam der Erstkontakt bei Kaderstellen fast immer über LinkedIn zustande», so Koloska. In der Zwischenzeit habe die Nutzung von LinkedIn und Xing weiter zugelegt. Besonders mittelgrossen Firmen rät der Coach, ihre Stellen auf LinkedIn zu posten und dort auch aktiv nach potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten zu suchen. Obwohl er Social Media als Revier für die Kandidatensuche für unverzichtbar hält – vollumfänglich auf spezifische Jobportale und Inserate verzichten könnten nur Firmen in IT-affinen Branchen, so Koloska. Für Wirtschaftszweige in einem

weniger technischen Umfeld sei die digitale Durchdringung noch ungenügend und man laufe Gefahr, den Wunsch Kandidaten zu verpassen. «Die Schweiz hinkt dem Umland diesbezüglich noch zwei Jahre hinterher, mittelfristig wird sich aber immer mehr auf diesen Social-Media-Plattformen abspielen.» Erst recht eine rosige Zukunft prognostiziert er Matching-Portalen wie Yooture (siehe Box).

Ehrlichkeit zahlt sich aus

Ein Vorteil der Profile gegenüber einem konventionellen Lebenslauf sei, dass das eigene Netzwerk die Kompetenzen bestätigen könne – «die Schwarmintelligenz wird so zur Referenz». Wichtig sei, das man sein Profil stetig aktualisiert und berufliche Meilensteine vermerkt. Lücken im Lebenslauf sollten aus Sicht von Koloska selbstbewusst benannt werden: «Heute sind solche Brüche nicht mehr unüblich, und Umschreibungen wie «Reise» oder «Sabbatical» werden meist akzeptiert.» Flunkereien oder Aufschneidereien hingegen haben im elektronischen Zeitalter kurze Beine und können von Personalverantwortlichen mit wenigen Klicks enttarnt werden.

Hohe Komplexität, grosses Tempo

Martina Boron, Vorsteherin des kantonalen Personalamts des Kantons Thurgau, ist angetan von den Optionen, die Social Media beim Recruiting bieten. Eine kantonale Verwaltung sei heterogen und komplex. Entsprechend vielfältig präsentierten sich die Stellenprofile. «Grade in Nischenberufen ergeben die elektronisch hinterlegten Profile Sinn.» Bei herkömmlichen Ausschreibungen sei der Rücklauf häufig mager. «Gleichzeitig verstreicht viel Zeit, und es kann zu langen Vakanzen kommen», so die Amtsleiterin. Würde man sich selbst aktiv in den Netzwerken auf die Suche machen, könnte das teilweise das Inserieren ablösen. «Allerdings setzt ein solches Vorgehen voraus, sich intensiver digital zu vernetzen und für diese Onlinerecherche bewusst Arbeitszeit einzusetzen.» Wie viele andere auch stehe man beim Thema Digitalisierung im HR und Führungsbereich erst am Anfang, sagt Boron, wobei Komplexität und Tempo beachtlich seien.

Portal für die öffentliche Hand

Die neuen Mittel des Internets nutzt auch www.karriereschweiz.ch: Seit Anfang 2018 bietet der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) zusammen mit Monster Worldwide Switzerland AG ein Stellenportal für Gemeinden, Städte, Kantone und öffentliche Unternehmungen.

Matching-App für Jobs

Wie gross sind meine Chancen auf dem Stellenmarkt? Auch Berufstätige, die nicht aktiv nach einer neuen Herausforderung suchen, dürften sich diese Frage mitunter stellen. Nach dem Vorbild von Partnervermittlungsplattformen können sie dies jetzt mit der App des Matching-Portals Yooture überprüfen: Sie hinterlegen ein Profil, das ähnlich aufgebaut ist wie jenes von Xing oder LinkedIn, und warten darauf, dass sie von personalsuchenden Firmen kontaktiert werden. Selbstverständlich können sie sich auch selbst auf der Plattform auf die Suche machen. «Nach einer Pilotphase mit 40 ausgewählten Firmen sind wir jetzt daran, neue Unternehmen zu gewinnen», erklärt Martin Scherrer, einer der drei Gründer und Inhaber des Zürcher Unternehmens. Der Vorteil des Jahresabos: Die offenen Stellen dieser Firmen werden prominenter dargestellt als die gut 100 000 übrigen Anzeigen, die Yooture von anderen Plattformen übernimmt. Vor allem aber schlägt Yooture den Firmen Kandidaten vor, deren Profil sich mit dem ausgeschriebenen Job weitgehend deckt. Die App wurde inzwischen über 300 000 Mal heruntergeladen.
www.yooture.com.

Interessierte können frei darin suchen, es ist aber auch möglich, einen Account zu erstellen und dort Jobangebote zu speichern und sich neu aufgeschaltete Stellenbeschreibungen per Mail zustellen zu lassen. Bisher haben dies 10 000 Nutzerinnen und Nutzer getan. Zusammen mit den geschalteten Inseraten – die Kosten sind abhängig davon, ob man nur auf dem Portal selbst oder auch auf dem Mutterportal www.monster.ch und www.lawjobs.ch bucht – ergibt sich «eine sehr positive Bilanz», sagt Sprecherin Katrin Luzar. Im Vergleich zu anderen Portalen sehr spartanisch ist die grafische Umsetzung der Website. Das sei aber durchaus im Sinn der Sache, erklärt Luzar: «Die Grafik ist bewusst reduziert. Eine klare Struktur hilft bei der Suche – und ist auch wichtig für die immer wichtigere Nutzung auf dem Smartphone.»

Pieter Poldervaart

Mobil sein und bleiben: Kurse für ältere Verkehrsteilnehmer

Mobilität ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Damit der digitale und demografische Wandel dessen Erfüllung nicht verunmöglichen, braucht es praktische Angebote. rundum mobil GmbH unterstützt die Gemeinden dabei.



Viele ältere Menschen waren jahrelang mit dem Auto unterwegs und haben kaum Erfahrung mit dem öffentlichen Verkehr. Kommt noch der Billettkauf am Automaten mit Touchscreen hinzu, ist die Herausforderung doppelt gross.

Bild: Beat Mumenthaler

Spiez an einem Tag im Oktober: 22 ältere Einwohner und Einwohnerinnen besuchen den Kurs «mobil sein & bleiben». Mit Interesse folgen sie den Ausführungen im Theorieteil: Fahrplan, öV-Ticket, Tarifzonen, Tipps zur Verkehrssicherheit. Der Kurs ist ausgebucht. Das Bedürfnis, die Welt des öffentlichen Verkehrs zu verstehen, ist gross. Spiez steht exemplarisch für rund 80 weitere Kursstandorte in der Schweiz. Den meisten Kursteilnehmenden geht es gleich. Viele waren in den letzten Jahrzehnten vor allem mit dem Auto unterwegs. Ihnen fehlt die Erfahrung mit dem öffentlichen Verkehr.

Schon der Gang zum Billettautomaten fällt nicht leicht. «Meine Partnerin und ich sind im Kurs, um beim Billettkauf sicherer zu werden. Irgendwann werden wir das Auto abgeben, diese Zeit wird kommen», äussert sich ein Teilnehmer. Der Kurs soll dazu beitragen, Hürden abzubauen und Sicherheit zu gewinnen. Der Theorie folgt die Praxis – nach der Pause geht es nach draussen. Eine Kleingruppe nimmt beim Automaten die Herausforderung «Billettkauf» in Angriff. Die Bedienung ist nicht immer verständlich. Mit fachkundiger Unterstützung fällt es leichter. Vorsichtig berührt eine Teil-

nehmerin den Touchscreen. «Mit den Zonen tue ich mich schwer. Es ist einfacher, am Schalter ein Billett zu kaufen. Zielort, retour mit Halbtax – fertig!» Die Teilnehmenden nutzen die Gelegenheit, Fragen zu stellen. Denn an Reisewünschen mangelt es nicht: mal wieder nach Bern oder ins Tessin, das wäre schön.

Schweizweites Erfolgsrezept

Ob in Kreuzlingen, Genf, Sarnen oder Mendrisio: Die Fragen der Teilnehmenden haben sich über die Jahre kaum verändert. Den vom Büro rundum mobil GmbH im Jahr 2000 konzipierte Kurs

«mobil sein & bleiben» gibt es unterdessen als regelmässiges Angebot in 22 Kantonen und in allen Sprachregionen. Dank eines Zusammenarbeits- und Finanzierungsmodells auf lokaler und nationaler Ebene ist der Kursbesuch für die Teilnehmenden kostenlos. Zu den nationalen Partnern zählen SBB, Fonds

auch online oder per App beziehen – zu Hause oder flexibel unterwegs. Was verlockend klingt, ist für viele ältere Menschen mit Hürden verbunden. Die letztjährige Evaluation der «mobil sein & bleiben»-Kurse macht sie deutlich: Von den Teilnehmenden nutzen gut 65 Prozent zu Hause das Internet, rund 48 Pro-

Den demografischen und digitalen Wandel im Blick

Wir werden immer älter. Der Erhalt einer selbstständigen Mobilität ist bedeutsam. Sie ermöglicht soziale Teilhabe und damit Beziehungen, trägt zur Gesundheit und einer hohen Lebensqualität bei. Um den vielfältigen Mobilitätsbedürfnissen der älteren Bevölkerung gerecht zu werden, sind neue Ansätze und alltagstaugliche Lösungen gefragt. rundum mobil GmbH nimmt sich dieser Herausforderung an und entwickelt die nationale Plattform «mobil sein & bleiben», die auf dem bestehenden Kursangebot aufbaut. Das vom Förderfonds Engagement Migros unterstützte Projekt verbindet die zwei Megatrends digitaler und demografischer Wandel. Mit niederschweligen Kursen, Workshops mit relevanten Akteuren und der Zielgruppe und mit Angeboten zum Ausprobieren gehts weiter in Richtung Zukunft.

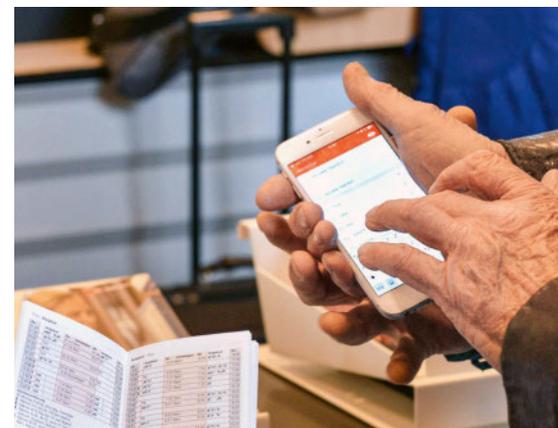
«Ich bin zur Überzeugung gekommen,
dass ich den Billettautomaten bedienen kann.
Er beisst nicht.»

Aussage eines Teilnehmers des Kurses «mobil sein & bleiben»

Eliane Leuzinger, rundum mobil GmbH

für Verkehrssicherheit, Verband öffentlicher Verkehr, Verkehrs-Club der Schweiz, Swisslife und Neuroth Hörmittel. Auch Gemeinden spielen bei der Ermöglichung und Bewerbung von «mobil sein & bleiben» gegenüber der Bevölkerung eine entscheidende Rolle. So unterstützen sie die älteren Verkehrsteilnehmenden sehr konkret – mit wenig Aufwand und geringen Kosten. Die Gemeinde Spiez hat den Kurs ebenfalls erfolgreich beworben. Dorothea Maurer, Leiterin der Fachstelle 60+, schätzt es, «dass der Kurs nah bei den Leuten stattfindet und einen hohen Alltagsbezug hat. Wir freuen uns über das rege Interesse der Spiezerinnen und Spiezer.» Ob Land oder Stadt, der Nutzen liegt auf der Hand. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt «mobil sein & bleiben» ebenfalls im Kontext der eigenen Alterspolitik. «Die Kurse erfreuen sich bei uns grosser Beliebtheit. Sie sind wichtig für den Erhalt der Mobilität älterer Menschen in Basel», bestätigt Daniel Capone vom kantonalen Gesundheitsdepartement. Und sie werden geschätzt, wie die Aussage einer Kursteilnehmerin in Stans zeigt. «Ich finde es toll, dass wir im Alter so begleitet werden.»
Weshalb sich mit Billettautomaten und Zonen abmühen? Ein Ticket lässt sich

zent haben ein Smartphone, wenige kennen und nutzen die SBB-App. «Wir sind nicht Computer-gewohnt. Das ist etwas Neues», äussert sich ein 81-jähriger Kursteilnehmer. Doch auch die ältere Bevölkerung nutzt zunehmend neue Technologien – sei es aus Interesse oder Notwendigkeit. Auch manche Kursteilnehmende sind motiviert, das Billett künftig per App zu lösen. Nicht zuletzt wegen der Spartickets, die Anklang finden, aber nur über App oder Internet verfügbar sind. Die für die ältere Bevölkerungsgruppe konzipierten «SBB Mobile»-Kurse stossen denn ebenfalls auf reges Interesse.



Analog oder digital? Verschiedene Möglichkeiten führen ans Ziel. Bild: Noëmi Porfido

So finden Gemeinden Kurse für Mobilität im Alter:

2019 finden in der ganzen Schweiz «mobil sein & bleiben»-Kurse statt. Standorte und Termine auf www.mobilsein.ch, auf Anfrage sind auch andere Standorte möglich.

Zusätzlich gibt es kostenlose «SBB Mobile»-Schulungen. rundum mobil GmbH führt diese im Auftrag der SBB durch und koordiniert die Umsetzung mit interessierten Gemeinden oder Seniorenvereinigungen.

Kontakt

rundum mobil GmbH, Schulhausstrasse 2, 3600 Thun, Tel. 033 334 00 20, info@rundum-mobil.ch, www.rundum-mobil.ch

Die Digitalisierung fordert uns mehr Selbstbeherrschung ab

Selbstbeherrschtes Handeln heisst, dass man sich Zeit nimmt, um das beste bedingte Urteil zu identifizieren, den gefällten Entscheid in der Führung konsequent umzusetzen und auch den Digitalisierungs-Versuchungen zu widerstehen.



Die persönliche Haltung hat – nebst fachlichem und methodischem Wissen – einen wesentlichen Einfluss auf eine gelungene Führungsarbeit, aber auch ein gelungenes Leben insgesamt. Wird davon ausgegangen, dass fachliches und methodisches Wissen dem Menschen zunehmend durch Technik – Stichwort «Digitalisierung» – abgenommen wird und dass zudem die wesentlichen zukünftigen beruflichen Tätigkeitsfelder des Menschen – ebenfalls vor dem Hintergrund der Digitalisierung – die Arbeit am Menschen und die Arbeit mit Wissen sein werden, dann ist auch davon auszugehen, dass die Relevanz der persön-

lichen Haltung in Bezug auf die Führungsarbeit signifikant zunehmen wird. Die persönliche Haltung an sich bleibt allerdings wirkungslos, wird sie nicht in Handlungen übersetzt. Und sie wirkt nicht wie beabsichtigt, wird sie nicht widerspruchslos in Handlungen übersetzt. Vor allem Letzteres scheint ein reales Problem zu sein: x wird als Ausdruck der persönlichen Haltung als (Führungs-) Handlung beabsichtigt, dann aber doch y als Handlung umgesetzt. Ein exemplarisches Beispiel aus der Praxis: A delegiert ein Projekt an eine Sachbearbeitung, nimmt dann aber doch derart Einfluss, dass von einer Delegation nicht

mehr gesprochen werden kann. A ist sich seiner Einflussnahme und einer Zuwiderhandlung gegen seine Delegationsabsicht bewusst, macht den Delegationseingriff aber trotzdem – und ärgert sich am Ende über sich selbst. Ein weiteres Beispiel: M nimmt sich vor, seine E-Mail-Verfügbarkeit am Abend, über das Wochenende und in den Ferien einzuschränken, greift dann aber doch während dieser Zeiten immer wieder prüfend zum Smartphone – im Wissen um seine Absichten und sich selbst am eigenen Handeln stossend. Um welches Phänomen handelt es sich dabei? Und was kann getan werden, um

Führungspersonen müssen aufpassen, dass sie sich an die Ziele halten, die sie anderen und sich selber gesetzt haben. Die gute Absicht allein reicht nicht für eine integrale Führung, sie bedingt auch eine entsprechende Handlung. Selbstbeherrschung hilft, die Absicht in die Handlung zu überführen.

Bild: unsplash – rawpixel



die persönliche Haltung widerspruchlos in Handlungen zu überführen? Im Rahmen der Qualifikationsarbeit «Willensschwäche: Stolperstein auf dem Weg zur gelungenen Führungsarbeit. Selbstbeherrschung als Mittel zur erfolgreichen Überführung der persönlichen Haltung in Handlungen» im Hinblick auf den Abschluss des CAS in Philosophie + Management an der Universität Luzern hat sich der Autor mit der Erörterung dieser Fragen auseinandergesetzt.

Was ist integrale Führung?

Grundlage für die persönliche Haltung sind die persönlichen Werte. Entspre-

chen diese Werte ethischen Kriterien und den Taten, dann ist integrale Führung gegeben. Oder anders formuliert: Zur integralen Führung genügt die Absicht – ethische Werte, die man vertritt – allein nicht. Integrale Führung ist ein handlungsorientierter Prozess – Handlungen, die man begehrt aufgrund von ethischen Werten, die man vertritt.

Die Schwierigkeit liegt, am Beispiel «Projekt-Delegation» aufgezeigt, nun darin, dass A sich seiner Absicht klar ist: Er möchte das Projekt delegieren. Und dennoch greift er entgegen seiner Absicht in unzulässiger Weise in das Projekt ein. Hier scheint eine Störung in der Übersetzung von Absicht in Handlungen, also im Prozess, vorzuliegen: A ist in Bezug auf seine Handlung willensschwach.

Was ist Willensschwäche und wie entsteht sie?

Bereits in der Antike haben sich Philosophen mit dem Phänomen der Willensschwäche auseinandergesetzt. Donald Davidson, amerikanischer Philosoph, definierte 1969 in einem richtungweisenden Aufsatz Willensschwäche als absichtliches Zuwiderhandeln gegen das eigene beste Urteil. Willensschwäche führe dazu, dass x (Projekt-Delegation) als bessere Handlung möglich wäre, aber y (Delegationseingriff) absichtlich als Tat realisiert wird. Willensschwäche kann damit integrale Führung fundamental korrumpieren. Davidson erklärt in der Folge, wie Willensschwäche entsteht:

- Handlungen basieren auf unbedingten Urteilen.
- Vor dem Fällen des unbedingten Urteils bestehen zumeist mehrere bedingte Urteile.
- Willensschwäche entsteht dann, wenn nicht das beste bedingte Urteil in ein unbedingtes und damit handlungsleitendes Urteil übersetzt wird, sondern das zweitbeste, drittbeste usw.

In das ausgeführte Beispiel übersetzt, stellt sich das wie folgt dar:

- A bieten sich zumindest zwei bedingte Urteile an, nämlich die Projekt-Delegation und der Delegationseingriff.
- Für beide Urteile sprechen Gründe. Für die Projekt-Delegation beispielsweise die Möglichkeit, mit der Delegation die Sachbearbeitung in Projektmanagement zu befähigen oder für eigene Tätigkeiten zeitliche Ressourcen zu schaffen. Für den Delegationseingriff könnten beispielsweise eine inhaltliche Korrektur des Projektes oder eine Machtdemonstration sprechen.
- Unter der Annahme, dass die Projekt-Delegation nach Massgabe aller Gründe das beste bedingte Urteil ist, A aber mit dem Delegationseingriff

nur das zweitbeste bedingte Urteil in ein unbedingtes und damit handlungsleitendes Urteil übersetzt hat, handelt A willensschwach.

Wie ist Selbstbeherrschung möglich?

Zur Überwindung von Willensschwäche bietet Davidson Selbstbeherrschung an: Vollziehe die Handlung, die auf der Basis aller verfügbaren relevanten Gründe als die beste beurteilt wird.

Um selbstbeherrscht und in der Folge integer handeln zu können, wäre es notwendig, die Handlung zu vollziehen, die auf der Basis aller verfügbaren relevanten Gründe als die beste beurteilt wird. Im beispielhaften Fall also die Projekt-Delegation als eigentlicher Ausdruck der persönlichen Werte und damit der persönlichen Haltung.

In diesem Sinne würde selbstbeherrschtes Handeln bedingen, vor dem Fällen des unbedingten Urteils (und nicht im Nachgang der Handlung im Sinne einer zeitintensiven Aufarbeitung) das beste bedingte Urteil zu identifizieren und dieses konsequent umzusetzen. Dass solche Abwägungen Zeit und Raum und damit Distanz benötigen, liegt auf der Hand. In der Folge dürfte im Hinblick auf integrale Führung Reflexionsarbeit vor der Handlung nicht nur hilfreich, sondern geboten sein: Ganz im Sinne des philosophischen Nachdenkens, aber auch im Bewusstsein, dass wir im Führungsalltag zum Handeln verdammt sind.

Patrick Müller

Der Autor verfasste diesen Text im Rahmen der Qualifikationsarbeit für das CAS in Philosophie + Management an der Universität Luzern.



Patrick Müller ist Leiter Stab der Gemeinde Urdorf (ZH) und Dozent an der Hochschule Luzern.

Bild: vvg.

Im Datenschutz gilt neu die Umkehr der Beweislast

Die neue Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in der EU verschärft früher geltende Regelungen und verpflichtet Verantwortliche zu mehr Transparenz bei der Datenerhebung, auch in der Schweiz. Benevol Schweiz hat bereits reagiert.

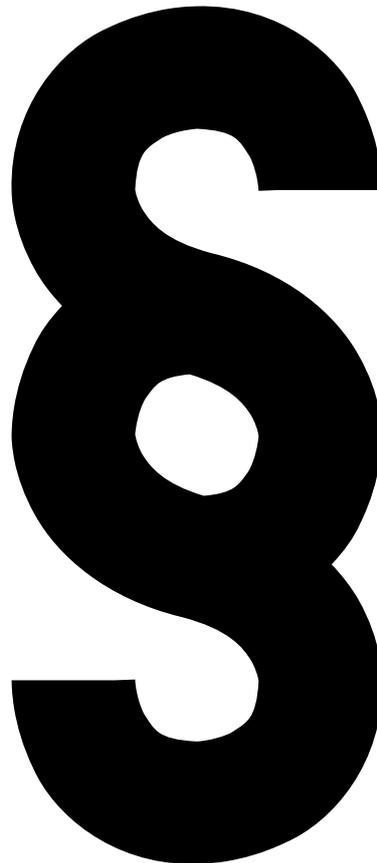
In Zeiten der rasanten technologischen Entwicklung und der immer grösser werdenden Datenmenge, die verarbeitet und ausgewertet wird, ist der Datenschutz ein wichtiges Thema. Seit dem 25. Mai 2018 gilt im EU-Raum eine neue Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). «Sie stärkt die Datenschutzrechte der EU-Bürgerinnen und -Bürger», sagt der St.Galler Rechtsanwalt Urs Freytag. «Personendaten dürfen nicht beliebig verarbeitet werden. Grundsätzlich gilt, dass jede Privatperson ihre Einwilligung geben muss, wenn Daten über sie gesammelt und verarbeitet werden, sofern der Datenbearbeiter nicht einen anderen Rechtfertigungsgrund aufzeigen kann.» Zudem bestehe neu das Recht auf Löschen und Sperren der Daten bei Persönlichkeitsverletzungen sowie auf Berichtigung bei falschen Daten. Bei Nichteinhalten der Regeln drohen hohe Bussen.

Datenschutzbestimmungen müssen angepasst werden

Obwohl in der Schweiz das hiesige Datenschutzgesetz gilt, können von den neuen Bestimmungen in der EU Schweizer Unternehmen, Organisationen und Vereine betroffen sein. Insbesondere dann, wenn sie eine Niederlassung in der EU haben, Waren oder Dienstleistungen im europäischen Raum anbieten, personenbezogene Daten von EU-Bürgerinnen und -Bürgern bearbeiten oder durch Analysetools im Internet das Verhalten von Personen beobachten (Stichwort: Google-Analytics). Dazu gehören beispielsweise auch das Versenden von elektronischen Newslettern an Personen mit Wohnsitz in der EU und Aktivitäten in Social-Media-Netzwerken. Diese Unternehmen, Organisationen und Vereine sind schon heute angehalten, ihre Datenschutzbestimmungen anzupassen.

Eine Organisation, die dies bereits getan hat, ist benevol Schweiz, die nationale Dachorganisation der regionalen Fachstellen für freiwilliges Engagement. «Wir haben einige Mitglieder, die sich bei uns engagieren, aber im benachbarten Ausland wohnen und EU-Bürger sind. Des-

halb haben wir unsere Datenschutzbestimmungen bereits überarbeitet», sagt die verantwortliche Produktmanagerin Gudrun Berger. «Eine grosse Herausforderung war für uns, einen Überblick zu bekommen, was in welchem Bereich gemacht werden muss.» Dabei habe es vor allem eine Baustelle gegeben: die



Unternehmen, Organisationen und Vereine müssen sich auf das neue Datenschutzgesetz vorbereiten.

Bild: Freepik

Dreisprachigkeit von benevol-jobs.ch, der grössten Jobplattform der Schweiz für freiwilliges Engagement. «Bei benevol-jobs.ch mussten die gesamten Datenschutzbestimmungen auch ins Französische und Englische übersetzt werden», so Gudrun Berger.

Kunde muss ausdrücklich einwilligen

Rechtsanwalt Urs Freytag hat benevol Schweiz bei der Anpassung der Datenschutzbestimmungen juristisch begleitet – ehrenamtlich. «Mit der neuen Datenschutz-Grundverordnung ist das Machtgefüge verschoben worden», sagt er. «Früher musste eine Datenschutzverletzung durch die betroffene Privatperson nachgewiesen werden. Heute muss der Datenbearbeiter nachweisen, dass er sich korrekt verhalten hat. Das führt sozusagen zu einer Umkehr der Beweislast.»

Personen, über die Daten gesammelt werden, müssen in präziser, transparenter, verständlicher und leicht zugänglicher Form in einer klaren und einfachen Sprache über die Datensammlung proaktiv informiert werden. Es ist beispielsweise nicht mehr erlaubt, einen Newsletter ohne Einwilligung zu versenden oder auf einem Webformular das dafür vorgesehene Häkchen bereits zu setzen. «Es braucht die ausdrückliche Einwilligung des Kunden, und in diesem Fall muss er das Häkchen selber setzen, wenn er den Newsletter bekommen möchte», erklärt Urs Freytag.

Bilder von Vereinsnähen betroffen

Zudem müssten die Datenschutzrichtlinien jederzeit anklickbar sein. «Nur wer vorgängig über den Umgang mit den Personendaten informiert wurde, kann auch aus freien Stücken entscheiden.» Organisationen und Vereinen empfiehlt er, eine einfache Möglichkeit zum automatischen Abbestellen von E-Mail-Newslettern anzubieten. Ausserdem sollten sie ihre Mitglieder umfassend über den Zweck der bearbeiteten Daten informieren. Die Website sollte eine leicht verständliche Datenschutzerklärung beinhalten, und wenn sogenannte Cookies verwendet werden, müsse ein Hinweis aufgeschaltet werden. Die Nutzung von Google Analytics sollte in der Datenschutzerklärung der Website ebenfalls dokumentiert sein. Grundsätzlich rät der Experte zu «Datensparsamkeit»: nur das zu bearbeiten und zu publizieren, was wirklich nötig sei. Das betrifft zum Bei-

spiel auch Bilder von Vereinsanlässen. «Eigentlich müsste von jedem Mitglied eine Einwilligung eingeholt werden, ob es mit der Publikation eines Bildes einverstanden ist», sagt der Experte. Da dies schwer umsetzbar ist, sollte auf die Veröffentlichung solcher Bilder verzichtet werden oder aber man holt sich die Einwilligung in globo, etwa via Statuten.

«Daten kennen keine Grenzen»

Rund zwei Monate hat die Überarbeitung der Datenschutzbestimmungen bei benevol Schweiz gedauert. Viele Leute seien involviert gewesen, sagt Produktmanagerin Gudrun Berger, aber den grössten Teil der Arbeit habe ihre IT-Firma sowie Rechtsanwalt Urs Freytag übernommen. Er empfiehlt denn auch jenen Schweizer Unternehmen, Organisationen und Vereinen, die sich nicht im EU-Raum «bewegen», sich mit der neuen europäischen Verordnung auseinanderzusetzen. «Das Datenschutzgesetz in der Schweiz wird bald inhaltlich an die EU-Regelung angepasst, weil sich die Schweiz nicht eine Insellösung leisten kann», sagt er. «Daten kennen keine Grenzen, und zwei Regelungen neben-



Gudrun Berger, Produktmanagerin bei benevol Schweiz. Bild: zvg.



Rechtsanwalt Urs Freytag hat die Freiwilligenorganisation benevol Schweiz ehrenamtlich beraten. Bild: zvg.

einander wären kontraproduktiv.» Urs Freytag rechnet aber nicht damit, dass das neue Datenschutzgesetz der Schweiz noch in diesem Jahr in Kraft treten wird. «Es dürfte 2020 werden – und spätestens dann sollten die Unternehmen, Organisationen und Vereine vorbereitet sein.»

Marion Loher

Anzeige

CMI FACHTAGUNG 2019

«MIT CMI PARAT FÜR DIE DIGITALE VERWALTUNG»

Stefan Bosshard, Geschäftsführer CMI

Mittwoch, 27. März 2019
AURA Event Saal, Bleicherweg 5, 8001 Zürich

Die Digitalisierung hält mit grossen Schritten Einzug in der öffentlichen Verwaltung! Wir zeigen Ihnen an der CMI Fachtagung 2019, dass Sie mit der CMI Lösungsplattform bestens dafür gerüstet sind.

Alle Informationen zum Programm und die Anmeldung finden Sie unter: www.cmiag.ch/fachtagung



p-soft

... integrative webbasierte
Personalführung

Wir können Sie und Ihre Organisation unterstützen, wenn:

- ☑ Sie den Führungsprozess professionalisieren wollen
- ☑ Sie auf der Suche nach einem webbasierten Personalführungssystem für Mitarbeiterbeurteilung, Zielvereinbarung und Mitarbeiterförderung sind
- ☑ Sie die Funktionen analytisch oder summarisch bewerten wollen
- ☑ Sie Ihr Lohnsystem systematisieren wollen

p-soft Täferstrasse 2, 5405 Dättwil

www.p-soft.ch



Lust auf mehr?

Abonnieren Sie die **«Schweizer Gemeinde»**
für 90 Franken im Jahr (10 Ausgaben) unter:
www.tinyurl.com/SG-bestellen

CAS Alterspolitik

**Ethische und politische Fragen des Alterns:
Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur**

Inwieweit steht der öffentliche Raum älteren Menschen offen? Und inwiefern fühlen sich diese motiviert, diesen Raum mit ihrem Wissen mitzugestalten?

Der CAS Alterspolitik befähigt Fach- und Leitungspersonen aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik konkrete Antworten auf aktuelle Alters- und Altersfragen im eigenen Arbeits- und Einflussbereich zu finden.

CAS Alterspolitik

22–24 Studientage, Juni 2019 bis März 2020

Nächste Infoveranstaltung:

25. April 2019, ab 18.15 Uhr in Bern

Gesamtes Angebot und weitere Informationen:

alter.bfh.ch/weiterbildung



Berner
Fachhochschule

► Institut Alter



**FOLLOW
US ON TWITTER**

@CH_Gemeinden

Fokus Milizsystem

Wer sind die Menschen, die sich an der Spitze der über 2000 Schweizer Gemeinden in Milizarbeit engagieren? Die «Schweizer Gemeinde» gibt ihnen ein Gesicht. Die ab dieser Ausgabe erscheinende Porträtserie ist Teil der Beiträge, mit denen das Verbandsmagazin das Schwerpunktthema des Schweizerischen Gemeindeverbands 2019 begleiten wird. Wir wünschen gute Lektüre und sagen allen, die sich engagieren: Dankeschön!



2019
JAHR DER
MILIZ-
ARBEIT

Veranstaltungskalender - 2019 Jahr der Milizarbeit

26.02.2019	Präsentation Ideenwettbewerb «Zukunftsfähiges Milizsystem 2030» -> Informationen unter www.tinyurl.com/wettbewerb-ideen
21.05.2019	Save the date: Vernissage zum Milizsystem-Buch
23.05.2019 – 24.05.2019	Save the date: Sommerseminar «Zukunft des Milizsystems» und Generalversammlung des SGV
01.08.2019	Save the date: 1.-August-Feier zum Thema Milizsystem
30.08.2019 – 31.08.2019	Save the date: «Tag der offenen Tür/Nacht der offenen Tore» der Feuerwehren -> Informationen für Gemeinden unter www.tinyurl.com/brief-gemeinden

Auf unserer Website www.milizsystem.ch finden Sie die aktuellen Termine und Veranstaltungen.

Paul Bühler präsidiert die steuergünstigste St. Galler Gemeinde

Seit 27 Jahren präsidiert Paul Bühler die Gemeinde Mörschwil und gehört damit zu den dienstältesten Gemeindepräsidenten im Kanton St. Gallen. In dieser Zeit ist es ihm gelungen, den Steuerfuss 13-mal zu senken: von 128 auf 75 Prozent.

Im Februar 2020 erreicht Paul Bühler sein Pensionsalter. Dann wird der Gemeindepräsident von Mörschwil seit rund 28 Jahren im Amt sein – fast sein halbes Leben. Aufhören will Bühler aber noch nicht. Der CVP-Politiker bleibt bis zum Ende der Amtsdauer, die bis Ende desselben Jahres dauert. «Ich möchte noch

ein paar grosse Projekte vorwärtsbringen oder abschliessen», begründet der Gemeindepräsident seinen Entscheid. Als Beispiele nennt er unter anderem die beiden «Dauerbaustellen» in der Gemeinde: die Sanierung des historischen Gasthauses Freihof und den Neubau eines Wohn- und Pflegezentrums. Die

Umsetzung der Projekte verzögert sich seit Jahren wegen Einsprachen und langwierigen Rechtsverfahren. Beim «Freihof» dürfte sich Bühlers Wunsch bald erfüllen. «Das aktuelle Sanierungsprojekt ist mittlerweile rechtskräftig. Es gab keine Einsprachen», sagt er erleichtert. «Wir bereiten nun das Sub-



Für Paul Bühler ist das Dorf Mörschwil Arbeitsort und Heimat zugleich. Der 63-Jährige ist hier aufgewachsen, zur Schule gegangen, und er hat auf der Gemeinde die Verwaltungslehre absolviert. Das halbe Leben hat er als Mörschwils Gemeindepräsident verbracht. Im Vollpensum, wie dies in der Ostschweiz üblich ist.

Bild: Marion Loher



missionsverfahren und die Detailplanung vor. Nächsten Frühling soll mit der Sanierung begonnen werden.» Beim Pflegezentrum hingegen ist man noch nicht so weit. Trotzdem hat der Gemeindepräsident die Hoffnung, dass es im Laufe des nächsten Jahres zum Spatenstich kommt.

Der «Ur-Mörschwiler» geht nach Chur – und wieder zurück nach Mörschwil

Mörschwil liegt in der östlichen Agglomeration der Stadt St. Gallen und zählt rund 3500 Einwohnerinnen und Einwohner. Für Paul Bühler ist das Dorf Arbeitsort und Heimat zugleich. Der 63-Jährige ist hier aufgewachsen, zur Schule gegangen, und er hat auf der Gemeinde die Verwaltungslehre absolviert. Jemals eine andere Gemeinde zu präsidieren, habe ihn nie gereizt, sagt der «Ur-Mörschwiler». Er habe sich immer gesagt: wenn Gemeindepräsident, dann nur von Mörschwil. Das heisst aber nicht, dass Bühler sein ganzes Leben dort verbracht hat. Nach der Lehre wechselte er auf das Grundbuchamt in Gossau und fünf Jahre später, im Frühling 1979, zog es ihn in die Stadt Chur, wo er die nächsten zwölf Jahre als Grundbuchverwalter arbeitete. Auch privat tat sich in dieser Zeit einiges. Er heiratete seine damalige Freundin, die mit ihm nach Chur zog. Gemeinsam bekamen sie drei Kinder, zwei Buben und ein Mädchen. Den Kontakt zur Heimat hatte Bühler nie abgebrochen. So wusste er auch, dass die Pension des damaligen Gemeindepräsidenten bevorstand. Das war 1991. «Ich habe mir aber keine Gedanken darüber gemacht, ob das Amt was wäre für mich.» Jedenfalls nicht, bis er von seiner Partei angefragt wurde. Zusammen mit seiner Familie wog er die Vor- und Nachteile ab und entschied sich für eine Kandidatur. Er wurde gewählt, einen Konkurrenten gab es nicht. So zog die Familie von der Stadt zurück aufs Land, und im Oktober 1991 trat er sein Amt als neues Gemeindeoberhaupt von Mörschwil an.

Sieben Erneuerungswahlen hinter sich

Mittlerweile ist er einer der dienstältesten Gemeindepräsidenten im Kanton St. Gallen. Sieben Erneuerungswahlen hat er in seiner Amtszeit erfolgreich überstanden. Immer ohne Gegenkandidaten, wie er betont. Ambitionen auf eine politische Karriere habe er nie gross gehabt. Nur einmal liess er sich für die Kantonsratswahlen aufstellen, wurde aber nicht gewählt. Danach liess er es bleiben, «ich wollte mich auf meine Gemeinde konzentrieren». Bühler ist ein volksnaher Gemeindepräsident, oft an

verschiedenen Anlässen im Dorf anzutreffen. Feiert ein Einwohner oder eine Einwohnerin den achtzigsten oder neunzigsten Geburtstag, geht er persönlich mit einem Blumenstrauss oder einer Flasche Wein vorbei, um zu gratulieren. Sein Büro im Gemeindehaus befindet sich am Ende eines langen Flurs. Jeder oder jede kann an seine Tür klopfen, und die Chance, dass er auf den Hereinknopf drückt, ist gross. Bühler ist ein Gemeindepräsident im Vollpensum. Mit einem Jahreslohn von 214 000 Franken gehört er zu den besserverdienenden Gemeindepräsidenten im Kanton St. Gallen. Er ist oft in seinem Büro, manchmal über Monate hinweg jeden Tag. Mehr als zwei Wochen Ferien am Stück habe er in seiner Amtszeit nie gemacht, erzählt er. Ihm ist der direkte Kontakt zur Bevölkerung wichtig; ein Gemeindepräsident müsse vor Ort sein und ein offenes Ohr für die Bürgerinnen und Bürger haben.

Er ist stolz auf das, was er in den 27 Jahren für Mörschwil realisieren durfte: ein neues Gemeindehaus, einen Werkhof, eine Dreifachturnhalle sowie den Erwerb und die Erschliessung einer 30 000 Quadratmeter grossen Fläche, deren 32 Bauparzellen anschliessend zu Vorzugskonditionen an Mörschwiler Familien verkauft werden konnten. Bühler ist aber noch etwas ganz anderes gelungen: Unter seiner Ägide hat sich Mörschwil zur steuergünstigsten Gemeinde im Kanton entwickelt. Insgesamt 13-mal senkte die Bürgerversammlung den Steuerfuss, zuletzt im vergangenen Frühling auf 75 Prozent. Lediglich einmal musste der Mörschwiler Gemeindepräsident eine Steuerfusserhöhung beantragen. Das war an seiner ersten Bürgerversammlung im Frühling 1992, von 118 auf 128 Prozent. Danach ging es nur noch runter mit den Steuern.

Kritik am tiefen Steuerfuss

Für den tiefen Steuerfuss gibt es aber nicht nur Lob. Kritiker bezeichnen Mörschwil als «Millionärs-gemeinde» oder «Bonzen-gemeinde», die nur das Nötigste investiert, kaum bezahlbaren Wohnraum für Familien anbietet und unbedingt die steuergünstigste Gemeinde im Kanton bleiben will. «Stimmt nicht», entgegnet Bühler. «Uns ging es nie um die Konkurrenz mit anderen Gemeinden. Jede muss für sich selber schauen. Für die Attraktivität einer Gemeinde zählt nicht nur der Steuerfuss, sondern auch die Infrastruktur. Hier haben wir eine gute Balance zwischen tiefen Steuern und einer gut ausgebauten Infrastruktur gefunden.»

Klar gebe es in Mörschwil einige Millio-näre, aber es lebten auch viele Familien

hier. Doch es dürften mehr sein, ist sich auch Bühler bewusst. «Der Bodenpreis ist ein Problem. Wir würden gerne wieder Land kaufen und zu erschwinglichen Preisen weitergeben, insbesondere an junge Familien», sagt er. Doch eingezontes Bauland sei in Mörschwil derzeit Mangelware. «Und das neue Raumplanungsgesetz macht es uns nicht gerade einfach, Land umzuzonen.»

Marion Loher

Steckbrief

Paul Bühler (63) ist seit Oktober 1991 Gemeindepräsident von Mörschwil. Nach der Verwaltungslehre auf der Gemeinde Mörschwil wechselte er ins Grundbuchamt Gossau. Dort blieb er fünf Jahre. Danach zog es ihn im Alter von 25 Jahren nach Chur, wo er von 1979 bis 1991 als Grundbuchverwalter der Stadt Chur arbeitete. Im Frühling 1991 wurde der CVP-Politiker als Nachfolger von Franz Würth zum Gemeindepräsidenten von Mörschwil gewählt. Paul Bühler ist verheiratet, hat drei erwachsene Kinder und drei Enkel. Sein Pensum beträgt 100 Prozent, sein Jahreslohn 214 000 Franken.

Die «Hanni» macht halt keine halben Sachen

Kabarettistin, Gastronomin, Wachtmeisterin, Juristin. Vor allem aber ist Johanna Bartholdi Gemeindepräsidentin von Egerkingen (SO). Mit Neugier, Herz und Gestaltungswillen. Und manchmal auch mit der Brechstange.

Ob sie eine dicke Haut hat, braucht man Johanna Bartholdi, 67, nicht zu fragen: Man sieht es ihm ihrem Blick. Und liest es regelmässig in der Zeitung. Denn Bartholdi, die gebürtige Frutigerin, ist die vielleicht bekannteste Gemeindepräsidentin der Schweiz. Und die unangepassteste.

Obwohl die Gemeinde, die sie präsidiert, eigentlich durch und durch schweizerisch ist: 3700 Einwohner, Einfamilienhäuser hier und Mietwohnungen dort, zahllose Vereine, begradigter Bachlauf und ein Ausländeranteil, der irgendwie immer zu reden gibt. Willkommen in Egerkingen (SO), bekannt wegen: Hotellerie, Autobahnkreuz, Nebel – und eben dieser Gemeindepräsidentin.

Eine Führungsnatur

Nach der Matura studierte Johanna Bartholdi nicht. «Stattdessen landete ich irgendwie im Gastgewerbe», sagt sie lächelnd. Das brachte sie und ihren Mann 1982 nach Egerkingen, wo sie das Motel leitete, das wegen der gleichnamigen Fernsehserie landesweite Bekanntheit erlangte. Vorher hatte sie als Kleinkunst-Kabarettistin um Gleichberechtigung gekämpft, später führte sie den Schweizer Cafetierverband in Zürich und brachte es in der Schweizer Armee bis zur Wachtmeisterin.

Als ihre Partei, die FDP, 2009 anfragte, ob sie für das Gemeindepräsidium kandidieren wolle, bestand ihre einzige politische Erfahrung in ihrer Arbeit in der kommunalen Umwelt- und Planungskommission. «Küder-Hanni» hatte man sie einst genannt – wegen ihrer prägenden Arbeit im Egerkingener Abfalldispositiv.

Und es war diese «Küder-Hanni», ein unbeschriebenes Blatt, die man aus dem Vereinsleben kannte, die 2009 aus dem Stand zur Gemeindepräsidentin gewählt wurde. Rückblickend, gesteht sie ein, sei sie schon etwas blauäugig gewesen. Wer einen Verband führen könne, könne auch eine Gemeinde führen, hatte sie sich gesagt – und zahlte einen schönen Batzen Lehrgeld. Doch es entspricht ihrem Charakter, dass sie das nicht aus der Fassung brachte, sondern nur noch

mehr motivierte. «Ich lasse mich doch nicht ins Bockshorn jagen», sagt sie, die angedeutete Faust auf dem Tisch.

Die Dinge beim Namen nennen

Blauäugig: Nicht viele Politiker deuten dabei auf sich selbst. Johanna Bartholdi hat damit keine Probleme. Man müsse die Dinge beim Namen nennen, sagt sie. Womit wir beim Unangepassten wären. Und beim Steuerpranger, der nicht nur die Lokalpolitik erschütterte, sondern



mediale Wellen schlug, die erst jenseits der Landesgrenzen verebten. Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» berichtete über die Frau, die es wagte, aufzubegehren, von Grundaufichtigkeit und Kampfesmut war da die Rede – und von Vergleichen mit Wilhelm Tell und «Heidi».

Nach dem Steuerpranger kam ihr Vorstoss, auf dem Schulhof andere Sprachen als Deutsch zu verbieten – und mit ihm der nächste Aufschrei. Vor einem Jahr schliesslich beantragte sie, diesmal

abschloss), Deutsch auf dem Schulhof ist weiterhin freiwillig, und ihre Sozialhilfe-Interpellation zog sie auf vielfache Bitte zurück.

Doch sie habe Diskussionen angestossen, die nachhalten und geführt werden müssten, wie Bartholdi sagt. Über notorische Steuersünder und das Auseinanderdriften der Gesellschaft, das ihr Angst bereitet. Vielleicht sieht sie sich darum in einer Art Mutterrolle. «Ich habe das Gefühl, ich müsse das Dorf und seine Einwohner beschützen», sagt sie und

Grosser Rückhalt in der Gemeinde

Johanna Bartholdi eckt an und wird auch mal angefeindet. Es gibt Egerkinger, die lieber unter dem Deckel halten, dass sie Egerkinger sind. Aus Scham. Die Mehrheit aber ist umso stolzer und brüstet sich mit dem Rückgrat ihrer Gemeindepräsidentin, die Zuschriften aus der ganzen Schweiz erhalten hat. Entsprechend gross ist der Rückhalt, den sie trotz oder gerade wegen ihrer beherzten Art erfährt. Wohl keiner anderen Gemeindepräsidentin dieses Landes wurde öfter auf die Schulter geklopft. Nach über neun Jahren macht sie diesen Job – ihr Pensum beträgt 40 Prozent – noch immer gern und mit ganzem Herzen. Wenn 2021 die Legislatur zu Ende geht, wird aber auch Johanna Bartholdi der Politik den Rücken kehren. Warum? «Zwölf Jahre sind genug – und frischer Wind tut gut.» Vorher steht aber noch einiges an: Schwimmbadsanierung und Wohnungsleerstand, die Elektrizitätsversorgung, die in diesem Jahr zweimal ausfiel, schliesslich die Bewältigung des rasanten Wachstums. Bald reicht der Schulraum nicht mehr aus. Doch dem Kostendiktat will sich Johanna Bartholdi nicht unterwerfen. Darum lässt sie prüfen, ob sich Schulhausbauten auch privat finanzieren liessen – mit der Gemeinde als Mieterin. Wieder so eine Idee, die für Kontroversen sorgen wird. Johanna Bartholdi lacht: «Vielleicht bin ich einfach zu kreativ.»

Lucas Huber



Johanna Bartholdi, hier auf der Schwimmbad-Baustelle, hat mit dem Steuerpranger und dem Deutschobligatorium auf dem Schulhof über die Landesgrenzen hinaus für Schlagzeilen gesorgt. Die Unangepasste setzt sich mit Vollblut für «kreative Lösungen» in ihrem Egerkingen ein.

Bild: Lucas Huber

als Kantonsrätin, die Höhe von Sozialhilfebeiträgen an den Beitragsjahren zu bemessen. «Weil ich davon überzeugt bin, dass wir radikal umdenken müssen.»

Nüchtern betrachtet, hatte Johanna Bartholdi mit ihren Vorstössen wenig Erfolg: Für den Steuerpranger – sie hatte sechs Steuerschuldner an einer Gemeindeversammlung namentlich erwähnt – wurde sie verurteilt (übrigens während sie ihr Studium in Rechtswissenschaften

breitet die Arme aus wie eine fürsorgliche Glucke die Flügel über ihre Brut. Gleichzeitig appelliert sie an mehr Eigenverantwortung und nimmt unpopuläre Sätze in den Mund wie diesen: «Wir müssen akzeptieren, dass es nicht allen gleich gut gehen kann.» Doch auch das bedingungslose Grundeinkommen ist für sie nicht nur ein sozialdemokratisches Hirngespinnst, sondern eine, ja, vielleicht sogar die Lösung.

Steckbrief

Johanna Bartholdi, 67, übt ihr Amt als Gemeindepräsidentin Egerkingens in einem 40-Prozent-Pensum aus, für das sie mit knapp 57000 Franken jährlich entschädigt wird. In ihrer Freizeit liest sie und löst leidenschaftlich gern Sudokus. 2015, im Alter von 64 Jahren, schloss sie ihr Jus-Studium mit dem Bachelor ab. Bartholdi ist seit 2009 im Amt. 2021 möchte sie aufhören. Sie sagt: «Zwölf Jahre sind genug.»

Clever mobil: Gemeinden haben grosses Potenzial

Das Mobilitätsmanagement ist neben der Infrastrukturplanung und dem Verkehrsmanagement die dritte Dimension einer modernen Verkehrsplanung. Der SGV ist Netzwerkpartner des nächsten Mobilitätssalons.



Die Gastgeberstadt des nächsten Mobilitätssalons, Bern, hat mit der Aktion «mir sattlä um» die Initiative ergriffen und Handwerker und Gewerbetreibende vom Einsatz von Cargovelos überzeugt.

Bild: zvg.

Der unvermindert wachsende Verkehr ist ein Indikator für eine brummende Wirtschaft und den Wohlstand in unserem Land, verursacht aber zunehmend auch Probleme. Mit über 25 000 Stautunden allein auf den Nationalstrassen und Kosten von rund 1,9 Milliarden Franken ist vielerorts eine Schmerzgrenze erreicht. Auch beim Energieverbrauch schlägt der Verkehr mit einem Anteil von über 36 Prozent stark zu Buche und belastet die Klimabilanz. Energieeffiziente Fahrzeuge und smarte Lösungen sind entscheidende Schlüssel für die Bewältigung der negativen Auswirkungen des Verkehrs.

Wie und wo kann und soll angesetzt werden, um möglichst rasch und kostengünstig Verbesserungen zu erreichen? Am Mobilitätssalon 2019 in Bern werden erprobte Lösungen für heute aufgezeigt, die unverzüglich positive Wirkungen erzeugen, ohne auf die vielversprechende Verkehrswende oder den langwierigen und teuren Ausbau der Infrastrukturen warten zu müssen.

Neue Einkaufsgewohnheiten führen zu einer «Päcklflut»

Das Phänomen der zunehmenden Anzahl von Paketen und der damit verbundene Lieferverkehr beschäftigt die

Städte, die Agglomeration und zunehmend auch die ländlichen Regionen. In den immer dichter besiedelten Städten und Gemeinden bedarf es eines intelligenten Güterverkehrs sowohl für die Zulieferung wie auch die Entsorgung. Immer mehr Städte erarbeiten Strategien für den Güterverkehr. Wie die Gold-Energiestadt Basel das Thema anpackt, zeigt sie am Mobilitätssalon in Bern auf. Die Gastgeberstadt Bern hat mit der Aktion «mir sattlä um» die Initiative ergriffen und Handwerker und Gewerbetreibende vom Einsatz von Cargovelos überzeugt. Wie sieht das Rezept dafür aus und wie hat die Stadt Bern mit

Partnern zusammengearbeitet? Mit der Roadmap Elektromobilität kommt die Diskussion zu energieeffizienten Fahrzeugen so richtig in Fahrt. Doch wo steht die Wasserstofftechnologie? Ohne grossen Medienrummel haben sich Schweizer Partner im Förderverein H2 Mobilität Schweiz zusammengeschlossen und entwickeln zielstrebig ein Netz mit Wasserstofftankstellen. Wer steckt dahinter, was ist das Potenzial und wo liegen die Schwerpunkte? Über all diese Themen und Aspekte wird am Mobilitätssalon informiert.

Verkehrsspitzen glätten und praktische Alternativen aufzeigen

Das Mobilitätsmanagement beeinflusst die Nachfrage und ist neben der Infrastrukturplanung und dem Verkehrsmanagement die dritte Dimension einer modernen Verkehrsplanung. Die Massnahmen tragen rasch und kostengünstig dazu bei, den gesellschaftlichen Nutzen zu erhalten, die Klimabilanz zu verbessern und die Gesundheit zu fördern. Die öffentliche Hand hat das Potenzial erkannt und das Handlungsfeld in Strategien und Planungsinstrumenten verankert. In Planungs- und Baubewilligungsprozessen wird vermehrt auf den induzierten Verkehr geachtet, und es werden Konzepte für eine effiziente und ressourcenschonende Mobilität verlangt. Ein Erfolg versprechender Ansatz ist die Zusammenarbeit von Gemeinden mit Unternehmen in Gewerbe- und Industriearealen. Spannen mehrere Unternehmen in einem Areal zusammen, können attraktive Angebote bereitgestellt werden wie Shuttlebusse, eine gemeinsame Carpooling-Plattform, Sharing-Angebote für Autos und Velos usw. Im Rahmen des Programms «Mobilitätsmanagement in Unternehmen» haben sich spannende Beispiele entwickelt, im Tessin, in Plan-les-Ouates (GE) und in der Region Nyon oder in Reinach. Am Mobilitätssalon gibt es Einblick in solche Arealangebote, wie sie entwickelt werden, was die Erfolgsfaktoren sind und wo die Stolpersteine liegen.

Massnahmen des Mobilitätsmanagements haben ein hohes und rasch umsetzbares Verkehrsvermeidungs- und -verlagerungspotenzial. Insbesondere neue und flexible Arbeitsformen, aber auch gemeinsame Autofahrten (carpooling) können einen signifikanten Beitrag zur Verkehrsverminderung leisten. Eine Studie des Metropolitanraumes Zürich (Infras, 2016) weist ein Potenzial von 15 bis 20 Prozent weniger Verkehr in der Morgen- und Abendspitze aus. Dieser Verlagerungseffekt wird auch von Unternehmen mit einem guten Massnahmen-

mix bestätigt. Teilweise liegen die positiven Effekte noch deutlich höher. Zudem wird mit mehr Fairness und Gleichberechtigung ein gutes Betriebsklima geschaffen.

Praxisbeispiel: Kantonsspital Baden

Das Kantonsspital Baden (KSB) kann in dieser Disziplin auf eine langjährige Erfahrung zurückblicken und stolz sein auf die erreichten Wirkungen. Spitäler kämpfen mit speziell herausfordernden Bedingungen. Einerseits ist ihre Kundschaft breit gefächert mit ambulanten Patienten, Besucherinnen und Besuchern, Lieferanten und einer grossen Anzahl Mitarbeitenden. Andererseits läuft der Betrieb rund um die Uhr und an 365 Tagen im Jahr.

Das KSB ist ein Grossbetrieb mit 2500 Mitarbeitenden. Pro Jahr werden 110 000 Patienten stationär und 50 000 ambulant behandelt, hinzu kommt eine hohe Besucherzahl. Da sich immer bei Schichtwechsel Engpässe in der Parkierung ergaben und sich das Spital zudem auch strategisch zu mehr Ökologie verpflichtet, startete das KSB im Jahr 2003 mit ersten Massnahmen und betreibt seit 2005 ein Mobilitätsmanagementsystem. Mit der Einführung des Mobilitätsmanagements verfolgte das KSB das Ziel, 30 Prozent der Pendlerfahrten vom motorisierten Individualverkehr (mIV) auf den öffentlichen Verkehr (öV) und den Langsamverkehr (LV) zu verlagern. Dieses Ziel konnte mit einer Verlagerung von 33 Prozent sogar übertroffen werden. Trotz den Bemühungen wurde als Folge des enormen Wachstums der Organisation 2015 ein neues Parkhaus mit 525 Stellplätzen in Betrieb genommen. Der Erfolg des Mobilitätsmanagements basiert auf einem Fächer von gut aufeinander abgestimmten Massnahmen, einer kontinuierlichen Kommunikation, inspirierenden Aktionen und der Implementierung der Mobilitätsmassnahmen im Managementsystem. Das KSB hat rund 300 000 Franken in den Aufbau des Mobilitätsmanagements investiert. Der Betrieb kostet jährlich rund 55 000 Franken, die Massnahmen sind kostenneutral ausgestaltet. Fazit: Das Mobilitätsmanagement im KSB hat sich nicht nur bezüglich Verkehrs- und Umweltwirkungen bewährt, auch Fairness und Gleichberechtigung konnten verbessert und damit ein gutes Betriebsklima geschaffen werden.

Konkrete Beispiele, praktische Tipps

Städte und Agglomerationen erarbeiten heute Smart-City-Strategien, und die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (mobility as a service)

Regionale Plattformen zum Mobilitätsmanagement

Bund, Kantone und grosse Städte tauschen sich im Rahmen von «EnergieSchweiz für Gemeinden» zu ihren Erfahrungen und Projekten im Mobilitätsmanagement regelmässig aus. Alle zwei Jahren führen die Partner den Fachkongress «Mobilitätssalon/Salon de la mobilité» durch. Dort wird über neue Angebote informiert und mit Gemeinden und Unternehmen über Erfolgsfaktoren diskutiert. Am nächsten Mobilitätssalon vom 21. März 2019 in Bern stehen die Themen «(Klein-)Güterverkehr effizient gestalten» und «Mobilitätsmanagement verankern und stärken» im Zentrum. Programm und Anmeldung unter: www.mobilsalon.ch

sind Teil eines breit aufgestellten Mobilitätsmanagements mit neuen Chancen. Der Fachkongress zeigt gute Beispiele, stellt neue Lösungen vor und vernetzt die Akteure in der Schweizer Mobilitätsszene. Mobilitätsbeauftragte in Städten und Gemeinden finden Antworten auf ihre Herausforderungen. Mehr zum Programm findet sich im Flyer, der dieser Ausgabe beigelegt ist. Anmeldung direkt unter: www.mobilsalon.ch. Mitglieder des Trägervereins Energiestadt profitieren von einem vergünstigten Preis.

Unterstützung bis Ende 2019

Über das Programm «Mobilitätsmanagement in Unternehmen MMU» von EnergieSchweiz werden Betriebe motiviert, den von ihnen verursachten Verkehr effizient auszugestalten und neue Organisationsformen und Angebote einzuführen. Interessierte Betriebe erhalten von Mobilitätsexperten kostenlos eine Inputberatung und werden in der Analyse finanziell unterstützt. Anmeldung bis Ende 2019 direkt bei der Programmleitung: info@rundum-mobil.ch. Mehr Informationen zum Programm: mobilitaetsmanagement.ch

Monika Tschannen, Mobilitätsexpertin, rundum mobil GmbH

Alterspolitisch engagierte Gemeinden gesucht

Die Age-Stiftung schreibt erneut das Programm Socius aus. Socius 2 dauert fünf Jahre und richtet sich an Gemeinden, die Unterstützungssysteme für zu Hause lebende ältere Menschen gestalten wollen.



Alte Menschen, die zu Hause wohnen möchten, brauchen mehr als ambulante Pflege. Alltagshilfe und gesellschaftliche Teilhabe gehören auch dazu. Bild: unsplash – Cristian Newman

Der demografische Wandel ist für die Gemeinden in der Schweiz spürbar. Die Zahl der älteren Menschen wächst. Die grosse Mehrheit wünscht, möglichst lange selbstständig in der eigenen Wohnung zu leben, was Gemeinden traditionellerweise mit ambulanten Pflegeangeboten umsetzen helfen. In Wissenschaft und Praxis wird zunehmend erkannt, dass dies allein nicht ausreicht. Um zu Hause lebende ältere Frauen und Männer in ihrer Situation zu stärken, braucht es neben gesundheitlicher Versorgung auch Alltagshilfe, Beziehungen und gesellschaftliche Teilhabe, je nach Bedarf bei den Älteren.

Zusammenspiel vieler Akteure

Damit dies funktioniert, müssen verschiedene Akteure und Dienstleister ihre Angebote aufeinander abstimmen, von der Spitex über Altersorganisationen,

Quartiervereine und die Kirche bis hin zu Freiwilligen. Wahlweise ist von integrierter Versorgung, sorgenden Gemeinschaften («Caring Communities») oder Betreuung die Rede. Bereits das erste Programm Socius von 2014 bis 2018 zielte darauf ab und förderte zehn Projekte. Von 2019 bis 2023 geht das Programm jetzt in die zweite Runde, und diesmal sind ausschliesslich die Gemeinden angesprochen.

Entscheidende Rolle der Gemeinden

Den Gemeinden kommt bei der Neuorientierung der Altersversorgung eine entscheidende Rolle zu. An ihnen ist es, die nötigen Prozesse in Gang zu setzen und Strukturen für ein koordiniertes Vorgehen zu schaffen. Zur Erklärung kann ein Bild herangezogen werden: Anstatt selber die Musik zu machen, wird die Gemeinde vermehrt zur Dirigentin des

Orchesters, das aus Akteuren und Anbietern rund ums Alter besteht. Für Socius 2 sind nun zehn Gemeinden oder Gemeindeverbände mit entsprechenden Zielen und Vorhaben gesucht (aus der Deutschschweiz, wie es dem Stiftungszweck entspricht).

Gemeinden und Regionen, die sich für eine Teilnahme interessieren, können sich bis zum 5. Juli mit einer Projektskizze bewerben. Danach folgt das weitere, von einer Expertengruppe begleitete Auswahlverfahren. Die ernannten Gemeinden erhalten einen finanziellen Beitrag von je 140 000 Franken. Auch profitieren sie von einem Lernumfeld durch Wissensaufbau und Erfahrungsaustausch. Wie schon beim ersten Socius-Programm sollen die Erkenntnisse von Socius 2 breiten Kreisen über das Programm hinaus zugänglich gemacht werden, namentlich anderen Gemeinden in der Schweiz und Fachpersonen der Altersarbeit.

Christiana Brenk

Programmleiterin Socius, Age-Stiftung

Infos:

Informationen zum Programm und Bewerbungsunterlagen unter www.programmsocius.ch. Auskünfte: Programmleiterin Christiana Brenk. Und für Interessierte: Am 20. Juni 2019 findet in der Trafo-Halle in Baden die Abschlussstagung vom Programm Socius 1 statt.



Christiana Brenk leitet bei der Age-Stiftung das Programm Socius. Bild: zvz.

Un nouvel outil démocratique: bienvenue à Neuchâtel-ouest!

Dimanche 25 novembre 2018 restera dans l'histoire du canton de Neuchâtel. Le «oui» d'une majorité de la population de la commune de Peseux à la fusion de Neuchâtel-ouest permettra la naissance d'une nouvelle commune de 45 000 âmes.

La Constitution fédérale garantit aux citoyens «qu'aucun résultat de vote ne soit reconnu s'il ne traduit pas de façon fidèle et sûre l'expression de leur libre volonté». Par arrêt du 7 mai 2018, le Tribunal fédéral a annulé un arrêt de la Cour de droit public du Tribunal cantonal neuchâtelois du 13 octobre 2017 ainsi que la votation communale de la commune de Peseux du 5 juin 2016. Il a en effet considéré que la votation en question avait été entachée d'une irrégularité importante propre à remettre en cause ce principe et susceptible d'avoir influencé le sort du scrutin. En l'occurrence, l'installation d'un stand de propagande à proximité du bureau de vote. Il a donc fallu revoter.

Une volonté bien affirmée

Le vote favorable de la commune de Peseux, par 54,56% des voix, fait suite aux accords des populations des communes de Corcelles-Cormondrèche (55%), de Neuchâtel (73%) et de Valangin (63%) issus des urnes le 5 juin 2016 déjà. Selon la traditionnelle brochure d'information, les quatre communes avaient souhaité réunir leurs forces afin d'améliorer la qualité de l'espace de vie, accroître l'efficacité des structures communales, assurer la stabilité financière, amplifier le rayonnement de la région, y compris sous l'angle économique. Il s'agissait également de développer de la façon la plus cohérente le développement d'un territoire formant une seule et même entité urbaine. La nouvelle commune de 45 000 âmes composée des territoires de Corcelles-Cormondrèche, Neuchâtel, Peseux et Valangin deviendra le véritable moteur de l'agglomération.

Une nouvelle démocratie de proximité

Et au-delà de l'adaptation des structures politiques et administratives à la réalité urbanistique et au mode de vie d'une population dont les activités sociales et professionnelles ne sont plus cloisonnées dans les limites actuelles, les partenaires sont convaincus que la fusion permettra à la nouvelle commune de mieux faire entendre sa voix sur l'échi-



quier politique cantonal et national, de mieux défendre ses intérêts et assurer ainsi son autonomie. La création d'assemblées citoyennes constitue l'une des grandes nouveautés de la fusion. Ce nouvel outil démocratique, qui sera introduit pour la première fois en Suisse, doit permettre aux habitants, quel que soit leur âge, leur sensibilité politique ou leur origine, d'exprimer et de faire en-

tendre leurs attentes et leurs demandes aux autorités. Six assemblées citoyennes seront créées, trois dans les actuelles communes de Corcelles-Cormondrèche, Peseux et Valangin, et trois dans les quartiers de l'actuelle ville de Neuchâtel. Un nouvel espace de dialogue et de concertation soutenu par un service des quartiers à créer au sein de la nouvelle administration.



Fusion Neuchâtel-ouest: de nouvelles perspectives qui réjouissent. Photo: mäd

La nouvelle commune prendra corps le 1^{er} janvier 2021. Un processus institutionnel encore à consolider devrait permettre, d'ici là, de régler toutes les modalités et de construire cette nouvelle entité à quatre et dans le respect de tous. Les ambitions et l'enthousiasme sont en effet porteurs d'un dynamisme qui profitera à l'ensemble de la région. A signaler toutefois qu'un nouveau recours

déposé contre la votation du 25 novembre 2018 est à l'examen des institutions juridiques. On sait que «la démocratie est le pire système de gouvernement, à l'exception de tous les autres qui ont pu être expérimentés dans l'histoire» ...

Rémy Voirol, Chancelier de la Ville de Neuchâtel

Impressum



Schweizerischen Konferenz
der Stadt- und Gemeindegemeinder

Conférence Suisse
des Secrétaires Municipaux

Januar/Februar / janvier/février
gennaio/febbraio 2019

Herausgeber / éditeur / editore

Konferenz der Stadt- und Gemeindegemeinder
Conférence des Secrétaires Municipaux
c/o Stadt Chur, Rathaus, CH-7000 Chur
www.stadtschreiber.ch

Redaktion / rédaction / redazione

Manfred Linke, Stadtschreiber St. Gallen
manfred.linke@stadt.sg.ch

Anmeldung / inscription / registrazione

Die Mitgliedschaft steht allen Stadt- und Gemeindegemeindern der Schweiz offen.
www.stadtschreiber.ch



SCHWEIZER GEMEINDE
COMUNE SVIZZERO
VISCHNANCA SVIZRA
COMMUNE SUISSE

Redaktion «Schweizer Gemeinde» / rédaction «Commune Suisse» / redazione «Comune Svizzera»

Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Laupenstrasse 35, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 380 70 00
www.chgemeinden.ch
www.chcommunes.ch

Denise Lachat (dla), Chefredaktorin
Philippe Blatter (pb), Verantwortlicher
Verbandskommunikation
Martina Rieben (mr), Layout
info@chgemeinden.ch



Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associazioni da las Vischnancas Svizras

[Startseite](#) | [Impressum](#) | [Datenschutz](#) | [Kontakt](#) | [Druckansicht](#)



Mehr Junge in den Exekutiven

[HOME](#)

[FÜR POLITIKER](#)

[FÜR UNTERNEHMEN](#)

[ZIEL DER KAMPAGNE](#)

[KONTAKT](#)

[PARTNER](#)

sehr gute
Führungsausbildung
10 Grundsätze

... wir sind ein Team
... wir informieren zeitnah



guter Kontakt zur
ist wichtig



Junge in der Exekutive: tatkräftig, motiviert – und noch zu selten

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) setzt sich für die Stärkung des Milizsystems ein. Insbesondere die Jungen sollen motiviert werden, sich in der Gemeindeexekutive zu engagieren. Diese Website wurde in Zusammenarbeit mit Economiesuisse und der «Gruppe junger Gemeinderäte Oberaargau» realisiert. Sie dient als Informationsplattform rund um das Thema Milizsystem. Damit sollen sowohl Politikerinnen und Politiker als auch Unternehmen angesprochen werden. Denn das Schweizer Milizsystem kann nur bestehen, wenn es gelingt, die gute Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Wirtschaft zu bewahren.

Direkteinstieg

- [Testimonials](#)
- [Commitment der Wirtschaft](#)
- [Best practises](#)
- [Erfahrungsberichte](#)
- [Motivationsvideo](#)

milizsystem.ch

Abfall | Ordures



abfallhai®
Einfälle für Abfälle

ANTA SWISS AG
Telefon 044 818 84 84
abfallhai.ch / info@abfallhai.ch

Adressen

Die Geschäftsstelle des Schweizerischen Gemeindeverbandes verkauft die Post-, E-Mail- und Websiteadressen der Schweizer Gemeinden. Die Adressen sind als Excellisten oder als Klebeetiketten erhältlich und können nach Kanton, Sprachregion oder Anzahl Einwohner sortiert werden.



Schweizerischer Gemeindeverband
Laupenstrasse 35
3001 Bern
Tel. 031 380 70 00
verband@chgemeinden.ch
www.chgemeinden.ch

Arbeitsbühnen



SkyAccess

SkyAccess AG
Beratung & Verkauf
von Arbeitshebebühnen
CH-4702 Oensingen

www.skyaccess.ch info@skyaccess.ch
Tel. +41 61 816 60 00 Fax +41 61 816 60 08



SKYWORKER®

Arbeitsbühnen-Vermietung

WS - Skyworker AG
Basel - Bern - Luzern
Zürich - Mittelland - Winterthur - Lausanne
Mietservice für die ganze Schweiz
gratis unter 0800 813 813

Hauptsitz:
WS-Skyworker AG Dünnerstrasse 24 4702 Oensingen

ws-skyworker.ch info@ws-skyworker.ch

Arbeitsschutzprodukte



Thomi + Co AG
Rütschelenstrasse 1
Postfach 180
4932 Lotzwil

Telefon 062 919 83 83
Telefax 062 919 83 60
Internet <http://www.thomi.com>
E-Mail info@thomi.ch

Schutzartikel von Kopf bis Fuss:
Arbeitshandschuhe, Schutzbekleidungen,
Schutzbrillen, Schutzhelme, Gesichtsschilde,
Sicherheitsschuhe, Arbeitstiefel, Gehörschutz-
artikel, Atemschutzmasken, Fallschutzartikel

Eventaustattung



Schöni Festbankgarnituren
PartyWare Falzzelte

Schöni PartyWare AG
8617 Mönchaltorf • 044 984 44 05
info@partyware.ch • www.zeltshop.ch

Facility Management/Software



CAMPOS
MACHT IMMO'S MOBIL. ICFM

DAS CAFM-PORTAL

ICFM AG | Birmensdorferstrasse 87 | 8902 Urdorf
www.campos.ch | Tel. 043 344 12 40

Pumpenbau



gloor pumpenbau gloor-pumpen.ch

Pumpen für alle Anwendungen

3113 Rubigen (BE), 031 721 52 24 • 1410 Thierrens (VD), 021 905 10 80

Schneeräumung



Bahnbrechend in jedem Schnee

Zaugg.swiss

Schwimmbadplanung



beck schwimmbadbau
ihr planer.

Beck Schwimmbadbau AG
Bürglistrasse 29
CH-8400 Winterthur

Telefon +41 (0)52 224 00 88
mail@beck-schwimmbadbau.ch
www.beck-schwimmbadbau.ch

Spielplatzeinrichtungen



Magie des Spielens ... **bürli**

Bürli Spiel- und Sportgeräte AG, CH-6212 St. Erhard LU
Telefon 041 925 14 00, www.buerliag.com

Stellenvermittlung



www.stellenvermittlung-sozialwesen.ch
www.stellenvermittlung-verwaltung.ch

Intelligente Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung



700 Entscheider aus 150 Städten und Gemeinden werden am nationalen Smart-City-Kongress SmartSuisse erwartet. Die SmartSuisse ist damit eine der wichtigsten Informationsquellen für Smart Cities in der Schweiz. Hochkarätige Sprecher aus dem In- und Ausland sowie politische Entscheidungsträger, wichtige Akteure aus der Industrie und wissenschaftliche Experten präsentieren Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung in der Schweiz. Das Hauptziel der SmartSuisse ist es, Wege aufzuzeigen, wie Städte und Gemeinden sich durch smarte Lösungen nachhaltig entwickeln können. Begleitend zum Kongress präsentieren Unternehmen in der Ausstellung konkrete Lösungen.

Wann: 10. und 11. April 2019
Wo: Basel (Congress Center)
Web: www.smartsuisse.com

Colloque RegioMove «Mobilität in mutation»

La mobilité est en pleine mutation, technologique et sociétale. Economie du partage, véhicules autonomes, solutions multimodales porte-à-porte sont quelques-unes des évolutions qui questionnent les pratiques en matière de planification des transports. Ces changements concernent-ils aussi les communes situées hors des grands centres urbains? Comment les collectivités publiques peuvent s'assurer aujourd'hui de prendre des décisions restant pertinentes dans 20 ans? Après deux colloques pour les germanophones, RegioMove propose de poursuivre la sensibilisation sur ces questions auprès des communes et régions romandes. Les membres de l'ACS bénéficient d'une réduction sur les frais de participation.

Quand: 22 mars 2019
Où: Fribourg
E-mail: info@regiomove.ch
Web: www.regiomove.ch/colloque-2019

Kongress zum HR-Management der öffentlichen Arbeitgeber

Das Human Resource Management der öffentlichen Arbeitgeber ist mit widersprüchlichen Rahmenbedingungen konfrontiert. Genau dieses Spannungsfeld soll am HR-Public-Sector-Kongress vertiefter analysiert und dazu mögliche Lösungsansätze skizziert werden. Der Kongress richtet sich an Personalentscheider und Führungskräfte aus Unternehmen, Verwaltungen und Non-Profit-Organisationen. Der SGV ist Kooperationspartner des HR-Public-Sector-Kongress.

Wann: 2. und 3. April 2019
Wo: Zürich (Messe)
Kontakt: +41 227 34 17 60
Mail: info@personal-swiss.ch
Web: www.personal-swiss.ch/kongresse

Save the date: Sommerseminar und GV des SGV in Bellinzona

Im Rahmen des «Jahrs der Milizarbeit» organisiert der SGV ein Sommerseminar zur Zukunft des Milizsystems in Bellinzona. Tags darauf findet am selben Ort die 66. Generalversammlung des SGV statt. Zu Gast ist Bundesrat Ignazio Cassis.

Wann: 23. und 24. Mai 2019
Wo: Bellinzona
Kontakt: 031 380 70 00
Mail: verband@chgemeinden.ch
Web: www.chgemeinden.ch

Save the date: séminaire d'été et AG de l'ACS à Bellinzona

Dans le cadre de l'«Année du travail de milice», l'ACS organise un séminaire d'été sur l'avenir du système de milice à Bellinzona. Le lendemain, la 66^e Assemblée générale de l'ACS se tiendra au même endroit. L'ACS est heureux d'accueillir le conseiller fédéral Ignazio Cassis comme orateur.

Quand: 23 et 24 mai 2019
Où: Bellinzona
Contact: 031 380 70 00
E-mail: verband@chgemeinden.ch
Web: www.chcommunes.ch

Save the date: seminario estivo e AG dell'ACS a Bellinzona

Nell'ambito dell'«Anno del lavoro di milizia», l'ACS organizza a Bellinzona un seminario estivo sul futuro del sistema di milizia. L'indomani, nella stessa sede si terrà la 66^a Assemblea generale dell'ACS. Ospite d'onore e oratore principale sarà il consigliere federale Ignazio Cassis.

Quando: 23 e 24 maggio 2019
Dove: Bellinzona
Contatto: 031 380 70 00
Mail: verband@chgemeinden.ch
Web: www.chcomuni.ch



Impressum

56. Jahrgang / Nr. 564 / Februar/février

Herausgeber/éditeur

Schweizerischer Gemeindeverband
 Association des Communes Suisses

Partnerschaften/partenariats

Fachorganisation Kommunale Infrastruktur
 Organisation Infrastructures communales
 Konferenz der Stadt- und Gemeindeschreiber
 Conférence des Secrétaires Municipaux

Verlag und Redaktion/éditions et rédaction

Laupenstrasse 35, Postfach, 3001 Bern
 Tel. 031 380 70 00
 www.chgemeinden.ch
 www.chcommunes.ch

Denise Lachat (dla), Chefredaktorin
 Philippe Blatter (pb), Verantwortlicher Verbandskommunikation
 Martina Rieben (mr), Layout
 info@chgemeinden.ch
 Manfred Linke, Redaktion SKSG

Nachdruck

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Verlinkung erwünscht.

Druck und Spedition/impression et expédition Anzeigenmarketing/marketing des annonces

Stämpfli AG, Postfach, 3001 Bern
 Tel. 031 300 63 83, Fax 031 300 63 90
 inserate@staempfli.com

Die nicht autorisierte und ohne gewichtige Eigenleistung erfolgende Bearbeitung und Verwertung von abgedruckten oder in elektronische Datenbanken eingespeisten Inseraten durch Dritte ist unzulässig und wird vom Inserenten untersagt. Dieser überträgt der Werbegesellschaft insbesondere das Recht, nach Rücksprache mit dem Verlag mit geeigneten Mitteln dagegen vorzugehen.

Auflage/tirage (WEMF/REMP 2016/2017)

Verkaufte Auflage/tirage vendu	2441 Ex.
Gratisauflage/tirage gratuit	1149 Ex.
Total/total	3590 Ex.

gedruckt in der
schweiz

DURCHDACHT. CLEVER. ÜBERZEUGEND.

Sanimatic Twintronic / Curvetronic

Schlankes Design und berührungslose Bedienbarkeit: Die Waschtischarmaturen Twintronic und Curvetronic von Sanimatic überzeugen in doppelter Hinsicht. Und: Eine neuartige App zur Einstellung, Steuerung und Überwachung macht die Produkte perfekt.

sanimatic.ch



sanimatic



cosmofunding
by Vontobel

Investment Banking

Finanzierung gesucht? cosmofunding ist die digitale Lösung

cosmofunding ist eine Online-Plattform, welche die Beziehung zwischen Kreditnehmern und institutionellen Investoren neu regelt und einen digitalen Markt eröffnet. Die beiden Interessensgruppen stehen im direkten Austausch.

Ihre Vorteile

- Absolute Transparenz und Kostenreduktion
- Verkürzung des Ausschreibungsprozesses
- Kostenlose Registrierung

Platzieren Sie Ihre Anfrage unverbindlich auf der Plattform. Mit einem Klick erreichen Sie ein Mehrfaches an potentiellen Investoren.

«Auf einfache Weise habe ich eine für uns günstige Finanzierung gefunden. Die Mitarbeitenden standen uns bei Fragen jederzeit zur Verfügung.»

Martin Suter
Leiter Finanzen, Einwohnergemeinde Däniken

Mehr über die Vorzüge erfahren Sie auf cosmofunding.com.



Fredy R. Flury
Head Risk Management FIRC
Vontobel
T +41 58 283 77 44
fredy.flury@vontobel.com

cosmofunding.com

**NICHT JEDE WETTERPROGNOSE
IST SO ZUVERLÄSSIG
WIE UNSERE
MITARBEITENDEN.**

